

Für 1. Zuschlag zur Erbschaftsteuer für leibliche Eltern, Großeltern, Geschwister, Schwieger, Stiefeltern	50 %
Für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern	100 %
Für Abkömmlinge zweiten Grades, sowie für uneheliche, vom Vater anerkannte Kinder	66 2/3 %
Für Adoptivkinder	83 1/3 %

Bemilligt sind nach dieser Aufzählung statt 7 Millionen 2 850 000 Mark; die Steuern 9, 10 a und b, Lustbarkeits- und Hafengebühren, sind neuen Ausschüssen überwiesen, bezw. noch nicht Gesetz geworden; die Steuer 7 (Erhöhung des Wassergeldes) ist abgelehnt. Nun wird über neue Vorschläge nachgedacht. Von der verfloßenen Kommission waren auch schon andere Steuern erwogen: Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen, der Schlachthofgebühren, der Gaspreise; Zweigniederlassungen auswärtiger Gesellschaften sollten scharfer bestrafungen werden. Eine Reklame- und Zeitungssteuer sollte bei ½ Pfennig für jedes Exemplar 800 000 Mark bringen. Eine Luxussteuer auf Automobile, Equipagen, Reitpferde ist wegen ihrer Geringfügigkeit verworfen. Ferner sollten

§§ Das Abgeordnetenhaus brachte die Veranlagung des Etats der Finanzverwaltung zum Abschluß. Man beschäftigte sich u. a. mit der Frage der Hebung des Kurzes der Staatspapiere und mit den Ostmarkenauflagen.

Der englische Bergwerksstreik.

D. K. London, 6. März. Augenblicklich ist die Stimmung wieder einmal etwas zuversichtlicher. Die Börse bewertete die Bahntaktik etwas höher, und auch Konfols stiegen im Kurs. Anlaß hierzu gab die Tatsache, daß das Exekutivkomitee der Bergleute bereit, ebenso das Komitee der Gewerke, daß beide mit den Ministern berieten und auch mit dem Industrieminister in Verbindung traten, der gegenwärtig die Forderungen der Arbeiter ziffernmäßig prüft. Man schreibt der zweieinhalbstündigen Konferenz der Arbeiterführer mit Asquith, Grey und Lloyd-George besondere Bedeutung zu. Die Regierung war bisher der Ansicht, daß die Arbeiter über die von ihnen aufgestellten Mindestlohnsätze gar nicht diskutieren wollen. Die Führer sollen das formell in Abrede gestellt haben und man erklärt die Anwesenheit der Gewerke aus Südwales damit, daß ihnen bereits neue Vorschläge vorliegen. Asquith hat im Unterhaus in Abrede gestellt, daß er morgen eine Vorlage zur Beilegung des Streiks einbringen werde. Das wird dahin aufgefaßt, daß Asquith noch immer auf eine Beilegung des Streites der Parteien hoffe.

Freilich, allgemein wird diese optimistischere Auffassung nicht geteilt. „Wir sind die Regierung“, soll einer der Vertreter der Bergarbeiter-Konferenz, mit der die Regierung verhandelt, entgegengehaben auf die Behauptung, daß die Regierung einen „Kohlenstreik“ nie erlauben würde und könnte. Ein bitterer Scherz, um so bitterer, da ein Kern der Wahrheit darin steckt. Der Streik ist da, ist allgemein, und es ist vorläufig nicht abzusehen, wie und wann er beigelegt werden kann. Hier nur einige Zahlen, um einen Begriff davon zu geben, um was für gewaltige Zahlen es sich dabei handelt: Großbritannien fördert etwa 265 Millionen Tonnen Kohlen jährlich, wovon etwa 80 Millionen ausgeführt werden. Das kommt einer täglichen Förderung von etwa 850 000 Tonnen gleich, die den Verbraucher etwa eine Million Pfund Sterling kosten. Es streiken zurzeit über eine Million Bergarbeiter, die an Löhnen wöchentlich etwa 900 000 Pfund Sterling beziehen. Die Gewerkschaften der Bergarbeiter haben etwa zwei Millionen Pfund Sterling angesammelte Mittel, was bei einer Streikunterstützung von zehn Schilling die Woche etwa vier Wochen reichen würde. Allerdings sind diese Mittel nicht flüssige Mittel, sondern zum großen Teil fest angelegt. Dagegen aber mag erwogen werden, daß die Bergarbeiter mit einem vierzehntägigen Lohn in den Streik eintreten, also mit dreißig bis hundert Schilling in der Hand. Außerdem sind die Ladeninhaber gezwungen, ihnen fast unbegrenzten Kredit zu geben. Die Sache liegt also für die Leute nicht ungünstig.

Aber die Gewerkschaften der durch den Streik in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiterkategorien beginnen jetzt die Krise zu verspüren, da sie höhere Beträge zur Unterstützung der Arbeitslosen zu leisten haben.

Die Gewerkschaft der Stahl- und Zinnblecharbeiter zählt schon jetzt statt der normalen 800 Pfund Sterling per Woche über 7000 Pfund Sterling, und diese Summe wird bald auf 10 000 steigen. Die Gewerkschaft der Maschinenbauer hat statt der normalen 1000 Pfund Sterling bereits 3000 wöchentlich zu zahlen und wird von Ende der nächsten Woche an mindestens an 30 000 Mitglieder zehn Schilling wöchentlich zu entrichten haben. Die Gewerkschaft der Eisenbahner wird der Streik der Bergleute mehr kosten als ihr eigener Streik im vorigen August. Kurz, die Unfähigen Unparteilichen stimmen nicht mit dem Optimismus der Börse und der Regierung überein.

Lago di Garda.

Von Dr. Georg Viermann.

San Vigilio, Anfang März.

Und es standen hohe Pinien und Zypressen über dem Felsen- gestade, und der Kahn mit den Schönen aus einer fremden Welt ruderte langsam dem Dunkel entgegen. Toteninsel!

Ich sitze im kleinen Albergio in San Vigilio, wo — wie es heißt — Wödlin einst die hohe Inspiration für sein Meisterwerk empfing. Draußen tobt der See; seine Wellen spritzen am hohen Felsenufer empor, über mir funkelnde, sternklare Nacht. Noch hat der Frühling diese Erde nicht beglückt. Eisfakt weht der Tramontana über die schneebedeckten Gipfel des Monte Baldo. Graue Wolken vertreiben alle Träume vom sonnigen Süden, dazwischen hallt es sich am Firmament zusammen, es donnert und blitzt. Durch schweres Gewitter hindurch hat uns der Mausefjel von Malcesine über Cassione und Torri nach San Vigilio gebracht. Kennte ich Italien nicht, ich würde enttäuscht sein. Drüben an der Riviera frieren Hunderte von Kurgästen, unter denen ich glücklicherweise nicht weile. Mir ist der Lago di Garda gerade in dieser Stimmung mit dem Kampf der Elemente, in denen der Winter gegen den Frühling ringt, der noch nicht der Herr sein soll, wunderbar willkommen. Es ist eben auch eine Stimmung, und Stimmung bedeutet Inhalt, bedeutet Reichtum für unser inneres Erleben.

Dieser See mit seinen tiefblauen Fluten, wie er sich uner- messlich ausdehnt im Norden der gelobten Halbinsel, eingeklemt zwischen venetischer und lombardischer Erde, ist zugleich ein großes, unermeßliches Kapitel der Weltgeschichte. Bei Niva und Torbole in der Norddecke hält der Österreicher eifrig Wacht und hat mit Bastionen die Rochetta bezwungen, die Bonalestraße ist ein Eisentor, durch das so leicht der rechtmäßige Erbe nicht eindringen wird. Bei Limone dagegen, das die Heimat eines der großen Maler Norditaliens gewesen ist, jenes G. r o l a m o d a i V i r i, dessen süße blonde Madonnen so unitalienisch in Verona den Wanderer grüßen, schaut aus einem kleinen Rastell dicht am Ufer der erste italienische Matrose zum Fenster hinaus, der abends die Kessel der kleinen Torpedieri anheißt, die nachtschlitternde mit Scheinwerfern den See nach Schmuggler- schiffen abfuchen, an denen kein Mangel sein soll. — Das ist nur ein wenig Gegenwart, die müht sich, hart und eigenwillig drein- schaut, und doch umschließt diese Gegenwart ein Teil jener großen weltgeschichtlichen Tradition, die von jeher das Schicksal der blühenden Orte bestimmte.

Unwillkürlich wird man durch quadratisch gemauerte, zinnen- überfrönte Kastelle, durch halbverfallene Warttürme auf den Gipfeln des Bergkammes daran erinnert, daß der Lago di Garda einstmal in der mittelalterlichen Geschichte Italiens ein

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Vermittlungsversuche.

* Aus Konstantinopel wird offiziell berichtet: „Die Gerüchte im Ausland, daß der Ministerrat die Ver- mittlungsforderung beraten habe und die Mehrheit der Minister geneigt seien, die guten Dienste der Mächte auf der Grundlage der Anerkennung der religiösen Souve- ranität des Sultans über Tripolis und die Cyre- naika und der politischen Souveränität über eine der beiden Provinzen anzunehmen, werden halb- amtlich dementiert. Die Pforte ist mehr denn je entschlossen, die Rechte der Türkei auf die beiden Provinzen aufrecht zu er- halten.“

Zu gleicher Zeit meldet die „Agenzia Stefani“ aus Rom: Entgegen der in den letzten Tagen von einigen Zeitungen ge- brachten Nachricht wird festgestellt, daß von keiner Macht Schritte beider italienischen Regierung unter- nommen worden sind, um ihr eine Beschränkung der militärischen Operationen zu empfehlen. Die italienische Regierung behält sich volle Aktionsfreiheit vor, abgesehen von den türkischen Küsten und den Küsten des Adriatischen und Ionischen Meeres.

Wie dazu aus diplomatischen Kreisen verlautet, betrachtet man es nunmehr als wahrscheinlich, daß die Mächte einen Schritt zur Vermittlung zwischen Italien und der Türkei jetzt überhaupt nicht unternehmen werden. Es wird wohl nicht unterlassen werden, in Rom und Konstan- tinopel die beabsichtigten Anfragen über die Friedensbedingungen zu stellen; doch macht man sich fast gar keine Hoffnung mehr darauf, daß die erteilten Antworten die Grundlage für irgend welche weiteren Schritte ergeben könnten.

Es wird darauf hingewiesen, daß, solange die Wahlen in der Türkei nicht durchgeführt sind, jeder Vermittlungs- versuch großen Schwierigkeiten begegnen wird, da die Kräfte- verhältnisse der Parteien erst im neugewählten Parlament zu Tage treten werden und keine Partei sich vorher entschließen wird, durch Stellungnahme zu Friedensvorschlägen ihre Popularität aufs Spiel zu setzen. Erst eine sichere, geklärte Stellung im Parlament wird es den Parteien ermöglichen, freier von inner- politischen und Parteirücksichten vorzugehen.

Sonstige Meldungen.

Der Scheich der Senussi hat am 29. Februar durch Voten folgende Botschaft an die Pforte gefandt:

„Ich erfahre neuerdings, daß die Grobmächte die Pforte zum Frieden mit Italien zwingen wollen. Ich weis aus Erfahrung, daß die Türkei keine Mittel hat, uns Araber bei der Verteidigung des Landes wirksam zu unterstützen, und sich in Wahr- heit gar nicht im Kriegszustand mit Italien befinden. Aber wir Araber sind trotzdem stolz auf unser nicht bloß für die Türkei, sondern für den Islam vergossenes Blut. Ich erkläre deshalb: Falls die Pforte den Mächten nachgibt und uns an die Ungläubigen verkauft, dann wird uns nichts hindern, ein neues Kalifat zu prokla- mieren, das die Macht und die Ehre des Islam besser ver- teibigt.“

K. K. Die Proklamation der Italiener an die gegen sie im Felde stehenden Araber vermochte bisher keine nennenswerten Erfolge aufzuweisen. Ein aus Tripolis zurückgekehrter türkischer Offizier schreibt der „Konstantinopeler Korrespondenz“ u. a.:

„Man muß doch annehmen, daß eine Nation wie die italienische, die sie an ein Unternehmen, wie die Okkupation von Tripolis herantrat, Jahre hindurch von hervorragenden Sachverständigen das Land durchforschen und den Charakter der Bevölkerung studieren ließ. Trotzdem liefern die Italiener seit der über- reichung ihres Ultimatus in Konstantinopel immer neue Ver-

weise dafür, daß sie von der Eigenart des Gebietes, das sie erobern wollen, ebenso wenig Ahnung haben, wie von dem Wesen der Menschen, die ihre Untertanen werden sollen. Die völlige Verkennung der Schwierigkeiten, die sich in Tripolis ihren militärischen Operationen entgegenstellen würden, verleitet die Italiener zu dem Verzicht auf eine großangelegte maritime Aktion im Archipel, die zu einer Zeit, wo die Türkei noch in keiner Weise auf solchen Angriff vorbereitet, die italienische Flotte noch in gutem Stand war, und die Rabinette Europas sich noch nicht verständig hatten, doch immerhin einige Aussicht auf den gewünschten Erfolg geboten hätte, während ein solches Unternehmen heute völlig undurch- führbar geworden ist. Und nur ein absoluter Mangel an Verständnis für den Araber und seine religiöse wie religiöse Eigenart kann jene groteske Proklamationen erzeugt haben, welche uns per „Aeroplanpost“ zugehen und uns in der Eintönigkeit des Lagerlebens einen willkommenen Unter- haltungsstoff bieten. Gebündet freilich haben diese Proklamationen ebenso wenig, wie die Spreng- stoffe, die man von den Aeroplanen auf uns herabwarf, und die höchstens einmal eine unglückliche Bagarettbarade in Brand setzten. Aber gelacht haben wir doch oft genug über diese seltsamen Gelftes- und Stilprodukte, von denen ich einige als An- denken mitgebracht habe. Wenn die Araber nicht gerade itali- enische Selbstbesessenen oder Versagleris vor sich haben, können sie nämlich ungemein gemütlich und humorvolle Leute sein, und nachdem sie sich abends ihren Durrahbrei einverleibt, holt wohl der eine ohne andere aus seinem Gürtel solchen Wisch, den er im Laufe des Tages „von einer Palme gepflückt“, und las ihn zum Gaudium der Zuhörer mit einem komischen Pathos vor, durch das dies seltsame arabische Rauberwelsch der Proklamationen wahrhaft überaus schütternde Wirkung übte. Schließlich ist das Arabische eine recht schwierige Sprache, die ihre Liden hat und an Zweideutigkeiten ungewöhnlich reich ist. Immerhin sollte man denken, daß die italienische Re- gierung schließlich doch irgendwo einen Schriftgelehrten aufreiben könnte, der ein paar inhaltsarme Sätze wenigstens in ein literarisch einwandfreies Gewand zu kleiden vermöchte. Und noch eins! Fast auf allen Proklamationen war die italienische Krone vom Kreuz überhöht, zu erblicken. Aber das Rauber- welsch hat man gelacht. Das Kreuz hat man ernst ge- nommen, aber nicht in dem Sinne, in dem die Proklamationen es erwarteten.“

— Die Ursache des Todes des Admirals Aubrys war eine chronische Darmkrankheit, die in den letzten Jahren drei schwere chirurgische Eingriffe notwendig gemacht hatte. Am Donnerstag der Vortage stellten sich die ersten Symptome einer Bauchfellentzündung ein. Er wurde von Lohr- an Bord des Panzers „Vittorio Emanuele“ nach Tarent gebracht, wo er am Sonntag eintraf. Die Ärzte erklärten seinen Zustand folglich als hoffnungslos, und tatsächlich erlag der Admiral wenige Stunden darauf seinem Leiden.

Die Revolution in China.

Die Soldatenmentereien.

D. K. London, 6. März. Die „Times“ veröffentlicht ein Telegramm aus Peking, in welchem ausgeführt wird, daß die neuerdings in den nördlichen Distrikten des Reiches vor- gekommenen Meutereien auf reaktionäre Umtriebe zu- rückzuführen seien, insbesondere meine man, daß die sogenannte Dynastische Gesellschaft dahinter stehe, deren Führer Liang Bi am 28. Januar in Peking ermordet worden ist. Man fürchtet ernstlich, daß Juanschi tai den Einfluß auf die Truppen im Norden ganz verlieren könnte, und dann natürlich werde sich das auch auf die Truppen in Süden auswirken. Auf der anderen Seite werde betont, daß die Truppen in Süden pünktlich und voll bezahlt würden(?) und daß daher auch keine Unruhen dort befürchtet würden.

Aus Peking selbst berichtet der Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß die Lage dieselbe geblieben sei, es seien keine

heißumstrittener Besitz zwischen Venedig und Mailand einerseits, zwischen dem deutschen Kaisertum und Italien andererseits ge- wesen ist.

Can Grande della Scala, dem Verona allein den Ruhm seiner mittelalterlichen Größe dankte, hat einst den Gardasee als sein köstlichstes Besitztum seinem Reiche einverleibt. In Malcesine steht trotzig seine Burg, biederig, ein Wahr- zeichen kriegerischen Geistes, wie es selten ist. In Torri sul Lago sind die hohen Mauergürtel halb eingestunken, aber sie reden heute noch jene wunderbare Sprache, bei deren Laut uns alle Schauer erfordener Jahrhunderte überkommen. Ja, man denkt im Anblick dieser trübsigen Zeugen selbst an die Kühne Republik Venedig, die einstmal im Kampf gegen die Mailänder Visconti hier ihre Flotte zusammenzog, die sie auf abenteuerlichem Zuge über die Terra ferma nach dem See überführte, um dort ein schmähliches Defaite zu erleben.

Wie Verona, dessen Geschichte eng mit den deutschen Kaisern, die einem Ratum gehorchend, nach dem Süden zogen, verknüpft ist, hat auch der Lago di Garda eine ähnliche Mission durch Jahrhunderte hindurch erfüllt.

Wir wären schlechte Kulturmenschen, wenn wir über aller natürlichen Schönheit einer großartigen Schöpfung solcher Gedanken nicht inne würden, wo tausend Denkmäler daran erinnern; es ginge uns vom Lago di Garda das geheimnis- vollste Stück seines Zaubers ganz und gar verloren, wenn wir nur der Sonne dienen und den blauen Fluten sehnsuchtsvoll das Echo unseres inneren Erlebens ablauschten, ohne dessen inne zu werden, was Italien, dieses gottbegnadete Land, an geschichtlichem Reichtum besitzt. Gerade weil heute ein Moment für den See gekommen zu sein scheint, daß er als beliebter Auf- enthaltsort ähnlich wie der Riviera nur der Gesundheit und der Freude an der Natur dienen soll, muß die Sistorie an diesen Ufern einmal wieder stark betont werden. Weiter als die Uferfränge des Sees spannt sich der Rahmen des weltgeschicht- lichen Schicksals, das hier seine Erfüllung sah. Berge, mit schneeigen Gipfeln, mit zerklüfteten Felsen und grünen Oliven- hängen gibt es auch sonst auf der Welt, wenn auch der See durch sie sein eigenes Relief bekommt, aber es gibt wenige Schauplätze so inhaltsreicher Vergangenheit, so wenig Flecke, an denen sich auch in der Zukunft noch ein Stück Weltgeschichte abspielen wird, wie hier — wo erst im Spiel der jagenden Wolken, in sturm- gepölkten Fluten das wunderbare Symbol greifbar wird, ohne das der Lago di Garda nur ein kostbares Gefäß ohne In- halt wäre.

Nach dunklen Gewitterwolken funkelte sternklar der nächtliche Himmel. Meine Augen irren zum Fenster hinaus, vor dem stockfinstere Nacht steht. Hin und wieder tanzt ein Licht schaukelnd auf dem Wasser, eine Fischerbarke, deren Segel der Ostwind bläht. Nur das Rauhen der Fluten, die sich am

Porphyrgestade stoßen, unterbricht die Stille des Abends. San Vigilio — Toteninsel! Es gibt Künstler, die dies kleine Vor- gebirge mit dem hohen Wald der Pinien für den schönsten Ort am ganzen See halten. Ob sie Recht haben, weiß ich nicht. Der morgige Tag in Sonnenklarheit soll es künden. Aber etwas fühle ich heute schon trotz Sturm und Gewitter, unter dem ich meinen Mausefjelwagen ins hohe Renaissance der Gasthofes hinunter lenkte. Es ist hier Einsamkeit, wundervoll träumende Verwunschenheit, nichts von Rivierafultur, die greulich modernisiert auf dem jenseitigen Ufer zu Hause ist. Die Insel der Seligen . . .

Zwischen Theater und Kino.

Ob wir wollen oder nicht, wir müssen uns daran gewöhnen, mit dem Film und der Filmindustrie zu rechnen. Die Stellung der Theaterwelt zur Kinowelt ist noch nicht endgültig festgelegt. Ein Teil der Schauspieler, sowohl bescheidene wie virtuose, nimmt ganz gern die Gelegenheit zum Nebenverdienst wahr, die das Zu- bereiten von Film-Dramen bietet. Auch von ihnen aber macht wiederum ein Teil neuerdings die Erfahrung, daß der bemerkens- wertere Darsteller, derjenige, der sich auf Gastspiele verlegt, seine Leistungen für das Theater entwertet, wenn er überall wohin er kommen kann, schon im „Kin-Lopp“ gesehen worden ist.

Einige sollen derartige unliebsame Folgen auch bereits beim Engagementfuchen bemerkt haben, was ja sehr begreiflich ist an- gesehen der Gegnerschaft des Deutschen Bühnenvereins (des Ver- bandes der ersten und mittleren Theaterleiter) gegen den gefähr- lichen Wettbewerb des Kinos überhaupt und gegen die Mitarbeit der Schauspieler an der Mehrzahl dieser Gefahr. Eine Gegnerschaft, die ihrerseits wahrhaftig nicht unbegründet erscheint bei der fanatischen Verneuerung und mammutartigen Vergrößerung der Kinos.

In Berlin sind vielleicht die kleineren „Kin-Löppe“ der besseren Gegenden schon heute in Gefahr; die Verkaufsangebote sind nicht eben selten. Im übrigen aber ist noch kein Ende der Entwicklung abzusehen. Wie die „Aufmachung“ des jüngsten großen Kinos- theaters, der „Kammerlichtspiele“ beweist, wird noch immer mehr Kapital und Eleganz an neue Unternehmungen dieser Art gewagt.

Ein Rückschlag, wie ihn die Optimisten unter den Theater- direktoren dem Kino schon seit einer Weile prophezeien, könnte höchstens eben dadurch geschehen, daß die Kinobetriebe sich selbst durch ihre überreichliche Ausbreitung über das ganze öffent- liche Leben hin entwerten. Wenn er erst in allen Kaffeehäusern mit Musik (wo heute schon der Phonograph für Tenor- und Solostimmen- gesang beinahe selbstverständlich ist), in allen Warenhäusern, Schulen, Kasernen, bei allen Festschützen und Vereinsfreunden und in vielen Familien eingeführt ist, wird der Reiz der eigens zum selben Zweck eingerichteten Schauanstalten früher oder später verblasen. Wahrscheinlich aber — später!

Gegen die ablehnende Haltung des Bühnenvereins wendet sich natürlich die Kinopresse (denn eine solche gibt es selbstverständlich auch bei uns schon). Wie wir aus einem Schriftstellersachblatt

neuen Unruhen vorgekommen. Die Truppen seien sämtlich in den Kasernen interniert, und man habe den Offizieren gedroht, sie sofort zu erschießen, sowie sie die Kontrolle über ihre Leute verlor. Die Situation sei sehr ernst, denn die Armee sei sich plötzlich ihrer Macht bewusst geworden, nachdem sie erkannt habe, daß sie nur mit der sogenannten Volksregierung zu rechnen habe. Die Behauptung, daß die Regierung in Nanjing die Absicht habe, die Ruhe und Ordnung im Norden wieder herzustellen, sei einfach lächerlich. Die nordischen Truppen seien ganz etwas anderes als die aus dem Süden, die den türkischen und seien in der Lage, die des Südens und der mittleren Provinzen ohne weiteres aus dem Felde zu schlagen. Ein greifbares Resultat der Unruhen, sagt der Korrespondent, sei, daß Kuangschai niemals nach Nanjing gehen werde.

Zum Schluß sagt der Korrespondent, man sei in Peking allgemein zu der Überzeugung gekommen, daß die Intervention des Auslandes sich jetzt nicht mehr umgehen lasse und daß die notwendigen Schritte so schnell wie möglich ergriffen werden sollen. — Von der „Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft“ liegen folgende Meldungen vor:

Schanghai, 7. März. In einem Armeecerlass erinnert Kuangschai an seine Pflicht und seine Liebe für die Armee und fordert diese auf, ihre Pflicht zu tun und die Disziplin zu wahren. Sonst würden schlimme Folgen und unter Umständen eine Intervention der fremden Mächte eintreten.

Schanghai, 7. März. Die Regierung in Nanjing verlangt, daß Kuangschai, falls er nicht nach Nanjing kommt, den Eid auf die Verfassung schriftlich übermitteln und daß dann das Kabinett in Nanjing gebildet und bereidigt wird. Sie ist damit einverstanden, daß die Regierung darauf nach Peking übersiedelt.

Bausabund und Erbanfallsteuer.

* Das Direktorium des Bausabundes hat in seiner Sitzung vom 5. d. M. einstimmig eine Resolution beschlossen, in der er zur Deckung der erwarteten Mehrvorlagen die Erbanfallsteuer dringend empfiehlt. Jeder andere, wie es in der Resolution heißt, „einfeltige“ Belastung der deutschen Erwerbsstände, will der Bausabund „im Interesse der Sicherung der produktiven und nationalen Arbeit von Handel, Gewerbe und Industrie“ energisch bekämpfen.

Wie wir bereits betont haben, unterliegt die Besteuerung des Witwen- und Waisenerbes so erheblichen, seinerzeit vom Abg. Raasche als Sprecher der nationalliberalen Reichstagsfraktion treffend dargelegten Bedenken, daß sie nur als äußerstes Zufluchtsmittel in Betracht kommen kann. Ob dieser Fall vorliegt, kann erst beurteilt werden, wenn die Mehrvorlagen und die Vorschläge der Regierung für ihre Kostendeckung vorliegen. Es ist daher einigermassen voreilig vom Bausabund, schon jetzt zu behaupten, daß „nur“ eine Erbanfallsteuer in Betracht kommen könne und dieser vorzeitige Eifer wird die Stimmung für diese Steuer nicht gerade zu verbessern geeignet sein.

Bergarbeiterbewegung.

* In Bochum fand am Mittwoch eine Vorstandskonferenz des Bergarbeiter-Dreibundes zwecks Stellungnahme zu den Antwortschreiben der Gewerkschaften statt. Es wurde festgestellt, daß die meisten Gewerkschaften sich zwar bereit erklärt hätten, mit den Arbeitgebern über Lohnveränderungen zu verhandeln, aber ausdrücklich mit dem Hervorheben der gesetzlichen Befugnis der Arbeitgeberschüsse, die dahin geht, daß die Arbeitgeberschüsse in Lohnfragen nicht zuständig sind. Unter diesen Umständen wird dem Ersuchen der Gewerkschaften kaum entsprochen werden. Die Vorstandskonferenz ernennt

die Bergarbeiter sich zu keiner vorläufigen Handlung hinziehen zu lassen und den Beschluß der Direktorenkonferenz abzuwarten.

Im Ruhrrevier werden von den Behörden umfassende Vorkehrungen zur Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Donnerstag früh trafen in Bochum 25 Wache von den Kreispolizei-Sparten ein, die zur Vermehrung des Polizeibestandes der Polizei dienen sollen. Es werden insgesamt 40 Beamte beritten gemacht, die bei Ausbruch des Streiks den Patrouillenbesatz auf den Straßen zu versehen haben werden. Weiter sind von auswärts 100 Gendarmen eingetroffen, die auf die Landkreise Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen verteilt werden sollen. Auch im Schiffsverkehr wird sehr wohl wegen der Bewegung unter den Arbeitern Vorkehrungen getroffen. Auf der Ruhrorter Schiffsbörse wird in die Charterpartien nach Holland bereits die Streiklausel aufgenommen, um die Zahlung von Liegetagen zu vermeiden.

o. Der rheinisch-westfälische Verband evangelischer Arbeitervereine erläßt eine Erklärung, worin gesagt ist, die deutschen Arbeiter hätten keine Veranlassung, in einen Streit einzutreten zugunsten der deutschfeindlichen englischen Industrie oder um die Agitationsbedürfnisse der sozialdemokratischen Partei zu befriedigen.

sk. Eine Lohnbewegung ist jetzt auch im Zwickauer Bergbau ausgebrochen. Die dem sächsischen Bergarbeiterverband angehörenden Bergarbeiter haben den Werksverwaltungen eine Reihe von Forderungen unterbreitet, von denen die wichtigsten sind: Erhöhung des Schichtlohnes um 30 Pf. für alle Arbeiter unter und über Tage. Nicht unter 1,20 Mk. Ausbeute pro Schicht unter Tage und 80 Pf. über Tage. Achtstündige Schichtzeit, siebenstündige bei + 22° C., sechsstündige bei + 28° C., Eins- und Ausfahrt mit eingeschlossen. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit unparteilichen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten u. a. m. Begründet werden die Forderungen mit der Steigerung der Lebensmittelpreise und im Interesse des Schutzes von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter. Um Antwort ist bis zum 9. März ersucht worden.

* In Bezug auf die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet hält die „Soziale Praxis“ manche Forderung, die zur Reform der Bergarbeitsverfassung erhoben wird, für begründet und zweckmäßig; aber sie bezweifelt die Zweckmäßigkeit des Verfahrens der drei Bergarbeiterverbände, die ganze Liste ihrer Forderungen auf einmal und zugleich mit einer 15-prozentigen Lohnverhöhung vorzulegen. In diesem Zusammenhang führt das Blatt aus:

„Aus der . . . amtlichen Lohnstatistik für den Oberbergamtsbezirk Dortmund für das letzte Viertel 1911 geht hervor, daß die Durchschnittslöhne für einen Mann und eine Schicht 4,75 Mk. gegen 4,72 Mk. im dritten Viertel betrugen und die Häuerlöhne 5,63 Mk. gegen 5,58 Mk. zuvor. Eine Lohnverhöhung von 15 Prozent würde danach eine Steigerung des Durchschnittslohnes um 71 Pf. auf 5,46 Mk. und der Häuerlöhne um 84 Pf. auf 6,42 Mk. bedeuten, während bei der Hochkonjunktur von 1907, allerdings vor Einsetzen der Teuerung der letzten Jahre, die Durchschnittslöhne 4,99 Mk. und für Häuer 6,16 Mk. nicht überschritten.“

Daraus scheint hervorzugehen, daß selbst ein so sozial-reformerisches Blatt wie die „Soziale Praxis“, die Forderung einer 15-prozentigen Lohnverhöhung nicht für begründet hält.

Aus der Schulverwaltung.

* Gestern nach der Mittagspause setzte die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses die Beratung des Kultus- etats fort. Beim Etat des Unterrichtsministeriums erklärte Geheimrat Altmann, daß der Lehrermangel in der Hauptsache überwinden sei. Am 2. Oktober 1910 seien 1968 Lehrstellen unbesetzt gewesen, davon seien aber 1439 von Lehrerinnen verwaltet, so daß tatsächlich nur 529 Stellen unbesetzt waren. Am 2. Oktober 1911 seien 1510 Lehrstellen unbesetzt gewesen, von diesen seien 1127 von Lehrerinnen verwaltet, so daß tatsächlich nur 383 Stellen unbesetzt waren. Dabei mußte aber in Betracht gezogen werden, daß eine Anzahl Lehrstellen stets durch zeitweilige Vakanten unbesetzt seien, so daß in Wirklichkeit die Zahl der unbesetzten Lehr-

stellen noch geringer sei. — Der Minister erklärte, daß er sich nach wie vor die Verwendung von Lehrerinnen, namentlich auf dem Lande und in kleinen Städten angelegen sein lasse. Weiter erklärte er, daß er bei aller Anerkennung für die Leistung der Seminarbildung die bessere Hand zu legen sei. Vorläufig habe er aus diesem Grunde beantragt, daß an den bereits bestehenden Schulen für Seminarlehrer in Berlin und Posen in diesem Etat die Mittel für einen dritten Kursus in Münster angefordert würden. Außerdem hätte er zur Erreichung dieses Zweckes beantragt, daß den Seminardirektoren kleine Kreisinspektionen übertragen würden. Die zweite Lehrerprüfung sei reviditionsbedürftig und er könne für die nächste Zeit neue Bestimmungen hierfür in Aussicht stellen.

Von der angeforderten 13 neuen hauptamtlichen Kreisinspektorenstellen wurden 12 bewilligt, darunter in Lauban und Landeshut. Die neue Stelle in Landeshut wurde vom Zentrum beantragt und die Besetzung darüber ausgesetzt. — Nächste Sitzung Freitag, 9. März.

Der Wassergesetzentwurf.

* Die Wassergesetzkommission des Abgeordnetenhauses nahm gestern nach der Mittagspause die §§ 18 (Festlegung der Uferlinie), 14 (Eintragung der Wasserläufe in das Grundbuch) und 15 (Eigentum an neuen Inseln, Weibern und dergleichen) unbeschadet an. Die Frage der Entschädigung der Eigentümer des Grund und Bodens in einem durch höhere Gewalt entstandenen neuen Flußbett (§ 16) gab zu solchen Bedenken Anlaß, daß die Abstimmung über diesen Paragraphen ausgesetzt wurde. Auch über § 17 wurde die Abstimmung ausgesetzt, da für nötig gehalten wurde, neben den Eigentümern auch der Wasserpolizeibehörde die Initiative zu der Forderung der Wiederherstellung des alten Zustandes eines sein Bett ändernden Wasserlaufs zweiter oder dritter Ordnung einzuräumen. § 18 (Anlagen) wurde unverändert angenommen, desgleichen § 19 (Abflüsse), jedoch mit dem Zusatz, daß die Sicherung derartiger Ansprüche außer im Wege der Klage auch durch Anmeldung bei der Wasserpolizeibehörde erfolgen kann. Ein Antrag in einem neuen § 19 a, die Festlegung der Veränderung im Grundbuch betreffen, wurde zur späteren Beschlußfassung zurückgestellt. — Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde eine von freikonserverabier Seite eingebrachte Resolution folgenden Inhalts angenommen: „Die Kommission wolle beschließen, die königliche Staatsregierung um Vorlegung einer Übersicht zu ersuchen, welche für alle Städte über 50 000 Einwohner ergibt, wie und auf Grund welcher Rechtsmittel (Verjährung, Urteil, Genehmigung, Vertrag u. s. w.) die Ableitung ihrer Abwässer bewirkt und welchen Erfolg die betreffenden Reinigungsanlagen aufweisen.“ — Nächste Sitzung Freitag, 9. März.

Verschiedene Mitteilungen.

— Die Zweite Kammer des elsässisch-lothringischen Landtages hat am Mittwoch dem mehrfach erwähnten Beschluß der Budgetkommission, sämtliche zurzeit noch administrativen Jagden und auch die Kaiserjagd bei Oberhaslach fortan zu verpachten, zugestimmt. In der Debatte verlangte der Abg. Schlumberger sogar die Erlaubnis, Jagden an Franzosen zu verpachten. Da die administrativen Jagden gegenwärtig rund 61 200 ha umfassen, wird die Regierung wahrscheinlich in die Verpachtung eines Teiles dieser Jagden willigen, aus Gründen der Landesverteidigung aber u. a. die Verpachtung der Kaiserjagd entschieden ablehnen und hoffentlich eine Verpachtung an Ausländer entschieden unterlagen; die französischen Jäger in Baden sind ein warnendes Beispiel.

— In einem Artikel des Krakauer konservativen „Gazeta“, der gegen die allpolnischen Umtriebe in Posen polemisiert, heißt es: „Die Polen im Deutschen Reich müssen gleich den Polen in Galizien eine gemäßigte und konservative Politik verfolgen und sich vor jedem Radikalismus sorgfältig in acht nehmen. Der Platz der Polen im deutschen Reichstage kann nicht an der Seite der Sozialdemokraten sein. Wie in Österreich müssen die Polen auch in Deutschland ein staatsrechtliches, monarchistisches und jeder Umsturzpolitik fernstehendes Element repräsentieren. Auch das enge Bundesverhältnis, das zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn besteht, macht es den Polen in Deutschland zur Pflicht, jede feindliche Haltung gegen die deutsche Regierungspolitik zu vermeiden.“ — Schöne Worte, darauf berechnet, leichtgläubigen Leuten im Deutschen Reich Sand in die Augen zu streuen.

— Dem diesjährigen Winterball der Leibhufaren im Hotel „Danziger Hof“ in Danzig wohnte auch das Kronprinzenpaar bei. Anwesend waren das Offizierskorps der Brigade, die (Fortsetzung im zweiten Hogen.)

erscheint, lobt die Fachzeitschrift „Der Kinematograph“, die in Düsseldorf erscheint, den Allgemeinen Schriftstellerverein, weil der in seinem Verhalten zum Kino weit klüger sei als der Bühnenschriftsteller. Er suche seinen Mitgliedern den Nutzen des Kinematographen „auch in pekuniärer Hinsicht zu vermitteln“ und habe in dem inneren des Allgemeinen Schriftstellervereins jüngst gegründeten Fachzeitschriftstellerverband bereits eine Unterabteilung „Lieferanten von Filmbildern“ gebildet. Die Filmfabriken „werden diese Neuerung sicher freudig begrüßen, um so mehr, als in die Abteilung nur Autoren aufgenommen werden, die bereits Szenarien verkauft haben“.

Ein ernsthafter Schriftsteller, ein wirklicher Autor wird Bahnschmerzen kriegen, wenn er von diesen „Ideen-Lieferanten“ und diesem ganzen geschäftlichen Vereinsbetrieb, der hauptsächlich nur für mächtige Ausschreiber arbeiten kann, vernimmt. Was aber das Kino-Blatt weiter meldet, von den guten Absichten der deutschen Kinoindustrie, die nur erst den großen Vorprung der ausländischen Filmfabriken einholen möchte, um dann auch auf die „Entwürfe der Ideen“ immer mehr Sorgfalt zu legen und die Ideen-Lieferanten allmählich besser zu honorieren, das verdient jedenfalls freundliche Beachtung.

Für die Bühnenwelt wird der Streit um die Mitarbeit am Kino wohl zu einer reinlichen Scheidung führen; die mimisch gezeichneten und rednerisch minder geeigneten Schauspielere werden sich dauernd zu den Lichtspielen halten, die besseren Sprecher und alle harmonisch stärker begabten werden dem Theater treu bleiben.

Ein Schwanke, der den reizvollen Namen „Die Kimmertist“ führt, soll zu Beginn der Sommerspielzeit dem organischen Reizen der Dinge vorgeföhren. Der Verfasser, der junge Weimarer Journalist Hermann Kellisch, der durch scharfe Angriffe in der von ihm geleiteten Zeitung „Deutschland“ gegen das Weimarer Hoftheater fähiglich die Geister der Wuststadt erregte, hat das Berliner Residenztheater auf drei Monate gepachtet, um dort seine „Kimmertist“ vorzuführen. Diese Kiste erhebt sich in der Form nicht über die übliche Schwanke; der Inhalt aber ist höchst zeitgemäß, da er sich um eine Kinobude dreht, und unter anderem eine richtige Kinematographenvorstellung — vorstellt. Ob auf solchem Wege die Zukunft der deutschen Bühne endgültig zu retten sei, erscheint als einigermaßen fraglich. Fraglos aber wird eine gegenseitige „pénétration pacifique“ von Theater und Kino fürder nicht mehr zu meiden sein. . . .

Es gibt auf der deutschen Bühne einen Mann, der seit langem die gesteigerte Sensation vertrat, wie sie auf den Filmbühnen vorerst noch Geschäftsprinzip ist. Der Mann heißt Ferdinand Bonn. Man könnte denken, er sei vor anderen berufen, im Filmdrama mitzutun, auch als „Ideen-Lieferant“. Und man wird es auch verschmähen, daß er sich darin schon versucht habe oder noch versuchen werde. Dagegen braucht man nicht zu fürchten, er werde, so lange ihm der Körper irgend gehorcht, der Bühnenszene verloren geben. Erstens braucht er den Applaus seines Publikums — und das ist ein Bedürfnis, das auch viele andere bei der Bühne festhalten — zweitens aber ist Ferdinand Bonn Manns genug, auch ohne den „Kintopp“, auf der allhergebrachten Szene, die richtigen Kintopp-Sensationen zu erregen. Neulich erst war zu melden, daß er in „Kabile und Liebe“ an einem Abend den Wurm und auch den Kammerdiener spielte. Nunmehr hat er sich dem Kinoplats

(„Kroll“) zum Hollendorfsplatz begeben, und in einem Schwanke auf der Bühne des Neuen Schauspielhauses als österreichischer Fuzarenleutnant eine schneidende Attade auf die Kunst geritten. Indem er nämlich auf einem lebendigen Gaul erschien. Dabei soll ihm noch die Absicht, hoch zu Ross ein Geigen solo vorzutragen, von der Direktion bereitet worden sein.

An derselben Stätte trat einer der bekanntesten Theaterleute Berlins, der Geheimrat (recte Geheime Kommissionsrat) Sigmund Lautenburger, früherer Direktor des Residenztheaters, und also geschäftstüchtiger Abnehmer vieler Pariser Chebruchschwänke, nach jahrelanger Unterbrechung seiner schauspielerischen Tätigkeit, als Nathan in Lessings Dichtung auf. Er gab eine nicht eben tiefe, doch anständige Verkörperung des weisen Juden und fand bei seinen Landsleuten aus Eis- und Transleithanien — die Auf-führung gelang für die zahlreiche österreichisch-ungarische Kolonie — brausenden Beifall. In Sigmund Lautenburger übrigens verkörpert sich wieder ein Symptom der Annäherung zwischen Theater und Kino: der Geheimrat ist stark beteiligt an einer Gruppe besserer Min-Töpfe zu Berlin.

Das Wertvollste aber von solchem Zusammenhang ist etwas, das von der Bühnengenossenschaft innerhalb der Frauen-Ausstellung am Zoo veranstaltet wurde: eine Film-Geschichte, betitelt „Im Mannepland“ und bestimmt, die kunstbestehende Jugend vom Zudrang zum Schauspielberuf abzuhalten! Da sieht man die furchtbar rührende Verkörperung der grundverschiedenen Schicksale zweier Schwestern. Die eine (von der überaus talentvollen Ida W. ist dargestellt) ist gänzlich talentlos, eifert aber der riesig talentvollen Schwester (gegeben von der unverwundlich schönen Lily Waldberg) nach und gerät ins tiefste Schmierer-Elend — bis sie als Souffleuse am Hoftheater von der sehr berühmt gewordenen Schwester wiedergefunden und gerettet wird. Der Zug der Schmierer-Elendhaftigkeit und dann der verlassen jungen Mutter die verschleierte Landstrasse entlang ist besonders einbildsvoll. Die abschreckenden Schildereien erpressen den gefühlvollen Zuschauer viele Tränen. Schade bloß, daß all die jugendlichen Schwestern für Schauspielerei ihr Ebenbild einzig in der schönen talentreichen Schwester erkennen werden. . . .

7. volkstümliches Mittwoch-Konzert des Orchester-Vereins.

Die Klage, daß echte Gesangs-Kunst heutzutage ausstirbt, muß verstummen, wenn wir einem wirklichen Talent für den bel canto begegnen. Die Belanntschaft mit den hervorragenden Leistungen eines Hrn. Käte Hoerder aus Berlin wird niemanden gereuen, wir haben ohne Ausnahme eine große Freude erlebt. Die moderne Kunstströmung ist angeblich der alten Reklartigkeit abhold und doch jubelt alles dem glücklichen Besitzer einer italienischen Gesangsstimme zu. Die Konstant wäre wirklich arm, wenn sie allein vom Besitz eines H. Wagners und H. Strauß zehren sollte. Wie viel Meisterwerke der älteren Zeiten sind auf ganz anderem Boden gewachsen und sollen wir uns eines Hoffini oder gar Mozarts entschlagen, bloß darum, weil man nicht mehr richtige Interpreten dafür ausbildet? Das wäre ewig zu beklagen! Mit prinzipiellen Abstraktionen ist seiner Kunst geblieben. Als Musi-

der Vergangenheit ist nun einmal vorhanden und erscheint ein Verwunderer, einer der die Kunst wirklich gelernt hat, so empfindet jeder Hörer eine hohe Genugung. Und Hrn. Hoerder ist von glücklicher Begabung. Der besagte, weiche Dikant vermag auch über die zweifelhafte Klänge hinauszuweisen, ohne Anmut einzubüßeln. Ganz enorm ist die Reklartigkeit ausgebildet, es gelingen Solozitate im Legato und Staccato, diatonisch sowie chromatisch und selbst in den bewegtesten Interballsprüngen. Der Triller ist zu einer vollendeten Spezialität ausgebildet und gibt auch in den höchsten Lagen belist an. Beispiellos ist die glodenreine Intonation — bei der großen Jugendlichkeit dieser Sängerin muß das besonders hervorgehoben werden. Hrn. Hoerder gebietet über ein riesiges Können und besitzt natürliche Veranlagung für die Bühne, sie singt stets mit lebhafter Geste zu ihren Hörern. Hierbei kommt es auf Geschmack an und ich muß gestehen, daß ich persönlich ihre ausdrucksvollen Bewegungen nicht entbehren möchte. Nach der bewundernswürdigen gelungenen Violetta-Arie aus Verdis „Traviata“ hörten wir noch zwei Mozartsche Stücke: Das „Weilchen“ und „Un moto di gioia“. Beides ist im Sommer 1789 für die Hochzeit des Hrn. H. komponiert worden und somit eine Arie aus des Großmeisters genialster Epoche. Auch in Mozells berühmter „Calandrina“ war die Künstlerin vorzüglich, ihr „Verhengelang“ erregte allgemeines Entzücken. Man behauptet, daß die neapolitanische Schule schon eine Art Defizienz gegenüber der alten Oper bedeute und doch, wie zeugend ist dieser letzte überrest eines ehemals fürstlichen Vermögens. Wenn Mozelli (1714—1774) in seinen noch vorhandenen Beständen einmal durchmustert sein wird, dann dürfte mehr als dieses „sehr beliebte“ Stück zu Tage treten. Hrn. Hoerder singt nicht nur ihre Opernschöne sehr schön, auch Liedmusik liegt ihr glänzend. Mozarts „Weilchen“ strömte seinen arten Duft aus und H. Schumanns „Es war, als hätt' der Himmel“ tauchte in den Mundschleim deutscher Romantik. Unser Publikum stand ganz im Wanne der Sängerin. Sollte sie wieder bei uns entziehen, dann wird die Bestätigung erhalten, daß wir sie dauernd ins Herz geschlossen haben. „E si gentil, ha così dolce il canto“ (Sie ist so gütlich und singt so süß) heißt es in La calandrina. Wir wollen das nimmer vergessen! Herr Hermann Hoerder führte uns Mozarts Esdur-Symphonie vor. Er liebt breite Tempi, ich kann es aber nicht tadeln. Die mit Wohlklang durchdrängte Instrumentation kam herrlich zum Ausdruck. Die Oubertüren zum „Fliegenden Holländer“ und „Tannhäuser“ sind Bravourstücke unseres Orchesters und die Traviata-Arie wurde sehr dezent gespielt. Für die Lieder stellte Herr H. Auerbach die Begleitung. Man wird mir aufs Wort glauben, daß sie vorzüglich war. B. K.

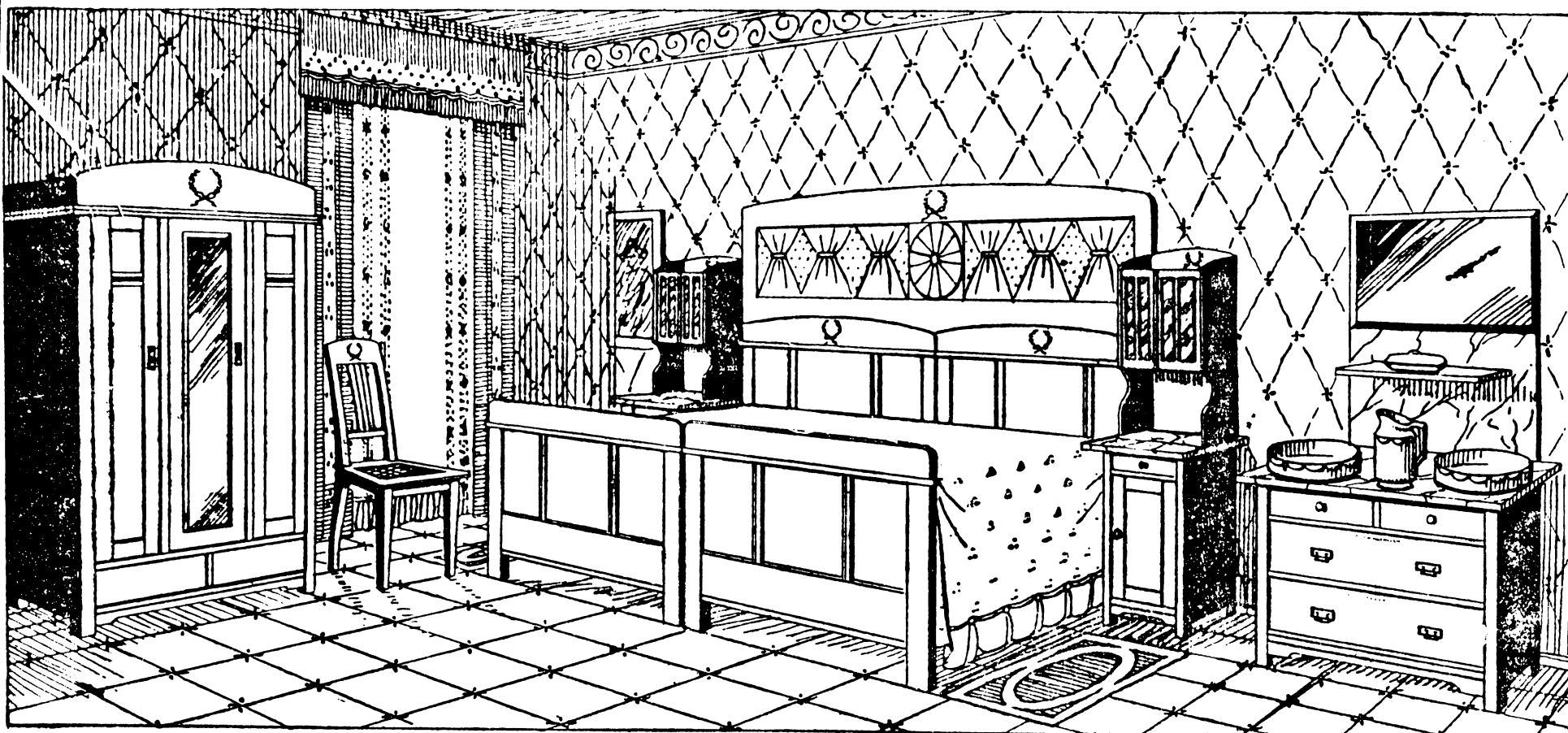
Neue Bücher und Broschüren.

Das formelle Grundbuchrecht von Oberlandesgerichtsrat Dr. F. R. Schmitt in a. in Dresden. (Sammlung Oberr. Nr. 549). Leipzig, G. J. Schönsche Verlagshandlung. Hr. in Weinmann geb. 0,80 M. Das vorliegende Bändchen behandelt das ganze Gebiet der Grundbuchordnung, die Verfassung der Grundbuchämter, das Verfahren vor ihnen und das Verfahren der Veräußerung, die Eintragung und Führung der Grundbucheinträge und die Lehre vom Hypothekensystem. Veräußerungsgesetz für Angehörige vom 20. Dezember 1911. Erläutert von R. Meinel, Regierungsrat im R. d. Landesversicherungsamt. München, J. C. Schönsche Verlag. Hr. geb. 1,20 M.

Etablissement
allerersten Ranges
in
modernen Möbeln

Krimke & Co.

BRESLAU
Neue Graupenstr. 7



Schlaf-Zimmer „Gertrud“

echt Eiche, Innen Eiche.

- 1 Garderobenschrank
3teil. Ansicht mit
Fac.-Glas
- 2 Bettstellen,
- 1 Waschkommode,
extra groß mit hoh.
Marmor,
- 1 breiter Fac.-Spiegel
- 2 Nachtschränke mit
Marmor
- 2 Stühle
- 1 Handtuchständer

kompl. Mk. 475.—

- 1 Umbau mit Stoff 45.—
- 2 Apotheken 60.—

Mehrjährige Garantie!

Besichtigung
ohne Kaufzwang
erbeten!

Engl. Jacken-Kleider

neueste Modelle — beste Verarbeitung

chique engl. Costume
von 110 Mk. an

Mäntel

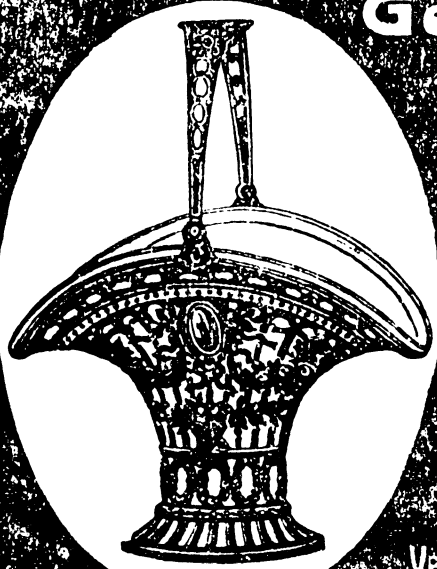
Taffet Costume
von 150 Mk. an

Promenaden- u. Diner-Toiletten

Eigene erstklassige Ateliers

Eduard Kreutzberger, Ring 35.

Württembergische
Metallwarenfabrik
Geislingen-St.



Versilberte und
vergoldete
Gebrauchs- und
Luxusartikel



Eingetragene
Schutzmarken



Verkaufsstellen an allen grösseren Plätzen



Emil Hartmann,

Königl. Sächs. Hofuhrmacher,
Schmiedebrücke, Ecke Ring,

empfehl.
preiswerte vorzügliche Uhren
Deutsche und Schweizer Fabrikate.

Glashütter Uhren von A. Lange & Söhne.
Genfer Uhren von Vacheron & Constantin.

Billige Woche

in Schuhwaren

morgen letzter Tag
stark ermäßigte
Preise.

Otto Daeglau,

Junkerstraße 26,
Ecke Schuhbrücke.

Ich kaufe getragene
Herrengarderob., Uniformen,
Pelze, Möbel, Betten
Nachlässe zu höchsten Preisen
L. Schmuhi, Oberstr. 7. Tel. 11529.

Verf. gebr. Ergänzungs-Möbel,
50 Stk. Schränke verschied. Grösk.,
40 Sofas, 100 Bettstellen mit und
ohne Matr. von 3 Mk. an. Waid-
lich mit Bl. billig zu verkaufen.
Friedrichstraße 53a.

Die Anfertigung geschmiedeter Waren (Massen-
artikel) schwerer Schmiedestücke, autogen geschweißter
Kessel und Reservoirs
übernehmen

Janetzky & Co., Breslau VI., Dammweg a. d. R. 105. Brauerei
Fabrik für Beleuchtungs- u. Autog. Schweißapparate,
Brett-, Hammer-, Lohndreherei für Guß- u. Schmiedeeisen.
Carbidverkauf.

Otto E. Weber



Radebeul - Dresden
Weber's
Carlsbader
Kaffeegewürz

Seit Großmutter's
Jugendzeiten
bewährtes u. beliebtes

Kaffee-
Verbesserungsmittel.

Einzig echtes
Originalprodukt
jedes andere,
ohne Schutzmarke,
ist nur Nachahmung.

Ziehung 15. u. 16. März 1912
Grosze Naturschutzpark-
Geld-Lotterie

6419 Geldgewinne ohne Abzug
230000 M.
100000 M.
40000 M.
20000 M.

Lose a. M. 3.30 (Porto u. Liste 30 G. extra)
vers. auch u. Nachn. Hamburg,
Emil Stiller, Holzdamm 39.

Alle künstliche Zähne
kauft per Zahn 40 Pfa. Friede,
Altstädterstraße 31, parterre.

G. Hausfelder,
Zwingerstr. 24.

Neue Möbel!
Gebrauchte Möbel!
Altgeräthe, Kunstfachen.
Tel. Ein- u. Verkauf.
4894. Gelegenheitskäufe.
Bilder, Bronzen, Teppiche.

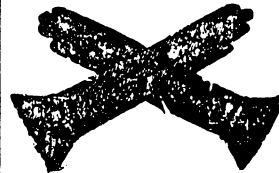
Registrierkassette
(auch Mehrschubladentafel) gebr.,
zu kauf. gesucht. Angeb. mit Preis-
angabe unter M. 262 an die Ge-
werbsstelle der Schick. Bta.

Pianino,

gebr., gut erhalt., zu verkaufen. (9)
Neue Graupenstr. 13, 1. Etg.

Tel. 10 430.

Handschuh-Fabrik



Paul Maretzky

Breslau I, Poststraße 6, 1. Etage
neben der Hauptpost, empfiehlt alle Arten
Lederhandschuhe
in Glace, Suede und Wildleder
zu Fabrikpreisen.

Konfmanden-Handschuhe.

Sonder-Angebot: Ein Posten Damen- und Herren-
handschuhe zu herabgesetzten Preisen. 1x

ist das
Schlüterbrot,
das 1. pat. Vollkornfeinbrot, nur echt mit Schutzmarke zu
haben in Delikatess-, Kolonialwaren-, Milch-
und best. Vorleistungsfachgeschäften und bei
Franz Strauch, Scheuningerstraße 21. beförmlich

Ohne Zoll!

Die jetzigen teuren Zeiten lehren auch den,
der bisher den Schwankungen der Nahrungs-
mittelpreise gleichgültig gegenüberstand, spüren;
sie zwingen energisch, beim Einkaufe die Augen
zu öffnen und den hohen Einfuhrzöllen aus-
ländischer Erzeugnisse möglichst zu entgehen.
Für die Bevorzugung ausländischer Cacaos
und Schokoladen liegt absolut kein Grund vor,
denn die hochentwickelte deutsche Cacao- und
Schokoladen-Industrie ist der ausländischen
mindestens ebenbürtig. Für jedes Kilo Aus-
lands-Cacao stellt sich der Einfuhrzoll auf
M. 0.65, für jedes Kilo Chocolate auf M. 0.50.
Der deutsche Fabrikant kann also entschieden

preiswerter

liefern als der ausländische. Tell-Cacao ist nicht
nur billiger als die gangbarsten ausländischen
Marken; er ist auch infolge feinsten Pulver-
sierung viel leichter, voluminöser und daher
ergiebiger. Der köstliche Geschmack des Tell-
Cacaos befriedigt den verwöhntesten Gaumen.
Tell-Chocolate steht in der Qualität den
besten importierten Schokoladen in nichts nach;
sie ist dabei nahrhafter als Fleisch, Eier etc.
und äußerst preiswert. Werden wir also
wirtschaftlich klüger und bevorzugen inlän-
dische Erzeugnisse! Wir erfüllen dadurch eine
vaterländische Pflicht, unterstützen den ein-
heimischen Gewerbesleiß und sorgen für
die Vergrößerung des Nationalvermögens.

Tell

Chocolade-Cacao

Vertreter für Breslau: Fritz Specht, Nikolaistadtgraben 8.

Es folgen Bogen 2, 3, 4, 5 und 6.

Generalität sowie zahlreiche ehemalige und Reserveoffiziere der Leibhüfaren mit ihren Damen und eine Anzahl sonstiger Gäste, zusammen etwa 200 Personen. Gegen 8½ Uhr erschien das Kronprinzenpaar, es wurde vom Kommandeur der Leibhüfarenbrigade, Generalleutnant Freiherr von der Goltz, empfangen und in den Ballsaal geleitet, wo sofort der Tanz begann, an dem sich die Kronprinzessin und später auch der Kronprinz lebhaft beteiligten. Um 9½ Uhr begaben sich die Ballgäste zum Souper in den in den Farben der Leibhüfaren reichvoll dekorierten Wintergarten des Hotels. Der Kronprinz führte Frau von Mackensen, die Kronprinzessin ging am Arm des Freiherrn von der Goltz. Dem Kronprinzen sah Kammerherr von Oldenburg-Sanaußau mit Frau Regierungspräsident Förster, der Kronprinzessin Generalleutnant Graf Kauffert mit Frau von der Otten gegenüber. Nach der Tafel begann nochmals der Tanz, an dem sich das Kronprinzenpaar wieder eifrig beteiligte. Gegen 1 Uhr erreichte der Ball sein Ende.

Im preussischen Abgeordnetenhaus spielt hinter den Kulissen ein Konflikt zwischen dem Präsidenten und der Budgetkommission, der nach seinem Gegenstande allerdings zu den selteneren Vorfallkommissionen gehört. Es handelt sich nicht etwa um Meinungsverschiedenheiten über Geschäftsbehandlung und -einteilung, sondern der Präsident Frhr. v. Erffa läßt sich als oberste Instanz über die Einrichtungen und baulichen Zustände des Hauses eine Kritik nicht gefallen, die er in einem Beschluß der Budgetkommission erblickt. Es handelt sich, so schreibt die „Köln. Ztg.“, um die Frage, ob die Personenaufzüge im Gebäude mit Kurbelsteuerung oder mit Druckknopfsteuerung versehen werden sollen. Die Umwandlung der veralteten Kurbelsteuerung in die Druckknopfsteuerung und andere Verbesserungen sollen 14000 Mk. kosten, und ein solcher Betrag ist im Etat eingestellt. Dies hat nun die Kommission gestrichen. Die Forderung war aber gerade vom früheren Präsidenten v. Kröcher und auch von dem jetzigen Präsidenten Frhr. v. Erffa beim Minister der öffentlichen Arbeiten erhoben worden, und so wendet sich nun Frhr. v. Erffa in einem langen Schreiben an den Minister v. Breitenbach, in dem er ersucht, daß die Regierung mit ihren Sachverständigen entschieden eintreten möchte für die Wiederherstellung des Titels. Man hat aus dem Schreiben den Eindruck, daß der Präsident recht hat, daß hier in der Tat die Kommission etwas oberflächlich eine Sache gestrichen hat, die zur weiteren Verbesserung der Einrichtungen des Gebäudes dienen wird. Der Präsident bemerkt ferner, daß die Sachverständigen der Kommission die „gegen Tagelohn beschäftigten Hilfsdiener der Aufzüge“ seien, die, von einem Mitglied der Kommission befragt, sich gegen das Druckknopfsystem ausgesprochen hätten. Er aber halte sich für die persönliche Sicherheit der zahlreichen, im Gebäude verkehrenden Personen, nicht nur der Mitglieder des Hauses, sondern auch der Regierungskommissare und der Pressevertreter, für verantwortlich. So ist anzunehmen, daß das Plenum ein Einsehen hat und dem Abgeordnetenhaus seinen guten Ruf, als praktisches Geschäftshaus den Reichstag zu übertreffen, auch in dieser Druckknopffrage bestärken wird.

* Verschiedene an das Abgeordnetenhaus gelangte Petitionen um Verleihung des Gemeindevorstandes an Frauen sind von der Gemeindevorstandskommission der Regierung als Material überwiesen worden. Der Regierungskommissar erklärte jedoch hierzu, daß die Frage des Frauenwahlrechtes nur einheitlich mit dem Kommunalwahlrecht überhaupt geregelt werden könne. Hierzu bestrebt er sich zurzeit seine Absicht bei der Staatsregierung.

— Wo sitzen die Steuerdrückberger? Bei der Etatsberatung im anhaltischen Landtage wies der Vorsteher der Finanzdirektion, Präsident Lange, den Abg. Leonhard darauf hin, daß er bei der Befreiung der überflüssigen aus den direkten Steuern einen Einnahmeposten von 55000 Mark überflüssig habe, der aus einer von einem Nachlasse eingezogenen Nachsteuer, und zwar nicht von einem Landwirte, herrühre. Der Abgeordnete von Kroß machte durch den Zwischenruf: „Ein interessanter Fall!“ auf die Bedeutung dieser Feststellung aufmerksam. Trotzdem hat die liberale Presse sie bisher mit Stillschweigen übergegangen.

— Die Reichspostverwaltung hat jetzt auch für unsere Schutgebiete Briefmarkenherstellung herstellen lassen. Für Deutsch-Ostafrika sind Stempel mit 20 Freimarken zu 4 Hellern und 10 Freimarken zu 7½ Hellern ausgegeben worden.

Preßstimmen.

Unberechtigt selbstbewußt klingt, was die „Nationalzeitung“ heute über die Frage der Präsidentenwahl im Reichstage sagt:

Die Lage erscheint diesmal wesentlich einfacher als sie vor vier Wochen war, denn es kann sich jetzt nur noch darum handeln, ob es den vereinigten liberalen Parteien möglich ist, sich an der Bildung des Präsidiums zusammen mit der Rechten zu beteiligen oder nicht. Es war schon davon die Rede, daß den Nationalliberalen der Posten des Präsidenten angeboten werden solle, und daß die Fortschrittliche Volkspartei zugunsten der darin zum Ausdruck kommenden Anerkennung der parlamentarischen Stellung des Liberalismus mitzuwirken gewillt sei. In der Tat könnte niemand einem Präsidium, an dessen Spitze ein Nationalliberaler steht, den Vorwurf machen, daß es konservativ-kerikal sei und sich ausschließlich auf die Parteien des schwarz-blauen Bloks stütze. Sind die Konservativen für die Lösung der Frage nicht zu haben, dann beweisen sie damit eben aufs neue, daß sie von ihrer einseitigen Auffassung der parlamentarischen Rechte nicht lassen wollen. Der nationalliberalen Partei darf niemand zumuten, daß sie den Konservativen und dem Zentrum zu einem Präsidium nach deren Sinne verhilft, wenn diese beiden Parteien sich nicht den Liberalen gegenüber entgegenkommend verhalten. Ergeben die Verhandlungen bis Freitag kein befriedigendes Abkommen, dann wird sich die nationalliberale Fraktion die Hände freihalten und ihre Entscheidung treffen, wie sie durch die bis dahin erkennbare Lage bedingt wird. Keinesfalls darf sie ihre Entscheidung durch einen Druck von rechts oder von links beeinflussen lassen.

*

Am Schluß eines weiteren Artikels über das fortschrittlich-sozialdemokratische Stichwahlabkommen sagt der „Vorwärts“:

Ob dieses Experiment eine Wiederholung finden wird, ist eine andere Frage. Es ist aus einer bestimmten Situation geboren. Sollte diese sich wiederholen, dann hielten wir es ebenso wie diesmal für einen Fehler, ein uns angebotenes Stichwahlabkommen ähnlicher Art abzulehnen. Aber die Situation wird sich so leicht nicht wiederholen. Das Kennzeichen dieser Situation ist die Schwächung der Fortschrittler nach links, eine Schwächung jedoch, unentfesselt und jaghaft ausgeführt. In seiner jetzigen unklaren Stellung kann aber der Liberalismus nicht lange bleiben. Entweder muß er die Konsequenzen seiner kriegerischen Haltung gegenüber der Regierung und dem schwarz-blauen Block ziehen, seine Kampfstellung klarer betonen. Dann gerät er in so unheilvollen Gegensatz zu den Parteien der Rechten, daß bei einer künftigen Reichstagswahl jede Aussicht für ihn schwindet, auf den konservativen Krüden wieder in den Reichstag zu kommen. Jedes besondere Stichwahlabkommen zwischen den Fortschrittler und uns wird dann überflüssig. Dies wurde ja nur durch ihre schwächende Haltung notwendig. Es versteht sich dann ohne weiteres von selbst, daß sie bei Stichwahlen für uns stimmen, wie wir für sie. Es kann aber auch anders kommen. Die kapitalistischen Elemente im Fortschritt können das Übergewicht über die radikalisierten gewinnen, und sie können ihn zwingen, später peccavi bei Schaffmachern und Agariern zu sagen. Das müßte sofort den schärfsten Gegensatz zwischen Fortschrittler und uns herbeiführen, und jeder Möglichkeit eines Stichwahlabkommens gründlich ein Ende machen. Ein weiteres Stichwahlabkommen mit dem Fortschritt muß entweder überflüssig oder unmöglich werden — eine andere Partei aber, mit der wir zu einem solchen Abkommen gelangen könnten, existiert zurzeit nicht. Es dürfte also ein vereinzeltes Experiment bleiben.

Die Zuckerfrage in der russischen Reichsduma.

St. Petersburg, 5. März. Zu der neulichen gegen Deutschland gerichteten Auslassung der offiziellen „Rossija“ in Sachen der von Rußland verlangten Vergrößerung des Zuckerausfuhrkontingents — Rußland hatte auf der Brüsseler Zuckerkonvention für die nächsten sechs Jahre eine Gesamterhöhung des Ausfuhrkontingents um 2400 000 Tonnen beantragt, während ihm infolge des deutschen Einspruches nur im ganzen 250 000 Tonnen Mehrausfuhr bewilligt wurden — hat die Reichsduma gestern einige Kommentare geliefert, die nicht ganz nach dem Geschmacke des russischen Finanzministeriums sein dürften. Direkt ist zwar in den Debatten von der Brüsseler Zuckerkonvention und den neuesten Forderungen der russischen Regierung nicht die Rede gewesen; daß diese aber nicht der wahren Lage der russischen Zuckerindustrie, sondern einer vollständig künstlichen Kombination entspringen, ist dabei zur Genüge deutlich von derjenigen Seite zum Ausdruck gebracht worden, die von der Zuckerpolitik der Regierung mit am härtesten betroffen wird — dem russischen Konsumenten.

Die Bildung von Syndikaten ist in Rußland verboten, mit einer Ausnahme: das Syndikat der Zuckerindustriellen besteht nicht nur offen, sondern genießt auch den besonderen Schutz der Regierung. Der Finanzminister normiert alljährlich das Quantum an Zucker, das auf den Markt zu gelangen hat. Der theoretisch sehr schöne Zweck ist hierbei, die für das gesamte Südwestgebiet so wichtige Zuckerindustrie vor den mit einer Überproduktion verbundenen Erschütterungen zu bewahren. Die andere Seite der Sache liegt aber darin, daß auf diese Weise die Preise auf einem Niveau gehalten werden, welches die Masse der bäuerlichen Bevölkerung zwingt, vollständig auf den Genuß von Zucker zu verzichten. Ins Ausland wird somit durchaus nicht der Überfluß an russischem Zucker ausgeführt, sondern ein Quantum, das ohne weiteres im eigenen Lande Absatz finden könnte, das aber abgestoßen werden muß, einerseits damit die Dividenden der Zuckeraktionäre nicht zurückgehen — denn diesen und nicht der Landwirtschaft kommt die Zuckernormierung zugute — andererseits im Interesse der russischen Außenbilanz. Es verhält sich hiermit genau ebenso wie mit dem Getreide. Das, was gegenwärtig der russische Bauer an Getreide verkauft, spart er sich am eigenen Munde ab.

Schließlich hat aber auch das Finanzministerium eingesehen, daß etwas geschehen müsse, um ein so notwendiges Nahrungsmittel wie den Zucker dem Bauern zugänglich zu machen. Es ist aber in einer Weise vorgegangen, die an seiner Aufrichtigkeit zweifeln läßt. Das Finanzministerium brachte zunächst in Vorschlag, den Fabriken zu gestatten, ihre Produktion von 80 000 auf je 120 000 Pud zu erhöhen. Es fragt sich, ob der Bauer von dieser Vergrößerung der Produktion auch nur den geringsten Nutzen haben wird, wenn das Ausfuhrkontingent den Wünschen der Regierung gemäß vergrößert wird. Schon meinte das Finanzministerium, daß das Hauptübel im Zwischenhandel liege, und beantragte daher, den Verkauf von Zucker in den Monopolläden einzuführen. Ob gerechtfertigt oder nicht, hatte die Reichsduma den Verdacht, daß dieser Vorschlag mehr im Interesse des Branntweinmonopols als in dem des Zuckerkonsums geschehe.

Die Reichsduma hat einen geraden Weg eingeschlagen und vor allen Dingen mit erdrückender Mehrheit beschlossen, die Steuer auf Zucker von 1 Rubel 75 Kopeken pro Pud auf 1 Rubel herabzusetzen, und zwar für Sandzucker wie für Raffinade, während der Kommissionsantrag nur auf Herabsetzung der Steuer für Sandzucker lautete. Der Vertreter des Finanzministeriums wehrte sich hiergegen heftig, da sich hieraus ein Minderertrag an Steuern in Höhe von etwa zwanzig Millionen Rubel ergeben werde. Es wurde hiergegen mit Recht erwidert, daß die Steigerung des Verbrauchs den Ausfall wettmachen werde. Man hätte dem Finanzressort auch noch einen weiteren Weg weisen können, damit es auf seine Kosten komme. Am Exportzucker verdient der Staat nichts, da für diesen den Fabriken die Steuer im vollen Betrage zurückerstattet wird. Wenn die Zuckersteuer für das Staatsbudget eine solche Wichtigkeit besitzt, so soll das Finanzministerium auch den Exportzucker besteuern oder mindestens sich nicht ins eigene Fleisch schneiden, indem es auf eine Vergrößerung des Ausfuhrkontingents dringt. Der Staat gewinnt durch eine solche Vergrößerung nichts, der russische Konsument würde unter ihr nur leiden, und den Vorteil hätten nur die Zuckerindustriellen. Es ist aber unverständlich, aus welchem Grunde der russische Finanzminister die Rolle eines Kommissar der Zuckerindustriellen spielen soll, wie sich einer der gestrigen Redner ausdrückte.

Sodann hat die Reichsduma das Produktionsquantum der einzelnen Fabriken nicht auf 120 000, sondern auf 145 000 Pud erhöht. Es steht jetzt nur zu hoffen, daß der Reichsrat nicht etwa wieder einen Strich durch die guten Absichten des Unterhauses macht und daß Herr Kozowzew nicht um eine weitere Erhöhung des Ausfuhrkontingents einkommt.

Die Landesverteidigungsfrage in Belgien.

Brüssel, 4. März. In Belgien will die Landesverteidigungsfrage nicht zur Ruhe kommen, und der eben erfolgte überraschende Austritt des Kriegsministers General Sclabaut hat die Angelegenheit wieder in den Vordergrund der allgemeinen Erörterung gerückt. Offenbar hat die große Gefahr, welche während des letzten Sommers den europäischen Frieden bedrohte, in Brüssel doch einen viel stärkeren Eindruck gemacht, als man zugeben wollte, und der papierne Neutralitätsvertrag, auf den man sich Jahrzehnte lang berufen hat, so oft die Militärkreise eine Verstärkung der Landesverteidigung forderten, wird nicht mehr als ausreichender Schutz der belgischen Unabhängigkeit angesehen. Lord Palmerston hat einmal gesagt, daß ein kleiner Staat seitens der Großstaaten nur insofern Anspruch auf Schutz gegen fremde Angriffe erheben kann, als er selbst für seinen Schutz alles getan habe, was seine eigenen Kräfte erlauben. Diesen Grundsatz hat Belgien niemals beobachtet. Es überließ dem Schutz seiner staatlichen Unabhängigkeit seinen Schutzmächten, und im übrigen vertraute es den Friedensbestrebungen unserer Zeit, bis die Ereignisse der letzten Jahre unsere leitenden Staatsmänner aus dem Friedenstraume in die rauhe Wirklichkeit wecten.

Es mußte also etwas geschehen, um in Kriegszeiten Belgien vor einem Einfall einer feindlichen Macht zu sichern. Aber alles, was unternommen wurde, stellte immer nur eine halbe Maßregel dar. Die Maasbefestigungen wurden ein wenig aufgerichtet, aber nicht nach den neuesten Methoden umgebaut, denn das hätte zu viel Geld gekostet. Den Neubau des Antwerpener Festungssystems beschloß man zwar mit großem Koiten-

aufwande, verteilte aber die Jahresquoten derart, daß die neuen Festungswerke erst in zehn oder fünfzehn Jahren fertiggestellt werden könnten, vorher also im Bedarfsfalle keinen wesentlichen Dienst leisten würden. Man schaffte endlich das veraltete militärische Stellvertreterungssystem ab und entschloß sich, schweren Herzens zur Einführung der persönlichen Militärdienstpflicht, aber man erfindet das System des einen Familiensohnes, das das ganze Prinzip verdirbt. Der Vater, der zehn Söhne hat, stellt dem Staate nur einen einzigen Soldaten; die übrigen neun Söhne bleiben Zeitheben von jeder Militärpflicht befreit. Wer nur einen einzigen Sohn hat, muß ihn freilich auch stellen, und dies entspricht sicherlich nicht den Grundfassen der Gerechtigkeit, die fordert, daß in der Militärsteuer alle Staatsbürger gleiche Lasten tragen sollen. Überdies liefert das System des einen Familiensohnes dem Staate nicht das zur Landesverteidigung notwendige Kriegsheer. Belgien braucht dazu eine Armee von 300 000 Mann und kann sie seiner Bevölkerung nach nicht schwer aufbringen. Bei dem gegenwärtigen Militärsystem aber kann man im besten Falle auf 150 000 Mann Kriegsmannschaften rechnen. Damit kann Belgien natürlich nicht die Maasbefestigungen und die Antwerpener Befestigungen halten und zudem eine Armee stellen, welche Belgiens Unabhängigkeit im offenen Felde zu verteidigen im Stande wäre. Die ganze Militärreform hat sich also als völlig unzureichend erwiesen, zumal die Regierung auch in der Anschaffung des nötigen Kriegsmaterials, der Kanonen, Waffen, Munition und militärischen Ausrüstungsgegenständen eine übertriebene Sparsamkeit an den Tag gelegt hat.

Der Kriegsminister General Sclabaut, welcher bisher sich mit allen diesen halben Maßregeln begnügte und die militärischen Anforderungen der Rücksichtnahme auf die Politik untergeordnet hatte, hat sich jetzt auf einmal eines besseren besonnen. Er will die Verantwortung für das, was kommen kann, nicht mehr übernehmen und zieht es vor, seinen Posten zu verlassen. Sein anderer General findet sich bereit, den Kriegsministerposten zu übernehmen, und so steht Belgien jetzt tatsächlich ohne militärische Oberleitung da. Der Weltfriede ist zurzeit nicht genügend gesichert, um einen derartigen Zustand zu gestatten, und Belgien würde die militärische Politik seiner Regierung schwer zu büßen haben, wenn es von Weltereignissen überrascht würde.

Verschiedene Nachrichten aus dem Auslande.

— Mohammed Ali, der frühere Schah von Persien, befindet sich, wie aus St. Petersburg gemeldet wird, auf dem russischen Schiffe „Kars“ im persischen Hafen Muschurad. Er wird sich dieser Tage nach Baku, dann nach Europa begeben.

dk. Die Altpolen sind bei der Wahl des neuen Klubhmannes des österreichischen Polenklubs unterlegen. Der Abgeordnete Dr. Leo wurde mit 54 Stimmen gewählt, die Altpolen hatten 47 Stimmen abgegeben. Vor der Wahl hatten sie an Dr. Leo das Verlangen gestellt, daß er sich u. a. verpflichte, bei Fortdauer der ruthenischen Obstruktion im Landtage die Ausgleichsverhandlungen mit den Ruthenen nicht mehr fortzusetzen, einer weiteren Vermehrung der ruthenischen Landtagsmandate und der Schaffung einer besonderen ruthenischen Kurie im Landtage sich zu widersetzen und die Rückgängigmachung der vom Statthalter Dr. Bobrzynski in seinem Rundschreiben an die Bezirkshauptmannschaften getroffenen Verfügungen zu bewirken, nach denen bei amtlichen Verlautbarungen fortan gegebenenfalls auch die deutsche und die ruthenische Sprache berücksichtigt werden sollen. Dr. Leo hatte jedoch abgelehnt, solche Verpflichtungen einzugehen.

O. M. Der Gedanke eines Schutzbündnisses zwischen Schweden und Norwegen wird in Norwegen andauernd lebhaft erörtert. Eine neue Anregung haben die politischen Kreise in dieser Hinsicht durch einen Vortrag des norwegischen Generals Kowzow erhalten, indem auf die Möglichkeit hingewiesen worden ist, daß Schweden und Norwegen während eines zwischen Großmächten entstehenden Konflikts gezwungen werden, an dem Kampf teilzunehmen, und vielleicht einander als Gegner gegenüberzustehen. Durch ein schwedisch-norwegisches Schutzbündnis könnte, wie General Kowzow betonte, diese Gefahr abgewehrt werden. — Diese Hoffnung dürfte in Schweden weniger geteilt werden.

DK. Der Wahlsieg der britischen Unionisten in Süd-Manchester über den neuen liberalen Minister Sir Arthur Harcourt erregte im Unterhaus eine Sensation. Der gesagte Minister, der bei der vorigen Wahl eine Majorität von über 2500 Stimmen hatte, bekam dieses Mal über 500 Stimmen weniger als sein Gegner. Es wird darauf hingewiesen, daß dies die empfindlichste Niederlage ist, die die Regierung bisher erlitten hat, und daß diese Niederlage in der Hauptsache auf die Haltung Lloyd Georges mit Bezug auf das Arbeiterverleumdungsgesetz zurückzuführen sei. Die Unionisten, die vor zwei Jahren bei den Hauptwahlen nur ebensoviel Sitze erhalten hatten wie die Liberalen, haben jetzt zwölf mehr als ihre Gegner. Als die Nachricht im Unterhause bekannt wurde, mußte der Redner, der gerade sprach, seine Rede unterbrechen. Die Unionisten brachen in laute Bravourse aus, und riefen der Regierung in der üblichen Weise zu, sie müsse nunmehr zurücktreten.

K. K. Eine große Sozialistenversammlung, die erste in Konstantinopel, fand dieser Tage im „Deon“ zu Pera statt. Die Versammlung war von nahezu 1500 Personen besucht, die beschlossen, angesichts der bevorstehenden Neuwahlen in eine energiegeladene Wahlpropaganda einzutreten und türkische Gewerkschaften zu gründen. Im Laufe der Versammlung wurde zum ersten Male die „Arbeitermarke“ in türkischer Sprache gelesen. Die sozialistische Bewegung hat in der Türkei bisher vor allem unter den Armeniern und den Bulgaren ihre Anhänger gewonnen. Die Armenier besitzen bereits eine starke sozialistische Organisation; die Bulgaren hatten im aufgelösten Parlament in dem jungen, hochbegabten und europäisch gebildeten Wlachow Offendi einen geistvollen Wortführer, der die Regierung mehrmals in eindringlichen Worten aufforderte, eine vernünftige Sozialpolitik zu inaugurieren.

— Zur Lage auf Kreta wird uns aus Kanea berichtet: Am Morgen des 27. Februar wurde in Kanea die Leiche eines ermordeten Christen gefunden. Man vermutete einen Nachschuß der Mohammedaner, und es soll auch der Täter in der Person eines Mohammedaners bereits verhaftet worden sein. Der Zwischenfall rief neue Erregung hervor, und nur durch die energiegeladenen Maßnahmen der Behörden wurden Zusammenstöße verhindert. Starke Gendarmepatrouillen durchzogen die Stadt, um die Käufer der Mohammedaner zu schützen, und auch in die benachbarten, von Mohammedanern bewohnten Dörfer gingen Gendarmenabteilungen ab, um bewaffnete Scharen von Christen von Gewalttaten abzuhalten. Da aus den christlichen Ortsgemeinden der Umgebung Kanea ein starker Zug bewaffneter Bauern in die Stadt erfolgt war, ließ der russische Generalkonsul als Doyen des Konsularkorps das Haupt der Exekutive, Michailidatis, zu sich einbieten und stellte ihm vor, es sei absolut notwendig, daß die bewaffneten Bauern die Stadt wieder verlassen. Michailidatis fühlte dies auch durch. Das Präsidium der ausländischen Versammlung ließ in der Stadt Kanea durch Maueranschlag eine Kundgebung verbreiten, in welcher die christlichen Bürger beschworen wurden, sich jeder Gewalttätigkeit zu enthalten. Die provisorische aufständische Regierung ließ Tausende von Flugblättern auf der Insel verteilen, in denen mit Hinweis auf den Ernst der Situation zur Ruhe und zur Achtung des mohammedanischen Elements ermahnt wird.

Spichschulnachrichten.

* Berlin. Dr. Gustav Braun, Privatdozent an der Universität und Abteilungsvorsteher am Institut für Meereskunde, ist zum a. o. Professor für Geographie an der Universität Basel berufen worden.

Schlesien.

* Breslau, 7. März.

Königliche Universitäts-Frauenklinik.

* In diesen Tagen wird ein Anbau an der königlichen Frauenklinik dem Betriebe übergeben, welcher diese in der vorteilhaftesten Weise ergänzt. Er ist an der Magstraße gelegen und stößt an den Südflügel des Hauptgebäudes der Klinik. Das Erdgeschoß enthält drei große Laboratorienräume, einen für mikroskopisch-anatomische, einen für chemische, einen für bakteriologische Untersuchungen, ferner einen Schlafsaal für Hauschwestern, ein Bad und ein Zimmer für ein bis zwei Lehrschwestern. Diese Räume sind nur von dem Südflügel des Hauptgebäudes zu betreten. Ein besonderer Eingang führt von der Magstraße in den ersten Stod. Hier liegen vorwiegend die Räume, welche der gynäkologischen Ambulanz dienen, ein geräumiges nach dem Garten zu gelegenes Wartezimmer, ein großer Abfertigungsraum für ambulante gynäkologische Kranke, ein kleines Zimmer für Chlorkopie und sonstige eingehendere Untersuchungen, ein für Belastungs- und Resorptionsbehandlung und ein Röntgenkabinett. Diese Räume haben auch einen Zugang zum Hauptsaal.

Mit diesem Anbau ist weitgehenden und längst empfundenen Bedürfnissen in glänzender Weise entsprochen worden. Während die ursprünglich nur durch ein Zimmer repräsentierte Laboratoriumseinrichtung alsbald nach 1895 durch einen Umbau im Hauptsaal ergänzt wurde, besitzt jetzt die Klinik Laboratorien, welche ihrem wissenschaftlichen Betriebe in voller Weise genügen. Nicht minder ist der allmählich erheblich gesteigerten Inanspruchnahme der gynäkologischen Ambulanz durch den Anbau Rechnung getragen. In dem großen Abfertigungsraum können durch drei zugleich tätige Ärzte in drei dazu eingerichteten Bogen in kurzer Zeit die kranken Frauen abgefertigt werden, wie auch das anstoßende Röntgenkabinett bei der Gynäkologie für diagnostische und therapeutische Zwecke eine immer weitergehende Anwendung erheischenden Benutzung der Röntgenbestrahlung hinreichende Möglichkeit bietet.

So hat die königliche Frauenklinik, welche 1890 dem Betriebe übergeben wurde, durch allmähliche Erweiterungs- und Ergänzungsbauten, zuerst des großen gynäkologischen Operationsateliers, des Personenaufzuges, der Isolierbarade und jetzt durch den jüngst fertiggestellten Anbau vervollkommen erhalten, vermöge deren sie mit voller Berechtigung mit ihren zweckmäßigsten und schönsten Schwesternanstalten des In- und Auslandes in Konkurrenz treten kann. Schon während der definitiven Fertigstellung dieses Anbaues wird ein weiterer Umbau im Hauptsaal vorgenommen, welcher in erster Linie die Konstruktion von zweckmäßigen Vorbereitungsräumen für die Kreiszimmer zur Aufgabe hat.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

* Bei Beginn der heutigen Sitzung widmete der Vorsteher Geh. Justizrat Dr. Freund dem verstorbenen Stadtverordneten Herrn Emil Wendorff einen warm empfundenen Nachruf. Nachdem dann eine Reihe von Vorlagen beraten war, folgte die offizielle Bekanntgabe des Rücktrittsgesuches des Oberbürgermeisters Dr. Bender.

Der Vorsteher teilte mit, daß an den Vorstand der Stadtverordnetenversammlung am Montag ein Schreiben des Oberbürgermeisters gelangt sei, nach welchem dieser wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand treten wolle, und eine dementsprechende Mitteilung sei dann auch vom Magistrat bei dem Vorstände eingelaufen. Der Vorstand habe mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis genommen, und er habe das Gefühl, daß diese Entsendung des Bedauerns nicht nur von der gesamten Stadtverordnetenversammlung, sondern auch von weiten Kreisen der Bürgerschaft geteilt werde. Habe doch das Gerücht von dem Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Bender in weiten Kreisen zu Betrachtungen darüber angeregt, welche glückliche Entwicklung Breslau in den 21 Jahren seiner Amtsführung unter seiner Initiative genommen. Er wies dabei auf die große Anzahl weitgreifender Unternehmungen hin, die von ihm mit weitestgehendem, auf die Förderung der Entwicklung der Stadt gerichteten Blick durchgeführt sind, auf seine bisherige Entwicklung dienende Bodenpolitik und die Erweiterung des Stadtgebietes durch Eingemeindungen. Er betonte auch die Lauterkeit seiner Gesinnung und den Mut, seine Überzeugung gegen jedermann auszusprechen, ohne die Reibungsflächen zu fürchten, besonders wenn es galt, die Rechte der Kommune zu wahren. Das habe er hier in diesem Saale, im Herrensaal, im Landtage und überall ausgesprochen, mochte es ihm auch übel genommen werden. Der Redner schloß seine Worte der Anerkennung für das Wirken Dr. Benders mit dem Ausdruck, daß die Bürgerschaft Breslaus es als einen Schmerz empfinde, daß ihr verehrter Oberbürgermeister in den Ruhestand gehe, weil er sich körperlich den Aufgaben seines Amtes nicht mehr voll gewachsen fühle. Die Stadtverordneten seien alle einig, daß sie sein Ausscheiden bedauern. Er bitte die Versammlung, dem Ausdruck zu geben, durch Erheben von den Plätzen.

Dies geschah unter Beifall für die Ausführungen des Vorstehers.

Aus der Versammlung gab alsdann noch Justizrat Dr. Heilberg als einer der wenigen, die noch bei der Wahl Dr. Benders vor 21 Jahren mitgewirkt haben, dem Bedauern über die Absicht des Ausscheidens Dr. Benders und dem Empfinden der Dankbarkeit für das, was der Oberbürgermeister für Breslau geleistet hat, Ausdruck. Im Namen seiner Freunde fügte er hinzu, daß sie den Wunsch nicht unterdrücken könnten, ihm die Erwägung nahe zu legen, ob es ihm nicht möglich sei, unbeschadet der berechtigten Schonung, weiter für die Stadt tätig zu sein. (Beifall.)

Der Vorsteher teilte alsdann mit, daß das, was sonst noch geschäftlich mit dieser Angelegenheit zusammenhänge, von dem Ausschuß in die Hand genommen werde.

Die Verhandlung der Stadtverordnetenwahlbezirke der III. Abteilung, die dem Regierungspräsidenten zur Bestätigung vorliegt, empfahl der Referent Hamburger zur Kenntnisnahme. Justizrat Dr. Feuder ging näher auf die Vorlage ein und meinte, daß man es den Magistrat dank wisse, daß er es bei der alten Zahl der Bezirke gelassen und nur auf eine Gleichmachung derselben bezüglich der Wahl-

berechtigten geachtet habe. Nicht einverstanden ist er mit der Verteilung der Stadtverordneten auf die einzelnen Bezirke insoweit, als die Wahlperioden der beiden je einem Bezirk zugewiesenen Stadtverordneten nicht zusammenfallen. Auf diese Weise kommt jeder Bezirk innerhalb einer sechsjährigen Wahlperiode zweimal zur Wahl, während der Redner es bei der großen Zahl der sonstigen Wahlen für wünschenswert hält, daß das Wahlrecht und die Wahlpflicht für die Stadtverordnetenversammlung alle sechs Jahre nur einmal ausgeübt wird. Der Redner kam dann auf die von der rechten Seite der Stadtverordnetenversammlung schon seit vielen Jahren beantragte Teilung der ersten Wählerabteilung und bat, nun auch diese Abteilung in Bezirke zu teilen. Von den vielen Gründen, die dafür sprechen, führte er nur zwei an. In der ungeteilten ersten Abteilung entscheidet nur eine Majorität, während in den anderen beiden, in viele Bezirke geteilten Abteilungen viele Majoritäten entscheiden. In der ersten Abteilung ist das Gewicht der einen Person viel stärker als in den anderen Abteilungen, weil die erste Abteilung alle zwei Jahre und dann immer 11 oder 12 Stadtverordnete wählt, während die Wähler der übrigen Abteilungen nur alle sechs Jahre zur Wahl kommen und dann nur einen bis zwei Stadtverordnete zu wählen haben.

Der Redner stellte den Antrag, „den Magistrat zu ersuchen, die Teilung der ersten Wählerabteilung in angemessene Bezirke zu veranlassen“.

Nachdem Dr. Wohlaue gegen diesen Antrag gesprochen und hauptsächlich angeführt hatte, daß sich bei der bisherigen Handhabung keine Unzuträglichkeiten ergeben hätten, legte Bürgermeister Dr. Trentin den vom Magistrat bisher immer eingegebenen ablehnenden Standpunkt dar. Der Magistrat sei bei der wiederholten Behandlung der Angelegenheit immer zu der Überzeugung gekommen, daß die einheitliche Wahl der Wille der Städteordnung sei und daß er keinen Grund habe, hier eine Teilung vorzunehmen, da der bisherige Modus keine Unzuträglichkeiten im Gefolge habe.

Justizrat Dr. Feuder wies dem gegenüber darauf hin, daß dieser Grund nicht stichhaltig sei, denn Unzuträglichkeiten brauchten selbst dann nicht einzutreten, wenn die Wählerzahl eine Million betrage, weil man dann beliebig viel Abstimmungsbezirke einrichten könne. Er wies ferner darauf hin, daß die Frage einmal schon so weit gekommen war, daß der Ausschuß I den heute wieder gestellten Antrag dem Plenum zur Annahme empfahl. Eine Majorität habe er dann zwar nicht gefunden, aber wenn der Magistrat sich ablehnend verhalte, so sei das ein Mangel an Objektivität, der um so weniger verständlich sei, als der Oberbürgermeister bei dieser Ablehnung im Magistrat nicht zu der Majorität gehört habe. Er bat seinen Antrag dem Ausschuß I zu überweisen.

Bürgermeister Dr. Trentin wies den Vorwurf des Mangels an Objektivität mit aller Entschiedenheit zurück und führte an, daß die Einteilung der Wählerabteilung unter einem konservativen Oberbürgermeister (Ehwanger) beschlossen sei.

Bei der Abstimmung stimmten mit der rechten Seite auch die Sozialdemokraten für den Antrag Feuder. Aber sowohl gegen die Überweisung an den Ausschuß als auch gegen die alsbaldige Annahme des Antrages hatten die Liberalen die Majorität. Als diese bezweifelt wurde, verkündete der Vorsteher, als Ergebnis der Abstimmung, daß die Minorität 29 von 67 Anwesenden betragen habe.

Eine dritte wichtige Angelegenheit wurde infolge einer Interpellation des Kommissionsrates Scheide zur Erörterung gebracht, nämlich die gegenwärtig ausliegenden Oberprojekte. Es wurde darauf hingewiesen, daß während das Hochwasserschutzprojekt vom 1. März ab vier Wochen ausliege, das Projekt über den Schiffahrtsweg nur 14 Tage ausliege. Falls seitens der Stadt Einsprüche geltend gemacht werden müßten, sei es dringend. Es werde daher an den Magistrat die Bitte gerichtet, sich über seine Stellung zu den Projekten zu äußern.

Bürgermeister Dr. Trentin erwiderte darauf, daß der Magistrat zu den Plänen selbst noch keine Stellung genommen habe. Er sei durch den Stadtbaurat von Scholz zunächst aber flüchtig über die Projekte informiert worden, und da habe man den Eindruck gewonnen, daß im wesentlichen die von der Stadt gedauerten Wünsche erfüllt seien. Für Dienstag, den 12. März sei eine außerordentliche Magistratsitzung angesetzt, in der geprüft werden solle, ob die Stadt Einspruch einzulegen habe. Man habe dann noch zwei Tage Zeit dafür. Ohne die Verdienste des verstorbenen Oberbaurats Hamel schmälern zu wollen, erkläre er, daß man seinem Nachfolger Matonz, der über die Ober gut orientiert sei, Vertrauen entgegenbringen könne.

Stadtb. Mugdan bestritt, daß die ausliegenden Projekte sich ganz mit den Wünschen der Stadt deckten, denn bei den Verhandlungen über die Schiffahrtstraße sei immer nur von dem Weg der Stadt und zwar zuletzt unter Benutzung der Nordroder die Rede gewesen. Der jetzige Umgehungsplan sei etwas ganz Neues.

Stadtbaurat von Scholz hält die Vereinigung der beiden Projekte in der jetzt ausgelegten Weise für eine glückliche Lösung. Nur so könne man die Sachlage übersehen. Wenn bei den letzten Verhandlungen der Weg durch die Stadt vorgeschwebt habe, so seien es doch nur generelle Pläne gewesen. Bei ihnen hätten sich große Schwierigkeiten bei der Universitätsbrücke ergeben, die schwerwiegende Eingriffe in die städtischen Anlagen bedingt hätten. Die Bedingung, daß der neue Weg bei der Gröschelbrücke einmünde, damit der städtische Hafen gut erreicht werde, sei erfüllt. Man dürfe hoffen, daß die jetzige Lösung im Interesse sowohl der Schiffahrt als auch der Stadt liege.

Eine längere Debatte gab es bei der Einführung des Fortbildungsschulzwangs für die weiblichen kaufmännischen Handlungsgehilfen. Die Vorlage wurde schließlich dem Schulausschuß und dem Finanzausschuß überwiesen.

Nicht lange unterhielt man sich auch darüber, ob in der alten Börse der Einbau eines Aufzuges wünschenswert sei oder nicht, ob die Treppen bequem seien und ob man den städtischen Ehrenbeamten und dem Publikum es zutrauen dürfe, diese Treppen häufig zu benutzen. Am Ende siegten diejenigen, welche diese Treppen für sehr gut gangbar erklärten, und der Magistratsantrag, einen Aufzug für 13000 Mk. einzubauen, wurde trotz der Empfehlung durch den Bauausschuß abgelehnt.

Bemerkenswert ist der Beschluß, auf dem Stadtgraben an der Viehbachhöhe und auf dem Südbarrick Weg Gabeln zu

anzulassen. Nur Stadtverordneter Finger erhob seine Stimme dagegen.

Der Antrag auf Übernahme einiger Beamten der früheren Aktienstraßenbahn auf die städtische Straßenbahn wurde auf Antrag eines Sozialdemokraten, der gegen einen dieser Beamten protestierte, dem Ausschuß I überwiesen.

Ohne Debatte wurden folgende Vorlagen genehmigt:

Ankauf von Oberäckern für 86 985 Mk., eines Oltaschiner Grundstücks für 35 000 Mk., von Barzellen an der Strehlemer Straße für 21 000 Mk., von Straßenland vor Hubenstraße 109 für 850 Mk.;

Zubehabe von 3000 Mk. an den Vaterländischen Frauenverein Breslau;

Beschaffung von vier Motorsprengwagen für 55 000 Mk.;

Baupläne für das Schulhaus an der Liegnitzer Straße, das 509 900 Mk. erfordert;

Bau des Hauptammalkanals in der Westendstraße zwischen Glogauer und Frankfurter Straße;

Pflasterung der Steinstraße zwischen Hubenstraße und Strehlemer Straße;

Beseitigung der Lindenalle zwischen Lohestraße und Mühlentalle;

Instandsetzung des Atriums der Viehbachhöhe;

Nutzung von Räumen am Ritterplatz 4;

Festsetzung der Abfindungssumme an den Landkreis Breslau bei Eingemeindung von Gräbchen auf 95 922 Mk.;

Geschäftsverweisung für die Baukommission der Ausstellungshalle;

Staatsverpflichtungen;

Rechnungsangelegenheiten und

Anstellung der Sparsassenbiatäre Wageräng, Schmalred,

Tiege und Standtke als Sparsassenassistenten.

Von den Etats ist noch nichts in Angriff genommen worden. Die nächste Sitzung wird daher voraussichtlich hauptsächlich dem Etat gewidmet sein.

Personalnachrichten.

* Der Kommandant von Breslau, Generalleutnant von Maljan Frhr. zu Wartenberg und Penzlin, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht und wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats von seinem Posten zurücktreten.

* Universität. Zu seiner Habilitation als Privatdozent für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie wird Dr. med. Paul Heinrichsdorff am Sonnabend den 9. März, mittags 12 Uhr, im Musiksaal der Universität seine Antrittsvorlesung halten über das Thema: „Die Pathogenese des Icterus“, wozu die medizinische Fakultät der Universität einladet. — Zur Erlangung der medizinischen Doktorwürde veröffentlicht der Arzt und Zahnarzt, Assistent des Zahnärztlichen Instituts der Universität Paul Rosenfeld seine Inauguraldissertation: „Zur Klinik der Nierenzysten“. Auf Grund von 416 Fällen beobachtet in der Poliklinik für Nephro- und Mundkrankheiten des Zahnärztlichen Instituts der königlichen Universität Breslau. — Desgleichen veröffentlicht der Medizinalpraktikant Herbert Wallfisch aus Breslau seine Inauguraldissertation: „Beiträge zur Lösung der Frage nach der Resorption und Ausscheidung des zur Syphilis-Behandlung verwendeten Quecksilbers“.

Die Breslauer Oberprojekte.

* Die beiden Breslauer Oberprojekte, die jetzt im Hause Breite Straße 40 ausliegen, haben verschiedene Ausliege- und Einspruchsfristen. Der Plan für den Schiffahrtsweg von Bartheln bis Mansern liegt bis zum 14. März und der Plan für die Verbesserung der Vorflutverhältnisse bei Breslau bis zum 28. März einschließlich aus. Mit dem Ausliegen der Pläne läuft auch die Einspruchsfrist ab. Einsprüche gegen den Schiffahrtsweg müssen also spätestens am 14. März, Einsprüche gegen das Hochwasserschutzprojekt spätestens am 28. März eingereicht sein.

Von der Tripolis-Expedition des deutschen Roten Kreuzes.

* Die vom deutschen Zentralverein vom Roten Kreuz nach dem Kriegsausbruch in Tripolis und zwar zur türkischen Armee entsendete, unter Leitung des Chefarztes des Breslauer Augustahospitals Professor Dr. Goebel stehende deutsche Rote Kreuz-Expedition ist, wie es vorhergesehen war, Anfang Februar im türkischen Hauptlager von Charian eingetroffen und hat ihre Tätigkeit alsbald aufgenommen. Leider hat sie, wie wir in Nr. 170 d. Ztg. gemeldet haben, jedoch durch den völlig überraschenden Tod ihres Mitgliebes Prof. Dr. Schüke vom Moabiter Krankenhaus in Berlin einen schweren Verlust erlitten. Die Last der schwierigen ärztlichen Aufgaben ruht nun allein auf dem Leiter Professor Dr. Goebel und dem Stabsarzt Dr. Friß aus Ludwigsdorf bei Stuttgart, die zusammen mit dem jetzt verstorbenen Prof. Dr. Schüke sowie zwölf Krankenpflegern aus allen Gegenden Deutschlands am 10. Januar die Ausreise angetreten hatten. Sie erfolgte von Hamburg aus mit dem Levante-Dampfer „Pera“ nach Tunis, wo in dem südlichen Hafen el Wiban die Landung stattfand. Über die Seereise der Expedition hat seinerzeit Professor Dr. Goebel in einer im Feuilleton der Nr. 78 der Schlei. Ztg. vom 1. Februar abgedruckten interessanten Schilderung berichtet.

Von el Wiban aus wurde dann auf dem Karawanenwege längs der Küste bis zu der tripolitanijschen Dase Zabia gezogen, wo der Küstenstrich verlassen und südlich ins Innere über Ajziah nach dem Fort Charian, dem türkischen Hauptquartier, marschiert wurde. Hier traf die Expedition am 6. Februar ein. Der Marsch — mehr als 300 Kilometer, zum großen Teil durch Sandwüste — gestaltete sich teilweise sehr beschwerlich und besonders der Transport des umfangreichen Sanitätsmaterials, zu dem 360 Kamele notwendig waren, bereitete bisweilen erhebliche nur mit großer Anstrengung zu überwindende Schwierigkeiten. Von Zabia ab verteilte sich die Expedition mit Rücksicht darauf, daß bereits durch kriegerisches Gebiet marschiert wurde, das Rote Kreuz auf Armbinden, Fahnen und Kragenausschlüssen mit dem roten Halbmond, um untrüglich als Sanitätsexpedition bei der türkischen Armee kenntlich und auf diese Weise vor jedem Zwischenfall geschützt zu sein. Diese Veränderung war übrigens — wie im Gegensatz zu irreführenden Mitteilungen einer Berliner Zeitung erwähnt sei — bereits in Berlin bei der Organisation der Expedition als notwendig ins Auge gefaßt worden, weshalb auch die erforderlichen Abzeichen bereits von Berlin aus mitgenommen wurden.

Die türkischen Behörden bereiteten der deutschen Expedition überall in den tripolitanijschen Flecken, Forts und Niederlassungen, die auf dem Marsche berührt wurden, eine freundliche und zuvorkommende Aufnahme und auch die Bevölkerung bezeugte den Deutschen in der Mehrzahl der Fälle ihre Sympathie. Im türkischen Hauptlager von Charian — einem Plateau von 800 Meter Höhe, 85 Kilometer südlich von Tripolis — wurde der deutschen Expedition ein besonders feierlicher Empfang zu teil. Als bald nach der Ankunft wurde an die Einrichtung des deutschen Lagers gegangen. Es ist in zwei großen Zelten untergebracht, und zwar so, daß das eine

...eine chirurgische Abteilung und das zweite eine Abteilung für innerlich Kranke enthält, jede Abteilung zu je dreißig Betten. Das Lazarett nahm dann auch sofort seine Tätigkeit auf und zwar wurden gleich am ersten Tage 150 Kranke behandelt und verpflegt.

Berein für Geschichte Schlesiens.

In der Vereinsversammlung am 6. b. M. behandelte der Vorsitzende, Geh. Archivrat Dr. Meinardus das Thema: „Über die landesfürstliche Friedensstättigkeit Wallensteins“.

In Wallensteins Politik, so führte etwa der Vortragende aus, hatte das ideale Streben nach Wiederherstellung des Friedens einen sehr realen Hintergrund: die Erhaltung und Mehrung seiner hervorragenden Stellung unter den deutschen Reichsfürsten, in deren Zahl er 1623 eingetreten war. Schon deshalb hat die Frage großes Interesse: Wie hat Wallenstein seinen Platz als Landesherzog des Herzogtums Friedland (seit 1625), des schlesischen Herzogtums Sagan (seit 1627) und des Herzogtums Mecklenburg (seit 1628) auszufüllen? Verdankte Wallenstein seine glänzenden Laufbahngrößen seinen kriegerischen Erfolgen, so ist doch auch seine hervorragende staatsmännliche und volkswirtschaftliche Begabung maßgebend. Nicht nur in den, freilich nur kurzen Friedenszeiten, sondern auch auf seinen Kriegszügen, mitten im Feldlager entfaltete er, wie seine Briefe bezeugen, als Landesherzog eine großartige organisatorische Tätigkeit. Seine wirtschäftliche Herrschaft Friedland, die aus einer Anzahl rührender zusammenhängender Güterkomplexe bestand, hat er zu einer Verwaltungseinheit mit dem Mittelpunkt Gitschin zusammengefaßt. Er schuf hier eine Landesverwaltung nach bewährten Mustern anderer Staaten, sorgte für einheitliche Rechtspflege, für Einbürgerung neuer Gewerbegebiete, für Verbesserung des Bergbaus, Belebung des Handels, Hebung des Acker- und Gartenbaus. So sehr er auf die Zurückführung seiner Untertanen zum evangelischen Glauben bedacht war, warnte er doch gelegentlich seine Beamten vor einer der Landeswohlfahrt schädigenden Überfütterung, und so sehr er auch die Orden, besonders die Jesuiten, begünstigte, duldete er doch nicht, daß sie sich auf Kosten der Untertanen bereicherten. In dem reinlutherischen Mecklenburg hat Wallenstein ein Versprechen, die Untertanen bei ihrem Bekenntnis zu lassen, im wesentlichen gehalten. Mecklenburg verbandt ihm eine Reihe gegenständlicher Reformen; vor allem verbesserte er die Rechtspflege, indem er sie von der Verwaltung trennte. Im Steuerwesen beschränkte er die Vorrechte des Adels. Die wirtschaftliche Lage des Landes suchte er auf verschiedene Weise zu heben. Leider sind die meisten seiner Reformen nach der Befestigung Mecklenburgs durch die Schweden 1631 und der Wiedereinsetzung der alten Herzöge wieder beseitigt worden. Wallensteins landesfürstliches Walten in dem schlesischen Herzogtum Sagan hat ein bleibendes Denkmal hinterlassen in dem von ihm unterworfenen Schloßbau und anderen Bauten in Sagan. Seiner Regententätigkeit wird hier mehr als anderwärts Gerechtigkeit und Billigkeit vorgebracht, namentlich schwere Zusammenstöße mit der Stadt Sagan, der wertvolle Kammereigüter entzogen wurden. Vielleicht muß man aber hierfür weniger Wallenstein selbst als seine Beamten verantwortlich machen; möglich auch, daß durch Erschließung neuer Quellen das Bild seines Waltes in Sagan sich noch etwas freundlicher gestaltet. Alles in allem wird jedenfalls das Dichtermot:

„Geworden ist ihm eine Herrscherseele
Und ist gestellt auf einen Herrscherplatz“
auch durch Wallensteins landesfürstliche Friedensstättigkeit in vollem Umfange bestätigt. H. W.

Von der Universität.

g. Die philosophische Fakultät hatte am 18. Januar v. J. gemäß den Bestimmungen der von dem verstorbenen Generalkonsul v. Neugebauer begründeten Stiftung folgende Preisaufgaben ausgeschrieben: 1) Philosophie: Die Pädagogik des deutschen Idealismus in ihrer Ausbildung durch Johann Gottlieb Fichte. 2) Tierproduktionslehre: Die verschiedenartigen Formen der Tierproduktion Deutschlands in den letzten 50 Jahren. 3) Germanistik: Als Grundlage für eine möglichst vollständige Ausgabe der Volkslieder Schlesiens in Wort und Weise sollen die bisherigen Arbeiten zur Erforschung und Sammlung dargestellt und gewürdigt werden; insbesondere sind die bisher gedruckten Lieder zu vergleichen und soweit möglich, durch noch ungedruckte zu ergänzen. Die erste Arbeit hat keinen Bearbeiter gefunden. Über die zweite Aufgabe sind zwei Bearbeitungen eingegangen. Der einen Arbeit mit dem Kennwort: „Tierbauwesen“ ist von der Fakultät ein Preis von 300 Mk., der anderen Arbeit mit dem Kennwort: „Arbeiten und nicht verzweifeln“ ein Preis von 200 Mk. ausbezahlt worden. Verfasser von „Tierbauwesen“ ist stud. phil. Max Klempnauer aus Breslau. Verfasser der zweiten Arbeit stud. agr. Rudolf Kettner aus Leipzig. Über die dritte Aufgabe ist eine Bearbeitung von cand. phil. Fritz Günther aus Breslau eingegangen. Dieser Arbeit wurde von der Fakultät der erhöhte Preis von 500 Mk. zugesprochen.

Aus Oberschlesien.

o Der Durchgang von galizischen und russischen Wanderarbeitern an den Grenzübergangsstellen hat jetzt seinen Höchststand erreicht. In Myslowitz sammelt es um den Bahnhof und die daneben gelegene Vermittlungsstelle der deutschen Arbeiterzentrale von Arbeitern aller Nationalitäten. Am Donnerstag betrug die Zahl der durchgehenden Arbeiter etwa 6000, die mit sechs Sonderzügen abgeführt wurden.

[Landwirtschaftlicher Verein.] Eine Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins zu Breslau findet Dienstag den 12. März vorm. 11 Uhr im Kammermusiksal des Breslauer Konzerthauses statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Wahl eines Ausschusses für die vorbereitenden Arbeiten des 50-jährigen Jubiläums des Breslauer Maschinenmarktes; ein Vortrag über Deutschlands Bedarf an landwirtschaftlichen Stoffen aus dem Ausland und die Möglichkeit, ihn in der Heimat und den eigenen Kolonien zu decken von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wohltmann, Direktor des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Halle und ein Bericht über „Ziele und Erfolge deutscher Pflanzenzüchtung“ von dem Domänenpächter Schliephake in Panten bei Liegnitz.

[Zigeunerplage.] △ über erneutes unliebsames Auftreten einer Zigeunerbande wird uns aus Schweidnitz berichtet: Unter den Zigeunern, welche zum Pferdemarkt am Mittwoch in Schweidnitz eingetroffen waren, befand sich auch die durch Bluttaten berüchtigte Zigeunerfamilie Heilig. Bei ihrem Verweilen im Hühlerhof Galtshausen entspannen sich bald Differenzen zwischen den Zigeunern und anderen Gästen, die damit endeten, daß die Zigeuner gewaltsam aus dem Lokal befördert wurden. Heilig verfiel hierbei dem Gaitwirt mit einem Instrument einen wuchtigen Schlag über den Kopf, so daß Hühler blutüberströmte und bewußtlos zusammenbrach. Während sich die Umstehenden um den Schwerverletzten bemühten, entflohen die Zigeuner in großer Hast über die Sandbrücke, verfolgt von einem Polizeiergeanten, dem bald weitere Schutzleute folgten. Obwohl der Polizeiergeant von den anderen Zigeunern der Weg verstellt wurde, blieb er doch dem Heilig, der in ein Grundstück an der Reichenbacherstraße flüchtete, hart auf der Spur. Die Verfolgung, während welcher der Beamte blut ziehen mußte, ging durch Grundstücke über Höfe und Mauern hinweg und erst auf einem Zimmerplatz konnte der Zigeuner gestellt werden. Er ergab sich hierauf der Polizei. Die anderen Zigeuner waren inzwischen in schnellster Fahrt in der Richtung nach Reichenbach zu entflohen. Heilig wurde gefesselt dem Gerichtsgefängnis eingeliefert.

[Zwangsinnung.] Nachdem sich die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitrittszwanges erklärt hat, wird zum 1. April eine Zwangsinnung für das Tischler-, Bildhauer- und Drechslerhandwerk für den Amtsgerichtsbezirk Miltitz mit dem Sitz in Miltitz errichtet. Zugleich wird die jetzt bestehende Tischler-, Bildhauer- und Drechslerinnsung zu Miltitz aufgelöst.

Y. Glogau, 8. März. Um die Bekämpfung der Tuberkulose wirksamer durchzuführen zu können, regte der Kommunalrat Sanitätsrat Dr. Kramer in der gestrigen Sitzung des Ortsausschusses Glogau des Schlesiens Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose die Einrichtung von Gartenschulen für schwächliche und tuberkuloseverdächtige Kinder an. Gelegentlich der Einrichtung der Wald-erholungsstätte im Stadtfriedhof ist bereits die Gründung einer Waldschule in Erwägung gezogen worden. Da die Kinder dort aber nur sechs Wochen untergebracht werden können, würde die Erteilung von Unterricht eine Beschränkung der Erholungsmöglichkeit darstellen. Für die Einrichtung von Gartenschulen steht der Stadt Glogau ein sehr günstiges Gelände in den ehemaligen Wallgräben, die sich um die Altstadt hinziehen und deren teilweise Erhaltung beschlossen worden ist, zur Verfügung.

K. Lüben, 7. März. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Haushaltsplan der Stadt für 1912 in Einnahme und Ausgabe auf 840 167 Mk. festgesetzt, ebenso die Steuerzuschläge auf 136 Proz., einschließlich 48 Proz. Kreisabgaben, so daß auch in diesem Jahre eine Erhöhung nicht eingetreten ist. Für die Gasanstalt wurde die Anschaffung einer eigenen Bentijimalwaage im Preise von 1500 Mk. bewilligt.

+ Gieschberg, 7. März. Der heute hier unter Beteiligung des schlesischen Saatkauvereins abgehaltene Frühjahrs-Landmarkt war reich besucht und von Landwirten ungewöhnlich stark besucht. Es waren u. a. Saatkorn aus den Kreisen Liegnitz, Reichenbach, Müritzerberg und Glogau (Königl. Domäne Ostroschitz) ausgestellt. Der Umsatz war recht lebhaft.

g. Waldenburg, 7. März. Von der hiesigen Strafkammer wurde der mehrfach vorbestrafte Zigarrenmacher Robert Piered aus Schweidnitz wegen verschiedener Einbrüche zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte sich im Herbst v. J. zu seinen Streif- und Raubzügen den Kreis Waldenburg auserkoren und sich in einem Wäldchen in Seidenberg ein Versteck eingerichtet. Von da aus unternahm er Einbruchsbestahl, durch die er ein großes Warenlager zusammenbrachte.

+ Nimpitzsch, 6. März. Im Anschluß an die Kreisshnabe am 4. d. M. fand unter Vorsitz des Superintendenten Schmogro aus Heinrichau eine Konferenz zur Jugendpflege statt. An derselben nahmen u. a. teil: der Landrat Geh. Regierungsrat von Goldfuß, Konfirmandenrat Bojanowski aus Breslau als Vertreter des Konfirmandenrats und Regierungsrat Jaques als Vertreter der Regierung zu Breslau. Pastor Dr. Hebers aus Heidersdorf sprach über die Fragen: „1) Wie helfen wir unserer Jugend? 2) Wie machen wir der Jugend das Land angenehm? 3) Wie machen wir dieselbe dauernd heilhaft?“ Als Gegenüberstatter fungierte Superintendent Schmogro. An beide Vorträge schloß sich eine anregende Aussprache. Der Konferenz wohnten u. a. auch Lehrer und Handwerksmeister bei.

— Neumarkt, 6. März. Der Vaterländische Frauenverein hat für den Kreis Neumarkt eine Wanderschule, haltungsschule begründet, die im Kreise schon mehrere Kurse für Mädchen aller Stände abgehalten hat. Von April ab soll auch, je nach Bedarf, entweder ein oder vier Monate dauernder Kursus in Neumarkt stattfinden. Für die Kurse bewilligte der Kreis 400 Mark, die Stadt Neumarkt 150 Mark. — Das hiesige Elektrizitätswerk, das im Besitz der Stadt ist, weist wiederum eine große Steigerung in der Zahl der Anschlüsse auf.

s. Groß Wartenberg, 6. März. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde über die Verwendung der überschüsse der städtischen Sparkasse beraten, die 11956 Mk. betragen. 5000 Mk. wurden zur Tilgung der Schuld für die Wasserleitungsanlage, 6956 Mk. zur Bezahlung der noch nicht gedeckten Kosten der vorjährigen Straßenpflasterungen bestimmt. Die Schulden tilgung, soweit sie das Darlehen zu Wasserleitungsbaugewerken betrifft, hat öfter schon zu Klagen infolge Veranlassung gegeben, als sie in so hohen Sätzen erfolgt, daß die augenblickliche Belastung durch ihre fälligen Raten als recht drückend empfunden wird; es wurde beschlossen, die Genehmigung der Aufsichtsbekörde zu einem mäßigeren Tempo der Schulden tilgung einzuholen. Die Beschaffung der Kaufgelder für das künftige teils der Stadt erworbene Grundstück „Groß Grünhof“ durch Anleihe bei der städtischen Sparkasse, ferner die Vermietung dieses Grundstücks und die Herstellung einiger Nebengebäude wurde genehmigt. Die verstorbene Frau Fabrikbesitzer Eretius hat der Stadt ein Legat von 5000 Mk. vermacht mit der Vorschrift, „die Zinsen nach bestem Ermessen des Magistrats zu wohltätigen Zwecken zu verwenden.“ Das Legat wurde angenommen. — Die Frage einer höheren Schule, die die Knaben mindestens bis zur Reife für Quartas eines Gymnasiums vorbereitet, wird schon lange erwogen. Nachdem der Leiter der evangelischen Stadtschule, Rektor Voelke seine nachgeforderte Pensionierung zum 1. Juli erhalten hat, ist die Frage der gehobenen Schule wieder aktuell geworden. Seitens eines Teiles der Bürgerschaft wird gewünscht, daß dem angestellenden Lehrer die Verpflichtung auferlegt werde, nebenamtlich Lateinunterricht zu erteilen, teils des Bürgermeisters Einsenmänger wurde aber dem entgegengehalten, daß der Stellung einer solchen Bedingung gesetzliche Gründe entgegenstünden, da die Regierung nicht gestatte, daß einer Lehrkraft besondere Verpflichtungen auferlegt werden. Es könne in der Aufsichtsbekörde höchstens ausgedrückt werden, daß der Lehrkraft Gelegenheit geboten sei, den ersten Lateinunterricht zu erteilen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, es sollen noch Informationen über den Gegenstand eingeholt werden.

o Kattowitz, 7. März. Seit dem 18. Februar wurde hier der Baugewerkschüler Brüdnier vermißt. Man glaubte schon, daß er ermordet worden sei, besonders nachdem Anfang dieser Woche in Schoppitz von spielenden Kindern ein Fuß gefunden worden war. Aus Kattowitz ist nun die polizeiliche Meldung hier eingetroffen, daß Brüdnier dort vogelbändigend aufgegriffen worden sei, und er wurde am Mittwoch von einem hiesigen Polizeibeamten abgeholt. Er erzählte, daß er am 18. Februar im Forste zwischen Kattowitz und Emanuelstegen überfallen worden sei und bei der Flucht sich verirrt habe. Nach dreitägiger Zuchtwanderung sei er völlig mittellos nach Kattowitz gekommen.

o Gleiwitz, 5. März. Der land- und forstwirtschaftliche Verein für den Kreis Ost-Gleiwitz hielt heute hier eine Versammlung ab, die nach Neuschlesien des Vereins recht zahlreich besucht war. Der neue Vorsitzende, Landrat von Stumpffeldt, eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache über das neue Leben, das in den Verein eingezogen sei. Dann wurden zwölf neue Mitglieder aufgenommen. Dem Institut zur Ausbildung von Meierinnen in Proslau wurde eine Beihilfe bewilligt unter dem Vorbehalt, daß sich Mädchen aus dem Kreise zur Ausbildung melden. Einer Abänderung der Vereinsstatuten wurde dahingehend zugestimmt, daß kleinere Vereine gegen einen Beitrag von 25 Pf. als korporative Mitglieder aufgenommen werden, das Eintrittsgeld auf 1,50 Mk. festgesetzt und der Jahresbeitrag auf 3 Mk. herabgesetzt wird. Die Jahresrechnung für 1911 ergab an Einnahme 5006,64 Mk., an Ausgabe 905,47 Mk. Der Voranschlag für 1912 wurde auf 1770 Mk. festgesetzt. Es folgten Besprechungen über Bullen- und Eberstationen. Neue Stationen sollen in Deutsch-Bernitz und in Richterzdorf errichtet werden. Für den Ankauf von Bullen und Ebern wurde eine Kommission gewählt. Schließlich hielt Dr. Krüger aus Breslau einen Vortrag über Zweck und Ziele der schlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt.

o Schwientowisch, 4. März. Ein Kredit- und Sparverein wurde heute abend in einer Versammlung gegründet, an der zahlreiche Einwohner teilnahmen. Der Verein soll als Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung und unter der Bezeichnung „Schwientowischer Kredit- und Sparverein“ den Geschäftsverkehr aufnehmen. Die Höhe eines Geschäftsanteils wurde auf 100 Mk. festgesetzt. Zur Aufnahme meldeten sich sofort 50 Mitglieder.

Technik und Industrie: Bogen 5.

Inhalt: Die Panama-Weltausstellung. — Der erste Koks-Ofen in Deutschland. — Literatur.

Posen.

Landtagserfajwahl.

* Bei der Landtagserfajwahl im Wahlkreise Posen-Ost-Posen-West-Obornil, die infolge der Ernennung des früheren Landrats von Tilly zum Ober-Regierungsrat in Königsberg notwendig geworden war, wurde der deutsche Kandidat gewählt. Im ganzen wurden 489 Stimmen abgegeben. Davon erhielten der Deutsche, Rittergutsbesitzer von Tempelhoff auf Dombrowa 260 und der Pole Stefan Mondlewski 220 Stimmen. Eine Zunahme der polnischen Stimmen gegen die vorige Wahl war bei der Erfajwahl der Wahlmänner bereits im Kreise Posen-West zu verzeichnen.

Personalnachricht.

* Der Kommandant von Posen, Generalleutnant Freiherr von Steinäder, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Freiherr von Steinäder ist am 29. Dezember 1850 in Berncastel geboren. Er trat am 27. August 1868 als Fahnenjunker in das Füß.-Regt. 40 ein, wurde am 8. April 1869 Fähnrich, am 10. Februar 1870 Leutnant; er machte im Regiment den Feldzug gegen Frankreich mit und erwarb sich das Eisene Kreuz 2. Kl., am 15. August 1878 wurde er Oberleutnant und war vom 1. Mai 1882 bis 21. April 1883 im Großen Generalstab, und 1884 zum Hauptmann befördert, wurde er 1884 Kompagnieführer und als solcher am 13. Oktober 1887 in das Inf.-Regt. 20 versetzt; am 16. Juni 1891 kam er zur Eisenbahn-Abteilung des Großen Generalstabes und wurde am 26. November 1891 zum Major befördert. Am 17. Juni 1893 wurde er zum Linienkommandanten in Frankfurt a. M. und am 17. April 1897 zum Bataillonskommandeur im Gren.-Regt. 110 ernannt. 1899 zum Stabe des Inf.-Regts. 94 versetzt, wurde er am 18. April 1899 zum Oberstleutnant befördert und erhielt am 20. November 1900 den Rang eines Regimentskommandeurs und das Kommando über den Landwehrbezirk I Berlin; ein Jahr darauf wurde er zum Oberst befördert und am Kaiser's Geburtstag 1903 Kommandeur des Füß.-Regts. 35. Am 22. April 1905 erhielt er unter Beförderung zum Generalmajor das Kommando über die 5. Inf.-Brig. und wurde am 2. April 1908 zum Kommandanten von Posen ernannt, wo er am 2. Mai 1908, den Charakter als Generalleutnant erhielt.

Vom Ostmarkenverein.

* Der Deutsche Ostmarkenverein beabsichtigt, um die Vorurteile zu zerstreuen, die noch in weiten Kreisen des deutschen Volkes über die Ostmark herrschen, unter dem Titel „Die deutsche Ostmark in Wort und Bild“ ein Werk zu veröffentlichen, das Land und Leute, Wirtschaft und Kunst der Ostmark eingehend behandeln wird. Als Mitarbeiter sind dafür gewonnen: Professor Dietrich Schäfer, Geologie; (für Posen) Prof. Fühl, Posen, (für Westpreußen) Prof. Kumm, Danzig; Klimatologie: Prof. Körnermann, Posen; Pflanzen- und Tierwelt (für Posen): Prof. Fühl, Posen; (für Westpreußen): Prof. Kumm, Danzig; Land und Leute: Oberlehrer Braun, Graudenz; historische Städtebilder: Geheimrat Archibald Prof. Warschauer, Posen; Bau- und Kunstdenkmäler: Privatdozent Krollmann, Königsberg i. Pr.; Land- und Forstwirtschaft: Dr. Wagner, Posen; Industrie, Handel und Gewerbe: Syndikus Dr. John, Danzig; Oberlehrer der Industrie (Bearbeiter noch unbestimmt); Anstaltswesen: Oberregierungsrat von Roth, Posen; Genossenschaftswesen: Verbanddirektor Dr. Wegener, Posen; Verkehrswesen: Regierungsrat Dr. Born, Bromberg; Unterrichts-wesen: Provinzialschulrat Bod. Posen; Kunst und Wissenschaft: Prof. Winder-Pouet, Bromberg; Verfassung und Verwaltung: Professor von Hoffmann, Posen; Nationalitätenkampf: Professor Göpf, Posen.

— Schwerfenz, 6. März. Heute früh gegen 7 1/2 Uhr brach in der Zielniczmühle, der Hermannsmühlens-Mittelschiffahrt in Posen gehörig, mutmaßlich durch Explosion von Mühlenstaub im Reinigungsraum ein Brand aus, der sich binnen kurzem auf benachbarte Teile des Raumes, in welchem sich Getreidevorräte befinden, ausdehnte. Aus dem Dach der Mühle schlug eine zehn Meter hohe Flamme heraus. Das schnelle Eingreifen der von allen Seiten herbeigeeilten Löschzüge verhinderte ein weiteres Umsichgreifen des Feuers.

Aus den Nachbargebieten und aus der Ferne.

[Bergarbeiter-Bewegung.] Auch im Ost-Posen-Karminier Kohlenrevier bereitet sich unter dem Einfluß des Massenstreiks in England eine Lohnbewegung unter den Bergarbeitern vor. Die „Eileisia“ berichtet nämlich: Sonntag fanden in Mähr.-Ost-Posen und in Ost-Posen große Bergarbeiterversammlungen statt, an denen sich insgesamt etwa 8000 Arbeiter beteiligten. Dieselben beschlossen zwei Resolutionen, in denen sie den Forderungen der Bedingezahlung, Einführung von Trinkwasser in die Schächte, Beziehen des Kohlenhauses zur Verhütung von Explosionen, Verbesserung der Förderanlagen und eine angemessener Behandlung seitens der Bergbeamten verlangten. Ferner sprachen sie ihre Sympathien für die streikenden Kohlenarbeiter in England aus und erhoben die Forderung, daß keine Ost-Posen-Kohle nach England ausgeführt werde, widrigenfalls sie mit Streik im Ost-Posen-Karminier Reviere drohen. Die Reserate wurden in tschechischer und polnischer Sprache gehalten.

Sport und Jagd.

[Vermischte Sportnachrichten.] Auch die beiden Berliner Trabrennvereine beabsichtigen dem Grafen Lehnborff aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand ein Ehrengeschenk zu überreichen, das in einer naturgetreuen Bronzestatue der erfolgreichen Traberin Lou Dillon besteht. Die Ehrengabe, die anlässlich der am 2. März abgehaltenen Generalversammlung von den Mitgliedern beschickt wurde, ist ein künstlerisch ausgeführtes Werk des Majors a. D. Schönbend und trägt am Fuße des marmornen Sockels die Inschrift: „In dankbarer Verehrung die Trabrennvereine Trabrenngesellschaft Berlin-Westend und Kennklub“. Bei dieser Gelegenheit wurde auch des großen Wohlwollens des scheidenden Oberlandstallmeisters gegenüber der Trabergesellschaft gedacht, das in den letzten Jahren insbesondere durch den Ankauf der beiden Gengste Waincott und Rittersporn seitens der Gesellschaftverwaltung und durch die auf besonderen Wunsch des Grafen Lehnborff erfolgte Einrichtung einer eigenen Destillation in Ruhleben zum Ausdruck gekommen ist. — Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft hat sich in ihrer letzten Hauptversammlung auch mit der Frage beschäftigt, ob ein Reit- und Fahrwettbewerb, ähnlich wie in Hamburg und Kassel, auch ferner auf den Schauen der D. L. G. veranstaltet werden soll. Der Unterausschuss, der zur Beratung dieser Frage gebildet worden war, kam zu der Ansicht, daß derartige Vorführungen nicht auf die Ausstellungen der D. L. G. gehören, weil hierunter namentlich das Richtergericht und die Vorführungen der preisgekrönten Tiere sehr leiden. Wenn auch die Zucht auf Leistung und die Verbesserung der Leistungen mit dem Bestreben der D. L. G. in betreff der Förderung der Tierzucht unzertrennlich sind, so sollten derartige Vorführungen den gut organisierten Vereinigungen, wie dem Polofklub, dem Kartell für Reit- und Fahrport usw. überlassen bleiben. Der Sonderausschuss schloß sich diesen Ausführungen an. Der Sonderausschuss stellte ferner, wie die „Sportwelt“ erzählt, bei dem Vorstand den Antrag, das Preisauschreiben für Gebrauchspferde mit höheren Preisen zu dotieren, damit für die Beteiligung in den bisher schwach besuchten Konkurrenzen ein größerer Anreiz gegeben würde. Es wurde hierbei hervorgehoben, daß, wenn auch die Gebrauchslassen bisher wenig besichtigt wurden, doch immerhin durch diese Preisauschreiben eine Anregung gegeben worden sei, Institute für die Zuchtung von Reit- und Wagenpferden ins Leben zu rufen.

Preis-Ausschreiben

Seitens unserer Gefellschafter sind uns 5000 Mark zur Verfügung gestellt worden, um auf dem Wege des Wettbewerbes eine Abhandlung über unsere Vertriebsart: „Selbstkostenpreis + 10%“ zu erlangen. Diesen Betrag setzen wir hiermit für die besten Arbeiten folcher Art in folgenden Preisen aus:

Erster Preis 3 000 Mark
Zweiter Preis 1 000 Mark
2 dritte Preise à 5 00 Mark

Das Preisrichteramt haben übernommen:

Herr Victor Blüthgen, Vorsitzender des Deutschen Schriftsteller-Verbandes.
Herr Dr. rer. pol. Paul Gerstner, Direktionsassistent der „Revision“-Treuhand A.-G.
und Dozent an der Handelshochschule Berlin.
Ein Mitglied unserer Gesellschaft.

Erläuterungen für die Preisbewerber:

Unsere Gesellschaft hat bekanntlich das Verkaufsprinzip Selbstkostenpreis + 10% eingeführt, d. h., sie liefert die Weine gegen Erstattung des Betrages, den sie selbst verausgabt für Wein, Fracht, Zoll, Arbeitslöhne, Miete und sonstige Betriebsunkosten, also zu einem Preise, der weder einen Gewinn noch einen Verlust für sie enthält. Als Gegenleistung erhebt sie von dem Selbstkostenbetrage einer jeden Lieferung eine Umsatzgebühr von 10%, die ihren einzigen Gewinn darstellt. An diese Verkaufsart ist die Gesellschaft statutarisch gebunden und infolge öffentlicher Bekanntmachung auch von Gesetzes wegen zu ihr verpflichtet. Insbesondere ist sie verpflichtet, einen etwa über die Umsatzgebühr hinaus erzielten Gewinn an die Abnehmer zurückzuerstatten.

Der Unterschied dieser Absatzmethode, bei welcher der Gewinn für das Unternehmen niemals mehr als 10% vom Umsatz betragen darf, gegenüber dem gewöhnlichen Handelsprinzip, springt in die Augen. Denn im Gegensatz zu der althergebrachten Verkaufsweise, bei der das Bestreben herrscht, die Ware mit einem möglichst hohen Gewinn, also

zu einem die Selbstkosten weit übersteigenden Preise abzusetzen, würde es natürlich bei unserer Vertriebsart sinnlos sein, für die Ware mehr als den Selbstkostenpreis erzielen zu wollen, oder die Abnehmer über die Qualität der Ware zu täuschen bzw. ihnen minderwertige Ware zu liefern. Jede Absicht, den Käufer zu übervorteilen, ist von vornherein unmöglich gemacht; sie würde immer daran scheitern, daß das Unternehmen außer der Umsatzgebühr keinen Gewinn erzielen darf.

Unsere Absatzmethode „Selbstkostenpreis + 10%“ stellt also einen unbedingten Schutz gegen Übervorteilung dar; sie bietet aber auch angesichts der hohen Gewinnaufschläge, welche die Weinverkaufspreise sonst enthalten, ganz erhebliche Ersparnisse. So werden beispielsweise Weine, die erste hiesige Weinhandlungen mit M. 3.00 verkaufen, von uns zum Selbstkostenpreis + 10% für M. 1.75, statt M. 2.50 für M. 1.60 usw. geliefert.

Dies zur Information über unsere Verkaufsart. Die ausführliche Verkaufsfassung unserer Gesellschaft stellen wir den Preisbewerbern zur Verfügung.

Die Veranlassung zu unserem Preis-Ausschreiben:

Obwohl unser Unternehmen bereits vor 5 Jahren an die Öffentlichkeit getreten ist, so haben doch bisher bei weitem nicht alle Weinkonumenten sich die hier dargebotenen Vorteile zu eigen gemacht. Die Zahl unserer Abnehmer – ca. 30 000 – ist gering zu nennen in Anbetracht der großen Ersparnisse, die hier gewährleistet werden. Wir führen dies hauptsächlich darauf zurück, daß viele, insbesondere diejenigen, welche mit kaufmännischen Dingen weniger vertraut sind, die wahre Bedeutung unseres Verkaufsprinzips noch nicht genügend erkannt haben.

Hierzu kommt noch, daß von interessierter Seite durch alle möglichen Mittel versucht wird, die Tatsachen zu entstellen, um das Publikum gegen unsere gute Sache zu beeinflussen. Wir wünschen daher – dies ist der Zweck unseres Preis-Ausschreibens – eine Arbeit zu erlangen, die auf handels technischer und volkswirtschaftlicher Grundlage in prägnanter und klarer Form das Wesen unserer Vertriebsart darstellt. Sie soll geeignet sein, dem Publikum die erheblichen Vorteile zu veranschaulichen, die unsere Neuerung im Weinvertrieb den Abnehmern bietet.

Bedingungen des Wettbewerbes:

1. Die Teilnahme am Wettbewerb steht jedermann frei.
2. Die Arbeiten müssen mit einem Merkwort (Motto) unterzeichnet werden; sie dürfen keinesfalls mit dem Namen des Verfassers versehen sein. – Beizulegen ist ein verschlossener Umschlag, der das gleiche Merkwort als Aufschrift trägt und einen Zettel mit dem Namen und der genauen Adresse des Einsenders enthält.
3. Die Arbeiten sind bis zum 1. Juli 1912 bei der Centrale für Weinvertrieb m. b. H., Berlin, Dessauer Straße 28, mit der Aufschrift: „Preis-Ausschreiben“ einzureichen.
4. Das unbeschränkte Eigentum an den preisgekrönten Arbeiten geht durch Zahlung der Preise an uns über.
5. Die verschlossenen Umschläge werden erst geöffnet, nachdem über die Preisverteilung endgültig entschieden worden ist. Erst nach Veröffentlichung der Preisverteilung werden die Arbeiten der übrigen Bewerber, soweit sie nicht etwa von uns angekauft werden, portofrei an die Einsender zurückgeschickt. Eine vorherige Rücksendung einzelner Arbeiten findet nicht statt.

Centrale für Weinvertrieb m. b. H.
Berlin * Dessauer Straße 28

Handelssteil.

Reichsbank.

* Das verfloßene Jahr war für die Reichsbank von besonderer Bedeutung. Im Beginn desselben ist der Rest der Bestimmungen des Reichsbankgesetzes von 1909 in Kraft getreten. Dadurch ist das steuerfreie Notenkontingent von 473 auf 550 Millionen und an dem Quartalsstermine auf 750 Mill. Mark erhöht und die Bewegungsfähigkeit des Instituts erweitert worden.

Nach dem Verwaltungsbericht wurden verdient an:

	1911	1910	ausg. Rest a. d. Vorj.	1911	1910
an Wechseln	22 283 767	20 473 618	Reichsmark	1953	8 796
an Banknoten	16 804 028	15 734 975	Reichsmark	17 597 619	20 002 791
an Lombardgesch.	7 567 263	6 273 307	die Anteilseigner	10 548 671	11 665 953
an Kasse	4 641 552	5 307 182	%	5,86	6,48
an Zinsen	3 422 536	3 276 013	ober pro Anteil	175,80	194,40
an Dividenden	1 720 146	5 603 446	bzw. 58,60	bzw. 64,80	
an Zinsen	32 035	29 325	Es betrugen die Umsätze bei der		
an Zinsen	128 161	59 768	Reichsbank		
Zusammen	57 203 393	57 432 618	1911	1910	1909
			Millionen Mark		
an Verm.-Kost.	23 386 966	21 851 541	an Lomb.-Verkehr	962,5	1 197,6
an Banknot.-Anfert.	12 964 730	16 229 756	an Wechsel	4 731,4	4 391,0
an Zinsen	1 865 730	1 865 730	an Giro- u. Ann.-		
an Zinsen	2 734 106	3 331 321	Verkehr	134 355,1	123 136,8
an Zinsen	1 616	75 234	an Depositionen	0,6	0,5
an Zinsen	187 705	128 359	an Effekten	120,5	143,2
an Zinsen	177 000	222 000	an Geschäften m. Be-		
an Zinsen	20 209	50	hördern u.	7 128,5	7 467,8
Zusammen	29 669 803	29 703 991	an Wechsel	295,3	285,7
			an Giro	738,0	741,6
			Zusammen	148 331,9	137 459,1
			an Banknoten	229 170,6	216 691,3
			an Wechsel	377 502,5	354 150,4
			an Zinsen	331 032,0	

Die Bilanz ergibt folgenden Resultat:

Dem Bericht ist folgendes zu entnehmen: Das Jahr 1911 ist für Deutschland ein Jahr stetiger Fortschritte in fast allen Zweigen der Erwerbstätigkeit; Gütererzeugung und Güteraus-
tausch haben sich trotz der politischen Unstetigkeit kräftig ent-
wickelt. Dem Geldmarkt und der Börse sind allerdings Störungen
nicht erspart geblieben. Die Notwendigkeit großer Rückzahlungen
ausländischer Guthaben zurzeit des durch höhere Löhne und Preise
daneben ansteigenden herkömmlichen Geldbedarfs hemmten, daß der

Der Bericht ist folgendermaßen zu entnehmen: Das Jahr 1911 ist für Deutschland ein Jahr stetiger Fortschritte in fast allen Zweigen der Wirtschaft; Gütererzeugung und Güterverkehr haben sich trotz der politischen Unruhe kräftig entwickelt. Dem Geldmarkt und der Börse sind allerdings Störungen nicht erspart geblieben. Die Notwendigkeit großer Rückzahlungen ausländischer Guthaben zurzeit des durch höhere Löhne und Preise

hervorgehenden herkömmlichen Geldbedarfs bewirkten, daß der deutsche Geldmarkt sich stärker als sonst auf seine eigenen Mittel angewiesen sah. Dies führte in den letzten Monaten des Jahres der Reichsbank Ansprüche in einem Umfang zu, der laufend nicht erheblich hinter dem im Vorjahrsanfang 1907 erreichten Rückstand, ihn an den Quartalschlüssen aber weit überragte.

In der Befriedigung dieser Ansprüche standen jedoch von vornherein größere Schwierigkeiten, namentlich in Gold, zur Verfügung; und konnte, als die großen Zahlungsforderungen des Auslandes erfüllt werden mußten, durch Abgabe von Auslandswchseln ein außerordentliches Steigen der Devisenkurse verhindert werden. Unter diesen Umständen hielt sich die Bewegung des Bankfußes in engen Grenzen. Er konnte am 6. Februar von 5 auf 4 1/2, am 8. Februar auf 4 Proz. herabgesetzt werden; am 19. September erfolgte die Erhöhung auf den anfänglichen Satz von 5 Proz., mit welchem die Reichsbank auch in das neue Geschäftsjahr eintrat.

Der Bankfuß war im Durchschnitt des ganzen Jahres 3,97 Proz. für Wechsel und 5,397 Proz. für Lombarddarlehen gegen 4,346 Proz. und 5,346 Proz. im Vorjahre. An Banknoten waren in Umlauf durchschnittlich 1 663 615 000 M. (im Vorjahre 1 605 882 000 M.). Die Steuerquote ist 16 mal überschritten worden.

Auf Giroguthaben sind vereinnahmt worden 1 689 038,5 (Vorjahr: 1 597 091,1) Mill. Mark, verausgabt wurden 1 689 934,2 (1 570 061,6) Mill. Mark. Die Einnahme setzt sich zusammen aus 18 389,6 Mill. Mark Darzahlungen, 45 446,5 Mill. Mark Verrechnungen mit den Kontenhabern, 57 796,5 Mill. Mark Rückübertragungen, 47 275,9 Mill. Mark übertragungen von anderen Bankanstalten; die Ausgabe entsprechend auf 21 732,4 bzw. 43 263,2 bzw. 57 796,5 bzw. 46 142,1 Millionen Mark. Die vereinnahmten Beträge sind durchschnittlich 85 (0,9) Tage auf den betreffenden Konten belassen worden.

Der Bestand der Giroguthaben ergab durchschnittlich 304 880 000 M. (24 335 000 M.). Die Zahl der Kontoinhaber war am Jahresanfang: bei der Reichsbank 1557 (1575), bei den Reichsbankanstalten 417 M. (23 407 M.) zusammen 24 974 M. (24 982 M.). Die bei den Abrechnungen stellten im Jahre 1911 abgerechneten Gesamtbeträge beliefen sich auf 63 015 255 300 M. (54 341 811 200 M.). Die Zahl der Teilnehmer war 242 (222). Die Stückzahl der Anteile betrug 13 471 426 (12 459 474) und deren durchschnittliche Größe 4678 (4361) M. Das Guthaben der Reichsbank und Staatsbanken betrug durchschnittlich 215,8 (235,1) Mill. Mark.

Der Metallbestand setzte sich am Jahresende zusammen aus Gold 727,8 (661,0), Scheidemünze 280,1 (263,0), zusammen 1007,8 (924,0) Mill. Mark. In Goldbarren und ausländischen Geldmünzen war vorhanden am 1. Januar 1911 309,4 (360,9) Mill. Mark, ansehaft wurden für 174,6 (164,6) Mill. Mark ausgegabt oder verausgabt 120,8 (216,9) Mill. Mark, fodaß vom Bestand verbleiben 363,2 (309,5) Mill. Mark im Wert von 363,0 (309,4) Mill. Mark mithin ergab sich ein Verlust von 187 706 (128 359) M.

Im Durchschnitt des ganzen Jahres waren von den umlaufenden Noten 67,88 Proz. (65,74 Proz.) durch Metall gedeckt. Die Metalldeckung der umlaufenden Banknoten und der sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 48,74 (46,83) Proz.

Die Gesamtsumme aller angekauften Wechsel usw. stellt sich wie folgt: Wechsel (Inland) 5 408 361 Stück mit 11 807 842 545 M., Wechsel auf das Ausland 62 297 Stück mit 939 452 660 M., Auftragspapier zur Einziehung 67 254 Stück mit 126 821 819 M., überhaupt 5 537 912 Stück mit 12 874 117 025 M., das sind gegen das Vorjahr in der Stückzahl 17 2012 mehr und im Geldbetrage 65 433 118 M. mehr. Im Lombard war die höchste Zinssatz 1284 000 M. am 31. März, die niedrigste 46 454 000 M. am 22. Juli, die durchschnittliche 78 358 660 M. (105 433 000 M.). An fälligen, aber ungegabt gebliebenen Forderungen waren vorhanden: am 1. Januar 1911 7 218 257 M., eingetreten sind an unbezahlt gebliebenen Wechseln und Lombardforderungen 1 326 241 M., erhaltener Bestand von 8 544 499 M. Im Laufe des Jahres sind hierauf bezahlt worden 1 008 257 M., abgeschrieben 93 916 M., mithin am 31. Dezember 1911 als Rest geblieben 7 442 325 M. Von der Reserve für zweifelhafte Forderungen im ursprünglichen Betrage von 4 948 100 M. sind zur endgültigen Abschreibung benutzt worden 3 916 M., demnach noch vorhanden 4 854 183 M. für die übrigen gebliebenen, die neu hinzutretenden und die in den beiden ersten Monaten des Jahres 1912 fällig gewordenen zweifelhaften Forderungen sind zu reservieren 4 855 800 M., mithin dieses Mal mehr 1616 M., die vom Gewinne für 1911 abgezogen worden sind.

Für nachträglich vorgekommene Laufendmarknoten II. Emission und weitere 177 000 M. vom Gewinne abgesetzt worden. Der Betrag wird im Jahre 1912 der Summe der in Betrieb gegebenen Banknoten hinzugefügt werden. Für die im Jahre 1909 aufgelegte Reichsanleihe im Betrage von 320 Mill. M. hat im Jahre 1911 die Konfiskationszahlung von 7 000 000 M. und die Schlussabrechnung stattgefunden. Hierbei hat sich für die Reichsbank ein Gewinn von 128 169 M. ergeben. In verfallenen Depots waren vorhanden: 4988 Stück (5290), ferner an offenen Depots 274 774 (278 509). Als Eigenkäufer der Reichsbankanteile standen eingetragen 16 637 (16 628) Sünder und 2128 (2120) Sünder. Ende 1911 waren an Zweiganstalten vorhanden 487 (493). An Beamten waren 3571 (3495) tätig.

Den stärksten Geschäftsumsatz hatten in Millionen Mark Berlin mit 140 170,1. Es folgten Hamburg mit 26 852,2, Frankfurt a. M. mit 16 219,7, Köln mit 8885,3, Leipzig mit 8392,9, Breslau mit 7486,6, Essen mit 7265, Bremen mit 7003,4, Mannheim mit 6803,1, München mit 6338,9, Stuttgart mit 5676,3, Düsseldorf mit 5222. Von den schlesischen und preussischen Reichsbankanstalten betrugen ferner die Umsätze in Bromberg 1049,8, Glatz 223,2, Gleiwitz 2704,8, Glogau 928,5, Götting 721,4, Riegnitz 972,3, Lissa 451,2, Oppeln 740,9, Posen 2486,8, Schweidnitz 993,1.

Der Geschäftsumsatz (Zu- und Abgang) entfiel in Millionen Mark auf die Reichsbankanstalten der Provinzen Schlesien und Posen einschließlich ihrer Nebenstellen:

	Breslau	Bromberg	Glatz	Gleiwitz	Glogau	Götting	Riegnitz	Lissa	Oppeln	Posen	Schweidnitz
1911	222,4	37,7	5,8	91,0	68,4	23,1	78,2	8,6	10,4	106,3	67,7
1910	274,7	36,3	6,2	97,1	71,8	28,6	71,4	8,2	9,5	111,1	67,5
1911	420,5	134,1	42,9	211,9	139,0	113,9	151,8	81,1	62,4	248,5	110,1
1910	437,4	132,6	66,8	214,3	140,8	113,7	137,9	79,2	57,8	224,3	104,0
1911	6793,5	878,0	174,5	2491,9	721,0	584,5	742,3	361,5	668,1	12131,4	815,3
1910	6377,3	826,6	194,7	2390,7	728,3	574,0	706,7	338,7	653,8	11993,4	773,8
1911	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1910	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1911	98,5	46,3	16,9	62,6	45,6	35,3	59,3	25,4	18,1	78,7	33,1
1910	97,5	47,6	28,3	60,1	43,2	30,1	50,7	24,6	15,2	70,8	29,8
1911	90,1	47,1	18,1	58,5	42,9	34,2	55,8	25,7	16,1	76,5	31,7
1910	97,7	46,9	30,6	59,7	43,8	30,5	52,2	24,6	15,1	70,6	30,6
1911	107,0	10,9	3,5	51,7	16,9	25,1	13,2	12,0	12,1	23,4	13,7
1910	114,3	10,9	3,5	41,0	15,6	27,0	12,6	12,2	11,3	22,2	14,7
1911	129,5	30,9	4,6	39,8	33,6	19,4	23,7	18,5	16,4	71,6	32,1
1910	127,4	27,9	4,1	25,5	36,5	24,8	22,4	17,8	16,4	61,0	28,4
1911	124,7	29,8	4,3	38,5	32,5	13,8	23,3	18,0	16,1	69,8	31,1
1910	127,6	27,2	4,1	53,1	36,8	25,6	22,3	17,8	16,3	60,6	28,5

* Deutsche Bank. Wir verweisen auf den im Inseratenteil zum Abdruck gelangten Geschäftsbericht für das Jahr 1911. Die Bilanz, deren Ziffern wieder den Beweis der hervorragenden Entwicklung des Instituts liefern, ist bereits in der vorigen Morgennummer eingehend besprochen worden.

* Berliner Hypothekendarlehenbank. In der am 6. März cr. abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurde der Abschluß pro 1911 genehmigt, den Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt und die sofort zahlbare Dividende auf 6 Proz. festgesetzt. Die turnusgemäß ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates wurden wiedergewählt. Die Bilanz befindet sich im Inseratenteil.

* Diskant für Handel und Gewerbe. Nach dem Geschäftsbericht hat das Jahr 1911 eine weitere günstige Entwicklung gebracht. Besonders die Zweigniederlassungen und Depositionen zeigten erfreuliche Ergebnisse. Dagegen beeinträchtigte den Gewinn der weitere Rückgang sämtlicher Anlagevermögen und die Steigerung der Lasten. Zudem nötigte die politische Lage zur Zurückhaltung. Die Bank war an folgenden übernahmengeschäften beteiligt: 4 Proz. Richterberger Stadtanleihe, 4 1/2 Proz. Dbl. der Alt-Ges. für Verkehrsweisen, und hatte Unterbeteiligungen angenommen: an 5 Proz. Dbl. der Deutsch-überseischen Elektr.-Ges. 4 Proz. Hamburger Staatsanl. v. 1911, 4 1/2 Proz. Moskauer-Bahnen-Eisenbahn-Dbl. von 1911, 4 1/2 Proz. Rodoische Eisenbahn-Dbl., 4 Proz. Große Berliner Straßenbahn-Dbl., R. R. priv. Bank und Wechselstube U. G. „Merkur“-Aktien, 4 Proz. Westpreuss. Prov.-Anl. Die „Pensionskasse der Diskant“ verfügte am Jahresanfang über 479 743 M. Vermögen gegen 410 869 M. am Schluß des Jahres 1910. Die Debitoren sind gegen das Vorjahr um etwa 8 000 000 M. gestiegen infolge der guten Entwicklung der Niederlassungen. Damit erklärt sich auch die Erhöhung des Akzeptifonds. Die Zinsen, Provisions-, Sorten- und Devisenkonten weisen Mehrgewinne auf, während das Effektenkonto aus den eingangs erwähnten Gründen erhebliche Mindereinnahmen gegen das Vorjahr ergibt. Auch das Konfortialkonto ist mit seinen Erträgen hinter dem Vorjahre zurückgeblieben. Der Bruttogewinn stellte sich auf 4 160 803 M. und zuzüglich des Vortrags auf 4 340 999 M. d. f. 19,29 Proz. des Aktienkapitals. Der Reingewinn beträgt einschließlich Vortrag 2 286 506 M., die wie folgt verteilt werden sollen: 114 400 M. zum ordentlichen Reservefonds, 900 000 M. 4 Proz. Dividende, 22 500 M. Talonunterstützung, 50 000 M. zum Debitorenfonds, 25 000 M. Baureise, 318 918 M. für statuten- und vertragmäßige Lantime für den Aufsichtsrat und die Direktion sowie Vergütungen an die Beamten, 675 000 M. 3 Proz. Superdividende, 130 687 M. Vortrag auf neue Rechnung.

* Vorwärtsverein zu Breslau. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir: Ein auf den verschiedensten Gebieten ereignisreiches Jahr war das Wirtschaftsjahr 1911. Politische Beunruhigungen vor allem waren in hohem Grade dazu angetan, Unruhe in unser Wirtschaftsleben hineinzutragen. Aber alle diese Schwierigkeiten und Verwicklungen haben weder den deutschen Geldmarkt und die Börse, noch unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in ihren Grundfesten zu erschüttern vermocht; vielmehr steht es heute fest, daß das Jahr in der Entfaltung der gewerblichen Tätigkeit Deutschlands im allgemeinen einen recht bemerkenswerten Fortschritt gebracht hat. Hervorzuheben ist, daß die erhöhten Ansprüche, die an die Banken und nicht zum wenigsten an die Reichsbank gestellt wurden, hervorgehoben zum Teil durch die neuen Steuern und Belastungen von Handel und Gewerbe, teils durch die Teuerung der allernotwendigsten Lebensmittel, in vollem Maße befriedigt worden sind. Das sich ergebende gesteigerte Kreditbedürfnis führte allerdings eine Anspannung des Geldmarktes herbei, die zwar in der Wirtschaftslage begründet erschien, die aber doch zu dem Bedenken einer Kreditüberpannung und deren Folgen dringend Veranlassung gab. Der Verein kann mit gewisser Befriedigung auf das Geschäftsergebnis des verfloßenen Jahres zurückblicken. Trotz mancher Verluste, die bei seiner gewinnorientierten und rein menschlichen Tendenz nicht ausbleiben können, ist er in der Lage, bei angemessener Stärkung der Reserven und bei gewissenhaftesten Abschreibungen eine Dividende von 5 Prozent der Generalversammlung vorzuschlagen. Die Mitgliedszahl ist von 4205 Anfang 1911 auf 4388 Ende des Jahres gestiegen mit einer Kassensumme von 2 439 000 M. Kredite standen am 1. Januar 1911 aus 5 725 179 M. und Ende 1911 5 933 056 M. Die Gesamtzahl der im Jahre 1911 angekauften Wechsel betrug 27 746 Stück. Das Mitglieder Guthaben betrug am 1. Januar 1911 883 568 M. und Ende 1911 890 174 M. Der Reservefonds betrug am 1. Januar 1911 185 758 M., die Spezialreserve 96 689 M., der Rückgehaltreservefonds 106 128 M., die Spareinlagen betrugen am 1. Januar 1912 4 242 428 M. Auf Depositionen und Scheckkonto betrugen die Einlagen am 1. Januar 1911 1 393 714 M. und am 1. Januar 1912 1 440 633 M. Der Bruttogewinn beziffert sich auf 180 508 M., der Reingewinn auf 59 445 M., der wie folgt verteilt werden soll: 5 Proz. Dividende 44 509 M., Vertretung auf dem Allgemeinen Deutschen Genossenschaftstage und auf dem schlesischen Verbandstage 900 M., Überweisung an den Reservefonds 2242 M., Überweisung an die Spezialreserve 3311 M., Überweisung an den Rückgehaltreservefonds 5000 M., Zuwendungen an den Sumboldverein und die Diakonissenanstalt Bethanien 200 M., Vortrag auf neue Rechnung 2283 M.

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

* Oberschlesische Kohlenwerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 29. d. M. anberaumt. (Siehe Inserat.)

versammlung stehen folgende Anträge: Anzeige des Vorstandes an die Generalversammlung gemäß § 240 Abs. 1 S. 2. G. B. (Verlust der Hälfte des Aktienkapitals), Beschlußfassung über Herabsetzung des Grundkapitals um höchstens 1 620 000 M. durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von höchstens 1:10, Beschlußfassung über Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 1 226 000 M.

* Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei vorm. Th. Köhler Aktien-Ges. Wie im Geschäftsbericht ausgeführt wird, hat sich der Absatz der Fabrikate im abgelaufenen Geschäftsjahre recht lebhaft gestaltet. Der Umsatz hat sich gegen das Vorjahr wieder vergrößert. Die in Cassen hergestellten Bauten sind in eigener Regie ausgeführt und zu den Selbstkosten verbucht. Die Rückstellungen hierfür wurden mit 144 061 M. in Anspruch genommen. Die Instandhaltung der Gebäude, des Maschinen- und Betriebsinventars wurde mit 107 085 M. aus dem Betriebe bestritten. Die Beteiligungen haben wieder eine angemessene Verzinsung erbracht. Der Reingewinn stellt sich, nachdem auf die Inventarkonten 257 732 M. (252 489) zur Abschreibung gelangen, auf 683 387 M. (680 386). Es wird beantragt: Dem Spezialreservefonds 30 000 M. (45 000), 40 000 M. (wie i. V.) zur Dotierung des Erneuerungsfonds 40 000 M. (wie i. V.), dem Baureparaturfonds 65 000 M. (50 000) für den Montagehalle-Neubau, 40 000 M. (40 000) Beamten-Unterstützungsfonds, 33 632 (33 274) dem Aufsichtsrat und nach Zahlung einer 14 Proz. Dividende 14 755 M. (12 062) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Reservefonds der Gesellschaft belaufen sich nunmehr auf 1 509 157 M. gleich 50,3 Proz. des Aktienkapitals. Bei Abfassung des Berichtes war die Gesellschaft in befriedigendem Umfang beschäftigt. In der Bilanz erscheinen wieder 11 Konten mit je einer Mark auf Buche. Die diversen Immobilien-Konten betragen zusammen 474 000 M. (510 000) Kasse, Wechsel, Effekten und Beteiligungen betragen 2 837 450 M. (3 031 702), die Debitoren 1 407 509 M. (1 724 207). Das Warenkonto 1 045 679 M. (534 948).

* Ostau-Friedländer Eisenbahn. Im Inseratenteil befindet sich die Liste der zur Rückzahlung am 1. September gezogenen Prioritätsobligationen.

* Kohlenwagengesellschaft. In Oberschlesien wurden am 6. März 11 427 (1911: 9729) Wagen gestellt.

* Neueste Handelsnachrichten. Berlin, 7. März. (Eigener Fernsprechdienst.) — Bezugsrecht: Wittener Stahlröhren 22 Proz. bezug und Geld.

— Dividendenborse: Kronprinz Metallindustrie 22 Proz. nicht wie gemeldet 32 Proz. (27 Proz.), Aktiengesellschaft Bergbau 6 Proz. (3 Proz.), Deutsche Transport-Verkehrs-Gesellschaft 300 M. pro Aktie (240 M.), Deutsche Rück- und Mitversicherungsgesellschaft 135 M. (112,50 M.), Union, Allg. Berl.-Aktiengesellschaft Berlin wieder 20 Proz. = 120 M., Metallwerke Aktiengesellschaft vorm. Luden u. Steffen 6 (2) Proz., Allgemeine Gas-Aktiengesellschaft zu Magdeburg 6 (6) Proz., Nordische Aktienbank für Handel und Industrie 12 1/2 (12 1/2) Proz., Afrimische Comp. in Berlin 6 (17) Proz., Deutsche Leventine 6 (0) Proz. und Kapitalerhöhung um 3 Millionen Mark.

— Die Ludwig Löwe u. Co. Aktiengesellschaft verzeichnet in ihrem Jahresabschluß einen Gewinn von 2 574 119 M. gegen 2 235 222 M. im Vorjahr. Derselbe soll mit 972 787 M. gegen 858 229 M. im Vorjahr zu Abschreibungen und mit 1 350 000 M. zur Zahlung einer Dividende von 18 Proz. gegen 18 Proz. im Vorjahre verwendet werden. Auf neue Rechnung werden 71 466 M. gegen 62 148 M. im Vorjahre vorgetragen. Die Generalversammlung findet am 2. April statt.

— Der Abschluß der Allgemeinen Petroleum-Industrie A.-G. ergibt einen Überschuß von 821 889 M., der abgeschrieben werden soll.

— Die Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken verteilen nach reichlichen Abschreibungen wiederum 9 Prozent.

— Auf der Tagesordnung der am 28. d. M. stattfindenden Generalversammlung der Aktiengesellschaft Georg J. Zasmaki in Dresden steht auch ein Antrag auf Erhöhung der Grundkapitals um 4 Millionen Mark.

— Die Generalversammlung der Preussischen Hypothekendarlehenbank setzte die Dividende auf 6 Proz. fest. Der Direktor der Inhab.-Bausparbank, Gustav Richter, wurde neu in das Kuratorium gewählt. Bezüglich der Aussichten lasse sich, wie die Verwaltung berichtet, noch nichts Bestimmtes sagen. Der Geschäftsgang im Januar und Anfang Februar sei ganz leidend und der Standbriefabsatz den Verhältnissen entsprechend befriedigend gewesen. In den letzten Wochen sei in dessen eine Steigung im Standbriefabsatz eingetreten.

— Die „Reptun“-Wasserleitungsgesellschaft und Unfallversicherungsgesellschaft beabsichtigt, als neuen Versicherungs-zweig die Feuerversicherung aufzunehmen und gleichzeitig ihr Kapital von 2 auf 3 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 850 M. pro Stück angeboten werden.

— Der Verband des Deutschen Stahlwerkverbandes betrug im Februar rund 504 000 t gegen 478 587 t definitiv im Januar.

— Nach dem „B. B. C.“ hat ein chinesischer Angestellter der Filiale der Deutsch-asiatischen Bank in Tsinanfu, der im Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung geflohen ist, 50 000 Taels von Gelbber der Bank mitgenommen. Außerdem hat sich herausgestellt, daß dieser chinesische Beamte für eigene Rechnung Depositen angenommen hat.

* Hamburg, 7. März. In der heutigen Aufsichtsratsitzung der deutschen Leventine wurde die Bilanz für 1911 vorgelegt. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. vorzuschlagen. Der Betriebsergebnis beträgt 3 113 607,84 M. (im Vorjahr 1 657 057,37 M.), die Abschreibungen auf Schiffe 1 628 481,74, Rückstellungen auf Reparatur- und Erneuerungsfonds 250 000 M., auf Spezialreservefonds 250 000 M., auf Reservefonds 1 172 102,07 M. (im Vorjahre 922 168,53 M.). Der Generalversammlung soll ferner ein Antrag vorgelegt werden, das Grundkapital der Gesellschaft um 3 Millionen auf 12 Millionen Mark zu erhöhen. Die Emission der neuen Aktien wird nach einer vorliegenden Offerte einem Konsortium unter Führung der Handelsvereinigung U

* Couponsteuer. † Coupon in fremder Valuta. ? Vorgeschlagene Dividende.
Beim Zinstermin bzw. Geschäftsjahr bedeuten 1.—12. die Monate Jan. bis Dez.

Deutch. Reichsb. 6, Lomb. 6, Privatbank 4 1/2 Proz.	Lias- arm's	Leizter Kurs.	Polnische Pfandbriefe Sachw. Staat-Pfand 1881	1.7. 4 1/2 * 5 1 1/2	93.80 c 97.85 c
--	----------------	------------------	--	-------------------------	--------------------

[illegible]

Patzschhof	10	14	12	997.50	238.50	G	Kable Porzellan	1.
Schöneb. Schindlerwerk	10.	11	9	228.75	226.75	bG	Rapier Maschinen	1.
Schultheiss	9.	15	14	254.50	254.50	bG	Rattowitzer Bergbau	4.
Brieser Stadttheater	9.	5 1/2	5 1/2	101.75	101.75	G	Wiedner & Co.	7.

187	12	325,00bg	323,00bg	221,40bg	242,90bg
	0	69,50 g	69,50 g		
14	12	243,10bg	243,50bg		
30	30	400,50bz	396,00bg		

Kolonial-Antelle.

Ostei Min. u. L. 1 SL = 100 Mk. 1 fro 8 1/2 10 1 89,40bg 89,50bg

der großen Arbeiterbewegungen, wie dem jetzigen Streik der Kohlenarbeiter, wo auch die Dampfer für den Getreideimport stillgelegt worden sind, in die Gefahr des Verhungerns getrieben. Ich möchte nur wünschen, daß wir vor solchen Zuständen, wie sie jetzt in England durch den Freihandel herbeigeführt worden sind, bewahrt bleiben. Auf dem Schutze der nationalen Arbeit beruht unsere ganze Erwerbstätigkeit, beruht unsere politische Existenz und Selbständigkeit. Sollen wir, daß dieser Grund uns allezeit erhalten bleibt, (Lebhaftes Beifall rechts, Rischen links.)

Abg. Götting (natlib.): Bei dem Eintragen in den Sparkasten sind die kleinen Leute sehr wohl beteiligt. Die Statistik beweist es. Die Sparkassen sind eine ausgleichende Kraft für das Emporsteigen in höhere wirtschaftliche Kreise. Die Kleinarbeit hat eine nach Milliarden zählende Kapitalkraft hinter sich. Auch für die Arbeitslosigkeit bieten die Sparkassen eine enorme Sicherheit. Man darf nicht geringfügig denken von dieser Art Selbsthilfe. (Beifall.)

Abg. Weinhausen (Vpt.): Am Schluß der diesmaligen sozialpolitischen Debatte zeigt sich, daß die Mittelstandsfraßen im Vordergrund der Erörterung standen. Der Eindruck im Lande, den die Rechte durch die Mittelstandsfraßen erwecken wollte, wird nicht erzielt. Dem steht die Verteuerungspolitik der früheren Mehrheit entgegen. Am Anfang aller Erfolge steht die Organisation. Deshalb soll sich der Mittelstand organisieren, aber in großzügigem Sinne. Unser Antrag auf Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechts dürfte einmütig angenommen werden, da wir gegen den Terrorismus eine Waffe schmieden wollen. Ein Arbeitswilligkeitsgesetz würde die Gegenläufe unter den Arbeiterorganisationen nur verschärfen und verbittern. Dagegen fordern wir Förderung der Tarifverträge und die Schaffung von Einigungsämtern mit obligatorischem Verhandlungszwang. Im Ruhrkohlengebiet spinnt sich eine Bewegung an, die unter Umständen zu einem noch nicht gekannten wirtschaftlichen Kampf führen kann. Unsere Regierung steht untätig zu, der Staatssekretär wartet, wie immer, bis große materielle Verluste auf dem ganzen Wirtschaftsgebiet zu verzeichnen sind. (Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion über das Gehalt des Staatssekretärs. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Über die zu dem Titel vorliegenden Resolutionen wird nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten erst in dritter Lesung abgestimmt werden.

Die übrigen Beschlüsse für das Reichsamt des Innern werden ohne Debatte bewilligt. Bei den allgemeinen Fonds tritt

Abg. Reus für eine Förderung des Experiments auf internationalem Wege ein.

Abg. Dr. Dahlem (Ztr.) bittet die Regierung, Vorfrage zu treffen, daß der Rauchplage der Dampfer, durch welche namentlich der Wein- und Obstbau am Rhein schwer geschädigt werde, ein Ende gemacht wird.

Darauf wird gegen 5 1/2 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Vorher Präsidentenwahl.

Landtag.

Herrenhaus.

SS Berlin, 7. März.

Das Herrenhaus erledigte heute eine Reihe kleinerer Vorlagen zum Teil ohne Debatte. Eine solche fand hauptsächlich über die Vorlage betreffend die arbeitscheuen Unterhaltungs-pflichtigen, die mit einigen Änderungen genehmigt wurde, und über die Vertretung der Berliner Synagogengemeinden statt.

Morgen folgen die Knappschäftsnotelle, die Lotterieverträge und anderes.

3. Sitzung.

* Berlin, 7. März, 2 Uhr. Am Regierungstische: Schönm. Das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder wird in der üblichen Weise gelehrt.

Es folgen Mitteilungen über die neu in das Haus berufenen Mitglieder.

Berichterstatter Oberbürgermeister Koerte-Königsberg referiert über die Verhandlungen in der Kommission über den Gesetzentwurf betr. Ausübung der Armenpflege bei arbeitscheuen und säumigen Mährpflichtigen. Nach dem Gesetzentwurf sollen Arbeitscheue, die sich böswillig der Unterhaltungs-pflicht ihrer Angehörigen entziehen, in einer öffentlichen Arbeitsanstalt untergebracht werden können. Nach den Beschlüssen der Kommission soll auch die Unterbringung in einer staatlich als geeignet anerkannten Privatanstalt erfolgen können. Ferner hat die Kommission die neue Bestimmung getroffen, daß auch Kinder, welche die Unterhaltungs-pflicht gegenüber Eltern verstoßen, der Arbeitsanstalt überwiesen werden können.

Der Berichterstatter empfiehlt Annahme des Gesetzentwurfes nach den Beschlüssen der Kommission.

In der Generaldebatte führt

Unterstaatssekretär Goltz aus: Daß ein praktisches Bedürfnis vorliegt, um den Arbeitszwang für Arbeitscheue einzuführen, wird in diesem Hause wohl nicht bezweifelt. Die Vorschriften des Strafgesetzbuches haben in dieser Beziehung nicht ausgereicht. Die Armenverbände müssen durch gesetzliche Bestimmungen davor bewahrt werden, daß sie nicht in ungerechtfertigter Weise zu den Kosten der Unterhaltung der Arbeitscheuen herangezogen werden. Reichsgesetzliche Bedenken liegen nicht vor. Bedenken können ja dagegen erhoben werden, daß die Vorschriften des Gesetzes auch auf Kinder ausgedehnt werden sollen. Man kann vielleicht sagen, daß Kinder eher der Fürsorgeerziehung als dem Arbeitszwang überwiesen werden müssen. Aber diese Bedenken sind nicht schwerwiegend. Ich möchte den Schwerpunkt des Gesetzes in der vorbeugenden Wirkung erblicken. Diese hat sich auch bei dem früheren Gesetz, das bis zum Jahre 1871 in Geltung war, bewährt. Es handelt sich bei dem Gesetze insbesondere darum, einem schweren Schaden entgegenzutreten, nämlich zu verhindern, daß diejenigen, die die Pflicht haben, für Angehörige zu sorgen, diese Pflicht auf die Allgemeinheit abwälzen. Ich bitte die Vorlage in der Fassung der Kommission anzunehmen.

Oberbürgermeister Kirchner-Berlin. Das Bedürfnis, einen Arbeitszwang einzuführen, wird überall auf das lebhafteste empfunden. Die Zahl der Arbeitscheuen ist vielleicht nirgends so groß, wie in Berlin, wo das städtische Obdach häufig überfüllt ist. Nichtsdestoweniger kann ich für das Gesetz nicht stimmen, weil ich erhebliche Bedenken dagegen habe. Es handelt sich um eine strafrechtliche Materie, und insofern ist das Reich in dieser Frage zuständig. Ich halte den Grundgedanken der Trennung der Zuständigkeiten der Verwaltung für eine so fundamentale Säule des Rechtsstaates, daß ich es für höchst bedenklich halte, wenn dagegen verstoßen wird, wie es mir bei diesem Gesetz der Fall zu sein scheint. Ich erinnere an den Ausdruck Friedrichs des Großen, daß vor dem Gesetz der Bettler und die Majestät gleich sind.

Damit schließt die Generaldebatte.

§ 1 Unterhaltungs-pflicht der Armenverbände wird ohne Debatte angenommen.

Zum grundlegenden § 1 a, in welchem Bestimmungen über die Unterbringung der Arbeitscheuen getroffen werden, begründet Dr. von Dziembowski seinen Antrag, wonach die Unterbringung nicht erfolgen soll, wenn der säumige Mährpflichtige erwerbsfähig ist.

Oberbürgermeister Bender-Breslau wendet sich gegen den Kommissionsbeschuß betr. die Einbeziehung der Kinder in das Gesetz. Jedenfalls müßten die Kinder unter 16 Jahren ausgenommen werden, im übrigen müßte die Angelegenheit reichs-gesetzlich geregelt werden.

Oberbürgermeister Dr. Koerte-Königsberg. Ich kann die Bedenken des Oberbürgermeisters Kirchner nicht als berechtigt anerkennen. Es handelt sich gar nicht um eine strafrechtliche Materie. Man wird anerkennen müssen, daß die persönliche Freiheit in dem neuen Gesetz viel mehr gewahrt ist, als es bisher der Fall war. Das ist vor allem der Einführung des mündlichen Verfahrens zu danken. Wenn wir uns darin einig sind, daß das Bedürfnis ein so großes ist, so müssen wir versuchen, den Weg zu geben, der in dem Gesetz gewiesen ist, zumal Hamburg recht gute Erfahrungen mit dem Arbeitszwang gemacht hat.

§ 1 a wird in der Fassung des Antrages von Dziembowski angenommen, der außer der angeführten Bestimmung sich im

wesentlichen an die Fassung der Kommission anschließt. Im übrigen wird das Gesetz ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, die auch die Überschrift des Gesetzes folgendermaßen geändert hat: „Gesetz über die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterhaltungs-pflicht.“

Es folgt die Beratung über das Ausführungsgesetz zur Maß- und Gewichtsordnung. Dr. von Dziembowski berichtet über die Verhandlungen in der Kommission, die nur unwesentliche Änderungen vorgenommen hat. Nach dem Gesetzentwurf wird gemäß der Reichsmaß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908, die durch kaiserliche Verordnung vom 24. Mai 1911 in Kraft getreten ist, das Gesetz vom 26. November 1889, nach welchem die Eichämter Gemeindeanstalten waren, aufgehoben. Die bisherige polizeilich-technische Revision soll durch die regelmäßige Nachschau ersetzt werden und an die Stelle der Gemeindeeichämter sollen staatliche Behörden treten.

Der Gesetzentwurf wird en bloc angenommen.

Über den Gesetzentwurf betr. die Vertretung der Berliner Synagogengemeinde erstattet der Kommissionsbericht

Oberbürgermeister Kirchner. Nach dem Gesetz vom 23. Juli 1847 ist die Höchstzahl der Vorstandsmitglieder einer Synagogengemeinde auf sieben festgesetzt, die ihr Amt unentgeltlich zu führen haben. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf kann die Zahl der Vorstandsmitglieder der Berliner Synagogengemeinde durch die Satzung dieser Gemeinde auf die Höchstzahl von 15, die Zahl der Repräsentanten auf höchstens 45 festgesetzt werden. Ferner soll die Vorlage die Möglichkeit geben, daß die Vorstandsmitglieder bis zu einem Drittel ihrer Gesamtzahl gegen Besolung angestellt werden. Ich kann die Annahme dieser Vorlage empfehlen. Von der Synagogengemeinde Breslau ist ferner eine Petition eingelaufen, die darauf hinweist, daß diese Gemeinde jetzt 20 000 Mitglieder umfasse, daß zwei Synagogen vorhanden wären, 20 Gebäude zu verfallen seien usw. die Petition bittet, daß in allen Synagogengemeinden die Zahl der Vorstandsmitglieder und Repräsentanten erhöht und die Besoldung von Vorstandsmitgliedern zugelassen wird. Mit dieser Petition bedt sich ein von Oberbürgermeister Bender gestellter Antrag. Es ist zu empfehlen, diesen Antrag durch Einfügung eines weiteren Paragraphen in die Vorlage anzunehmen und dadurch die Petition zu erledigen. Dann liegt aber von konfessions-jüdischer Seite eine Petition vor, die dringend um Ablehnung dieses Gesetzes-entwurfes ersucht, weil durch ihn die Tradition vollständig durchbrochen wird und auch die vorhandenen Mißstände nicht gehoben sondern nur verschlimmert werden. Diese Petition stützt sich auf eine starke Minorität. Denn bei den letzten Gemeindevahlen sind 5500 liberale und 3900 konfession-jüdische Stimmen abgegeben worden. Ich bitte Sie, der Petition jedoch keine Folge zu geben, da die Zustände einer dringenden Reform bedürfen.

Landrat von Endow. Da diese Petition noch nicht einmal in die Hände aller Mitglieder gelangt ist und recht schwerwiegende Bedenken gegen das Gesetz erhoben werden, so bitte ich, den Gesetzentwurf der Kommissionskommission zu überweisen.

Graf von Döppelshoff. Die Minorität, die der konfession-jüdischen Richtung angehört, befindet sich in einer wirklichen Gewissensnot. Die vorhandenen Mißstände werden nicht beseitigt, sondern deren Beseitigung sogar ins Ungemessene hinausgerückt. Die Zurückweisung an die Kommission ist der einzig richtige Weg.

Der Gesetzentwurf wird der Kommissionskommission überwiesen.

Die Gesetzentwürfe betr. die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Dirschau und Br. Stargard, betr. Änderung der Amtsgerichtsbezirke Meise und Neuenburg, betr. die Änderung der Landgerichtsbezirke Duisburg und Meise und betr. Änderung der Amtsgerichtsbezirke Dörm und Geestmünde werden ohne Debatte unanversändert angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen: Vorbereitung neu eingetretener Mitglieder, Gesetz betr. Abänderung des Vergütungsgesetzes, Gesetzentwurf betr. Ausbau der staatlichen Doppelschiffanlagens, Staatsvertrag zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten betr. Regelung der Lotterieverhältnisse, kleinere Vorlagen, Rechnungsachen.

Präsident von Wedel-Riesdorf teilt mit, daß, wenn die Tagesordnung morgen erledigt werden sollte, am Sonnabend keine Sitzung mehr stattfinden würde. In der letzten Märzwoche würde das Haus noch einmal zusammentreten, um über das Sparfassen-gesetz zu beraten.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

SS Berlin, 7. März.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute vollends den Etat des Finanzministeriums. Die Forderung für eine Anzahl selbständiger Kommissare für Steuerveranlagung wurde genehmigt; der einschränkende konservative Antrag über diesen Gegenstand wurde zurückgezogen. Bei dem Etat des Finanzministeriums im engeren Sinne wurden Mittel zur Hebung des Kurses der Staatspapiere erörtert. U. a. betonte der Nationalliberale Fritsch, daß die Vergebung von Staatspapieren im Januar nur einen recht mäßigen Erfolg gehabt habe. Der Minister Lenke führte aus, die Verwaltung suche nach zwei Richtungen Abhilfe, indem sie einen größeren Kreis von festen Abnehmern zu schaffen suche und bei der Ausgabe neuer Anleihen sich zurückhalte. Außer der bereits dem Landtage zugegangenen Vorlage über die Verpflichtung der Sparfassen zur Anlegung eines Teiles der Gelder in Staatspapieren befände sich eine ähnliche Vorlage in bezug auf die Privatversicherungsgesellschaften in Vorbereitung. Weiter brachten mehrere Abgeordnete Wünsche in bezug auf Einschränkung der Dienststellen, Aufbesserung von Beamten, Steuererhöhungen und Wohnungsgeldklassen vor. Bezüglich der Wohnungsgeldklassen verhielt sich die Regierung gegenüber diesen Wünschen auf Heraus-forderung der defizitierten Orte ablehnend. Die Ostmarkenzulagen wurden von dem Polen Minister und dem Sozialdemokraten Vorchardt angegriffen und von den Freikonservativen Wagner und Wamdohr verteidigt.

Morgen wird der Etat der Bauverwaltung beraten.

31. Sitzung.

* Berlin, 7. März. Am Ministertische: Dr. Lenke. Präsident Frhr. von Gersa eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Zunächst wird die zweite Beratung des Etats beim Etat der direkten Steuern fortgesetzt, und zwar bei dem an die Budgetkommission zurückverwiesenen Titel, betr. die Anstellung von besonderen Vorstehenden der Veranlagungskommissionen. Zugleich mit diesem Titel war der Antrag von Hennings-Teichlin (Konf.) an die Kommission zurückverwiesen worden, nach welchem diese besonderen Beamten nur für Kreise angestellt werden sollten, in denen die Veranlagung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist.

Die Budgetkommission beantragt, mit Rücksicht auf die Erklärungen des Ministers in der Kommission, in welchen Fällen diese Beamten anzustellen sind, den Antrag von Hennings für erledigt zu erklären.

Das Haus beschließt demgemäß, nachdem Abg. v. Hennings-Teichlin (Konf.) die Erklärung des Ministers in der Kommission als ausreichend bezeichnet hat.

Es folgt die Beratung des Etats des Finanzministeriums.

Auf Vortrag des Abg. Dr. Friedberg (Natlib.) wird zunächst über die Anleihefrage verhandelt.

Abg. Dr. v. Brüning (Konf.): Mit dem in der Kommission gemachten Vorschlag, zum Zwecke der Hebung des Kurses der preussischen Staatspapiere, die bei den Emissionen beteiligten Banken stärker zu interessieren, können wir uns nicht einverstanden erklären. Wohl aber müßte der Versuch gemacht werden, kleineren Kapitalisten die Emissionen in gleicher Weise zugänglich zu machen. Wir glauben, daß man Staatsanleihen auch ohne die Banken aufnehmen kann. Wir verhehlen uns die Schwierigkeiten natürlich nicht, sehen aber einen großen Vorteil schon darin, wenn über-

haupt der Versuch gemacht würde, kleinen Rentnern die Staatsanleihen näher zu bringen. Wie man bei dem Staatsanleihegesetz erhebliche Fortschritte durch die letzten Maßnahmen in der Heraus-gabe kleiner Kapitalisten gemacht hat, so wird auch bei der Staatsanleihe mit der Zeit ein erheblicher Fortschritt zu erzielen sein.

Abg. Fritsch (Natlib.): Der Erfolg der letzten Emission vom Januar, die nur mit 53 Millionen überzeichnet worden ist, kann nicht als besonders befriedigend bezeichnet werden. Was den internationalen Geldmarkt betrifft, so kommt in erster Linie in Betracht, daß der politische Horizont in letzter Zeit nicht immer so ungetrübt war, als es wünschenswert war. Dazu kommen noch der große Arbeiterstreik in England. Und auch bei uns ist ein Vertrauensverlust ausgedehnt, da nicht ausgeschlossen. Die starke Inanspruchnahme des Geldmarktes ist auf das Kreditbedürfnis der Industrie zurückzuführen, was ja ein Zeichen dafür ist, daß Handel und Wandel bei uns blühen. Um den Kurs der Staatsanleihen zu heben, wird es zweckmäßig sein, daß Banken und Versicherungsanstalten einen Teil ihrer Reserven in Staatsanleihen anlegen. Eine Abwanderung deutschen Kapitals nach dem Auslande betrifft, so hat bereits der Finanzminister in der Kommission erklärt, daß nach seinem Dafürhalten der Erwerb ausländischer Werte noch nicht einen Umfang angenommen hat, der eine Gefährdung für unseren Geldmarkt darstellt. Wir halten es für nützlich, daß ein gewisser Bestand von internationalen Werten in den Händen unserer Publikums und unserer Institute sich befindet.

Abg. Götting (Vpt.): Der niedrige Stand der Staatspapiere rührt daher, daß erhebliche Mittel in industriellen Unternehmungen festgelegt sind. Dieser niedrige Stand ist aber für uns kein Grund dagegen, das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung durch Anleihen zu decken. Wenn es sich vielleicht auch rechtfertigen läßt, die Sparfassen zu zwingen, einen Teil ihrer Reserven in Staatspapieren anzulegen, so ist doch kein Grund vorhanden, die Versicherungsanstalten dazu zu veranlassen. Unsere Finanzlage ist so, daß wir trotz mehr Anleihen aufnehmen können.

Finanzminister Dr. Lenke: Wenn auch die Finanzlage Preußens durchaus gestatte, mehr Anleihen aufzunehmen, so muß das doch mit der allergrößten Vorsicht geschehen. Die preussischen Papiere sind die sichersten, die es nur geben kann. Der Staat würde ohne Zweifel auf die Dauer Schaden leiden, wenn wir jährlich mit größeren Anleihen als notwendig wäre, an den Markt herantreten würden. Die Frage des Kursstandes ist Gegenstand der ernstesten Erwägungen. Wir müssen einen größeren Kreis von festen Abnehmern suchen, und dann müssen wir möglichst zurückhaltend in der Ausgabe neuer Anlagen sein. Abg. Fritsch hat gewürdigt, daß auch die Privatversicherungsanstalten zur Anlage eines Teiles ihres Vermögens in Staatspapieren herangezogen werden sollen. Dafür ist die Reichsgesetzgebung zuständig, und es schweben zur Zeit Erwägungen über betrieblige gesetzliche Maßnahmen. Selbstverständlich können diese Versicherungsgesellschaften nicht in dem Maße herangezogen werden, wie wir das bei den Sparfassen beabsichtigen. Das Gesetz zur Heraus-gabe der Sparfassen liegt gegenwärtig dem Herrenhaus vor. Dem Abg. Brüning möchte ich erwidern, daß die kleineren Stücke der Staatsanleihen 100 Mk. betragen. Weiter herunterzugehen tragen wir Bedenken. Für die kleineren Ersparnisse sind die Sparfassen da. Im übrigen ist die Erwerbung von Staatspapieren durch das Staatsschulbuch außerordentlich erleichtert. Durch Erweiterung des Abnehmerkreises und durch möglichst Zurückhaltung in der Ausgabe von Anleihen werden wir bemüht sein, den Kurs der Staatsanleihen zu heben, jedenfalls ein Verabreden zu verhindern.

Abg. Götting (Vpt.): Daß die Staatspapiere nicht so viel gekauft werden, liegt daran, daß sie niedrigere Zinsen abwerfen als andere Anlagen.

Abg. Dr. Reuholdt (Konf.): Wichtig ist, daß die Abneigung gegen die Staatspapiere auf den geringen Zinsfuß zurückzuführen ist, dafür bieten sie aber die Garantie der Sicherheit.

Abg. Windler (Konf.): Wir begrüßen es, daß der kleine Mann jetzt sein Geld ohne Vermittlung von Banken in Staatspapieren anlegen kann. Die diesbezüglichen heute hier ausgesprochenen Bestrebungen der Regierung können wir nur unterstützen.

Damit schließt diese Aussprache.

Abg. Dr. Schröder-Cassel (Natlib.) fragt an, welche Ersparnisse durch das neue Reifeleihen-gesetz erzielt würden. Die Zahl der Reifeleihen müßte eingeschränkt werden.

Abg. Dr. v. Brüning (Konf.): Wenn auch in der Kommission von der Regierung die Befürchtung ausgesprochen worden ist, daß in manchen Fällen die nach diesem Gesetz gewährte Reifeleihen-entschuldigung die tatsächlichen Ausgaben nicht decken würde, so haben wir doch das Vertrauen, daß derartige Übelstände vermieden werden.

Abg. Delfus (Vpt.): Die Stellenzulagen für Unterbeamte sind nur unzureichend. Wir wünschen feste Normen, damit jede Willkür ausgeschlossen ist.

Abg. Dr. Liebmacht (Soz.): Die Besoldungsordnung ist den niederen Beamten nicht gerecht geworden; daher möge man sie durch Steuererhöhungen entschädigen.

Abg. Dr. Könia (Ztr.) führt aus, daß bei der Festsetzung der defizitierten Orte fiskalische Interessen mitgewirkt hätten.

Finanzminister Dr. Lenke: Wenn der Vorredner etwa hat sagen wollen, daß die Regierung das Resultat der Ermittlungen in fiskalischem Interesse beeinflusst hätte, so muß ich dagegen entschieden Verwahrung einlegen. Nichts hat der Regierung ferner gelegen. Da letzterzeit das Reich nicht mit der Forderung des Wohnungsgeldzuschusses vorwärts kam, erhöhte Preußen selbständig den Wohnungsgeldzuschuß. Hinterher regelte das Reich seinerseits den Wohnungsgeldzuschuß neu und da entstand der große Übelstand, daß in derselben Stadt die preussischen Beamten einen anderen Wohnungsgeldzuschuß hatten, als die Reichsbeamten. Das mußte natürlich geändert werden; der preussische Wohnungsgeldzuschuß mußte auf den Tarif des Reichs gebracht werden. Dadurch haben allerdings in einer Reihe von Orten die Beamten andere Wohnungsgeldsätze erhalten, als bis dahin in Preußen galten, daß aber die Beamten geschädigt sind, ist nicht zutreffend, denn sie erhalten ihren bisherigen Wohnungsgeldsatz, bis eine Ausgleichung in den Gehaltszulagen erfolgt ist. Wenn Sie genauer aufsehen, werden Sie sogar finden, daß die Beamten einen Vorteil haben. Sie erhalten Jahr ein Jahr aus den erhöhten Wohnungsgeldzuschüssen, er vermindert sich nur nach Maßgabe der Steigerung der Alterszulagen. Das Reich hatte als einheitlichen Maßstab für sämtliche Orte den Einheitszimmerpreis festgesetzt. Von vielen wurde dann behauptet, dieser Maßstab stimme nicht, weil nicht alle anderen örtlichen Verhältnisse berücksichtigt seien. Ein Maßstab aber, der alle Verhältnisse gleichmäßig umfaßt, gibt es überhaupt nicht. Bei einer Nachprüfung ergab sich, daß unsere Statistik durchaus zutreffend war, und das ist auch von der Reichstagskommission anerkannt worden. Bei einer neuen Aufnahme wurde von dem Einheitszimmerpreis Abstand genommen. Es wurde vielmehr als durchschnittliche Beamtenschaft eine Vierzimmerwohnung zu Grunde gelegt. Da einzelne Beamten mehr Zimmer haben, wurde von deren Zahlwerken allerdings Abstand genommen, aber diese sind doch zum Vergleich mit herangezogen worden. Bei dieser Aufnahme haben die Beamten die Karten selbst ausgefüllt. Die neue Aufnahme hat ergeben, daß die frühere Aufnahme durchaus zutreffend, das Wohnungsbedürfnis also richtig ermittelt war. Wenn man fragt, wann die Beamten mehr Geld erhielten, sie für eine bessere Wohnung würden sorgen können, so verliert man damit jede Grundlage. Die ganzen Klagen über die Defizitierung sind unberechtigt. Wir würden mit Freuden mehr Mittel aufwenden, wenn sich herausstellte, daß die Grundlagen für die Klassierung falsch gewesen sind. Die Aufnahme der neuen Statistik ist nicht vom Reich erfolgt, sondern von Preußen; nur die Grundätze sind vom Reich aufgestellt. Die Regierung hat in keiner Weise aus fiskalischem Interesse Einfluß geübt, sie hat selbst den lebhaften Wunsch, daß die ewigen Klagen aufhören. Diese Klagen sind nicht annehmbar, aber wenn wir einzelne Orte herausheben wollten, würden wir wieder gegen andere Orte ungerecht handeln, die dann auch höher gekürzt werden müßten. Tatsächlich sind die Grundlagen richtig gewesen, und deshalb ist augenblicklich eine Änderung nicht möglich. Es ist aber von vornherein damals in Auge gefaßt worden, daß die Verhältnisse von Ort zu Ort verschieden können, und wenn nun eine angemessene Wohnung für den Beamten nicht mehr zu be-

(Fortsetzung im vierten Bogen.)

ist, so wird von Preußen Antrag beim Bundesrat gestellt, solche Orte wieder höher zu setzen. Zurzeit läßt sich aber Wohnungsgeldzuschuß nichts ändern.

Abg. Dr. Mizerski (Pol.) fragt an, nach welchen Gesichtspunkten die Ostmarkenzulagen an die Beamten verteilt werden. **Abg. Burchard (Soz.)**: Wir lehnen den ganzen Ostmarkenfonds da er ein Korruptionsfonds ist. Für einen Patriotismus, der bezahlt werden muß, bedanken wir uns. Ebenso lehnen wir Fonds für Gnadenbewilligung ab; wir wollen keine Gnaden, sondern gutes Recht. Wir wünschen eine populäre Steuerreform, wie sie bereits im vorigen Jahre der Abg. Giesberts gebietet hat. (Nedner will dann mehrmals auf die Steuerberatung auf dem Lande eingehen, wird aber wiederholt vom Vizepräsidenten Dr. Krause zur Sache gerufen.)

Abg. Dr. Wagner-Breslau (Fronf.): Meine Freunde sind natürlich damit einverstanden, daß der Dispositionsfonds für die Verpfändungen in den Ostmarken von 2½ Millionen Mark ersten wird. Wir denken gar nicht daran, uns irgendwie dadurch zu fühlen, daß er von polnischer Seite als Korruptionsfonds bezeichnet wird. Eine Rechnungslegung in ausführlicher Weise ist nicht gegeben. Bei allen Dispositionsfonds ist es unumgänglich, daß gewisse Rücksichten genommen werden, und daher ist es auch ganz genau, daß der Fonds seinem Zwecke in jeder Weise zugeführt werden wird. Wir werden ihn jederzeit erhalten lassen. Wenn der sozialdemokratische Nedner sich von dem Fonds für Gnadenbewilligungen aufregt und seinen inneren Stolz vor Königssternen in der schönsten Weise entblößt, so findet er sich auf dem Holzwege. Dieser Fonds ist nicht etwa für besondere Vergünstigungen vorgesehen, sondern er hat einen berechtigten Zweck und würde wahrscheinlich auch in dem gegebenen Zustand nicht entbehrt werden können. Er hat den Zweck, mandem der Verluste erlitten hat im Wege der Gnade einen Anteil zu gewähren, wenn der Schaden wegen der geleisteten Bestimmungen anders nicht ausgeglichen werden kann. Es ist also ein üblicher, im verächtlichen Weise als Merkmal der korrupten, unehrlichen Gesellschaft hinzustellen. In der Petitionskommission fährt man oft, daß nur durch königliche Gnade geholfen werden kann, wenn man den Petenten irgend eine Unterstützung zuwenden lassen will. Die ganze Art der Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse ist sehr zu bemängeln. Die alte Auffassung von 1873 ist entsetzlich aufzufassen. Als Statistiker kann ich nicht zugeben, daß es rechnerisch und praktisch nicht möglich sein würde, die besonderen Verhältnisse auch außerhalb der Wohnungsgeldzuschüsse richtig zu erfassen, wenn es auch eine langwierige Rechenscheit sein mag. Der Amtsvorstand des Finanzministeriums sagte damals zu, die Petitionen der defizitierten Orte sorgsam zu prüfen. Trotzdem sind nur 20 Proz. der defizitierten Orte wieder in dem richtigen Platz eingereiht. Mein Wahlkreis ist dabei auch leidend. In einer sorgfältigen Statistik aus Beamtenkreisen dort mit vollkommener rechnerischer Richtigkeit nachgewiesen worden, daß bei der Vierzimmertwohnung, die jetzt meines Erachtens zu Unrecht als Grundlage genommen ist der Einheitszimmerspreis über die berühmten 200 Mk., die die obere Grenze der bevorzugten Klasse 1 bilden sollen, sicherlich weit hinausgeht. Die man im Finanzministerium zu einer anderen Zahl gelangte, ist mir unerklärlich. Man hätte diese Rechnung aus dem reichlichen Beamtenbereich in Breslau als richtig annehmen müssen. Darüber kann man ja verschiedene Meinungen sein, welche Wohnungen aus besonderen Gründen auszuscheiden sind. Da werden zwei verschiedene Bearbeiter immer verschiedener Meinung sein können. Im Namen meines Kollegen Kewoldt kann ich das selbe für die Stadt Greifswald sagen, wo die wirtschaftlichen und die Wohnungsverhältnisse von denjenigen in Straßburg nicht abweichen. Greifswald ist gegen Straßburg aber tiefer gestellt. Ich habe schon 1908 nachgewiesen, daß der Wohnungsgeldzuschuß der mittleren Beamten von einem großen Teil dieser Beamten in Breslau nicht aufgebraucht werde, daß diese vielmehr mit billigen Wohnungen begnügen. Aber der Schluß ist falsch, daß darum der Wohnungsgeldzuschuß schon damals zu hoch war. Denn ein Teil des Wohnungsgeldzuschusses wird eben für andere Bedürfnisse der Familie verwendet. Auch der Einwand, daß die Eisenbahnbeamten, die aus dem Unterbeamtenverhältnis zu den mittleren Beamten hinübergehe, Ersparnisse an Wohnungsmieten machen, trifft nicht zu. Ich begrüße die Erklärung des Ministers, daß fortwährend eine Prüfung stattfinden soll und das gegebenenfalls die Defizitierungen wieder rückgängig gemacht werden sollen. Die anderen Bundesstaaten haben auf das Reich nicht Rücksicht genommen, sondern ihren Wohnungsgeldzuschuß zum Teil ganz selbstständig geregelt. Wir aber hier tun alles, um mit dem Reich in Übereinstimmung zu bleiben, werden dafür aber nicht immer von der Bevölkerung des Reichs mit Dank belohnt. Undank ist oft die Konsequenz einer guten Tat. (Beifall b. d. Fronten.)

Abg. Dr. Schröder-Kassel (Natlib.): In der Frage der Verteilung der Wohnungsgeldzuschüsse ist man zu einem ganz neuen System übergegangen, das wenig Zufriedenheit hervorgerufen hat, in die Wohnungsgesetze der mittleren Beamten zu ermitteln, hat man einen unrichtigen Weg eingeschlagen. Unter diesen mittleren Beamten finden sich in den großen Städten sehr viele Beamte die früher Unterbeamte waren und deren Wohnungsgeldzuschuß nur der für die unteren Beamten ist. Diese eigentlichen Unterbeamten haben im wesentlichen einen geringeren Wohnungsbedarf als die mittleren Beamten. Dadurch wird selbstverständlich der Durchschnittssatz der Aufwendungen der mittleren Beamten für ihre Wohnungen ganz erheblich herabgedrückt.

Ministerialdirektor Halle: Das alte System konnte für die Verteilung der Wohnungsgeldzuschüsse nicht mehr innegehalten werden. Die neue Basis schließt sich an die Grundlage die die Reichstagskommission für die Nachprüfung der Petitionen gewählt hat. Bei der Ermittlung der Wohnungsaufstände der mittleren Beamten sind diejenigen Fälle ausgeschieden worden, die bedeutend unter dem Durchschnitt waren, so daß die Ermittlungen sehr wohl das Richtige treffen.

Abg. Debus (Wpt.): Wenn eine generelle Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse stattfindet, werden wir wohl zweckmäßig wieder auf das alte System zurückgreifen müssen.

Abg. Dr. König (Fronf.): Wenn ich in meiner Rede eine Schärfe bemerkbar gemacht hat, so entsprach sie meiner inneren Stimmung. Diese Schärfe ist also richtiger mit Wärme zu überlegen. Der preussische Regierung habe ich nicht den geringsten Vorwurf gemacht, sondern nur dem Reich und dem Bundesrat. Eine Kritik der preussischen Regierung ist hier für mich ausgeschlossen. Ich muß nur auf das schärfste dagegen sprechen, daß man neue Grundätze befolgt, während diese Frage nach den Grundätzen behandelt werden muß, die seinerzeit für die Aufstellung des Dispositionsfonds maßgebend gewesen sind.

Abg. Hamdohr (Fronf.): Die Polen sprechen immer von dem Korruptionsfonds der Ostmarkenzulagen. Als ich mit einem Freunde in Polen war, fragten wir in ganz bescheidener Weise eine Frau nach dem Wege. Da wurde uns in einer so schroffen Weise die Auskunft verweigert, daß mein Freund sagte, wir sollten uns lieber aus dem Staube machen, denn wie könne es uns erst gehen, wenn wir unter die Männer geraten würden. Da wurde uns begreiflich wie der Vorstoß gegen die Deutschen von den Polen getrieben wird. Seitdem verheiß ich vollkommen die Bedeutung der Ostmarkenzulage und weiß, daß sich dort die Deutschen gegen Polen in einer Kampflage befinden.

Abg. Dr. Mizerski bestreitet die Auffassung des Vorredners. Die Frau wurde mißverstanden worden sein.

Finanzminister Dr. Vetter: Der Abg. Dr. König hält seine Vorwürfe aufrecht. Es ist aber auch vom Reich oder vom Bundesrat kein Einfluß auf die statistische Aufnahme geübt worden. Die erste Grundlage wurde vielfach als nicht zutreffend bezeichnet. Deshalb ist man dazu übergegangen, daß man die tatsächliche Mietzahlung für eine Vierzimmertwohnung ermittelte. Anders kann man doch das Wohnungsbedürfnis nicht feststellen. Das Resultat ist ein rein mathematisches, und seine Schärfe kann darauf irgend einen Einfluß üben. Eine Änderung war uns nicht möglich. Denn die neue Aufnahme hat ergeben, daß die erste Aufnahme vollkommen zutreffend war.

Abg. Hamdohr erwidert dem Abg. Mizerski, daß nicht die Verweigerung einer Auskunft an sich, sondern vielmehr die Geistesart mit der die Auskunft verweigert wurde so verlegend war.

Abg. von Hennigs-Tschlin (Konf.) erinnert an die Verhandlungen der gemeinsamen Kommission des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, in denen es damals gelungen sei, einzelne defizitäre Städte wieder herauszufinden, die gerade an der Grenze des ermittelten Wohnungspreises standen. Es müßten im Etat höhere Mittel für den Wohnungsgeldzuschuß eingestellt werden, um solche Städte, die an dieser Grenze standen, von Fall zu Fall herausfinden zu können.

Der Titel der Ministergehalts wird bewilligt, einige Petitionen um Gewährung einer Notstands- oder Feuerungszulage an alle gering besoldeten Staatsbeamten werden nach dem Antrag der Budgetkommission der Regierung als Material überwiesen.

Über den Titel des Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschturns in den polnischen und dänischen Landesteilen findet auf Antrag des Abg. Dr. Mizerski, Pole, die förmliche Abstimmung statt. Der Titel wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten bewilligt.

Über den Fonds der Ostmarkenzulagen der Beamten findet wiederum auf Antrag des Abg. Dr. Mizerski die förmliche Abstimmung statt, die die Bewilligung gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten ergibt.

Die übrigen dauernden Ausgaben werden ohne Debatte bewilligt, ebenso die einmaligen Ausgaben.

Damit ist der Etat des Finanzministeriums erledigt. Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Etat der Bauverwaltung.)

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Die Geschäftsordnung des Reichstages.

* Berlin, 7. März. Die Geschäftsordnungs-kommission des Reichstages beriet heute zunächst den § 33 nach dem Antrag Dr. Jung, welcher bei der Besprechung einer Interpellation Anträge gestatten will, die dahin gehen, daß der Reichstag das Verhalten des Reichstanzlers billigen oder nicht billigen möge. — Auch der Antrag Groeber enthält diese Forderung, jedoch mit der Bestimmung, daß der Antrag von mindestens 50 Mitgliedern gestellt werden müsse. — Diesen Anträgen setzte der konservative Abg. Kreth folgenden Antrag entgegen, dem § 33 folgende Fassung zu geben: „Bei der Besprechung einer Interpellation kann von mindestens 50 anwesenden Mitgliedern des Reichstages der Antrag auf Abstimmung darüber gestellt werden, ob der Reichstag mit der Behandlung, die der Gegenstand der Interpellation seitens des Reichstanzlers erfahren haben, einverstanden sei. Die Abstimmung über diesen Antrag ist eine namentliche. Sie muß vertagt werden, falls dies bis zum Schluß der Besprechung mit Unterstützung von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern des Reichstages beantragt wird. Die Abstimmung erfolgt alsdann innerhalb einer Woche, aber nicht vor Ablauf von drei Tagen. Die Stellung anderer Anträge ist nicht zulässig.“ — In der Begründung verwies der Antragsteller darauf, daß, wenn einmal ein eiserner Kanzler an der Spitze stehe, er das Recht zuzugunsten des Reichstages wenden könne und unter dem Beifall des Volkes „einstimmig“ das Verhalten des Reichstages mißbillige. Nedner erhob gegenüber dem Antragsteller die Bedenken, er könne die Bedenken des Vorredners nicht als sehr schwerwiegend ansehen. Nedner wies dann im einzelnen nach, daß der Reichstanzler tatsächlich in wichtigen Fragen die Verantwortung trage. Im übrigen sehe er in dem Worte „Einverständnis“ keinen großen Unterschied gegenüber dem Worte „Billigung“. — Den gleichen Standpunkt vertraten die Nedner der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen.

Der konservative Nedner erklärte seinen Antrag aus dem Streben, aus der gegebenen Situation zu retten, was möglich sei. Der von ihm gestellte Antrag werde ihn und seine Freunde nicht abhalten, mit aller Deutlichkeit die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, welche Gefahren die gestellten Anträge mit Bezug auf die Untergrabung der Autorität der verantwortlichen Stelle in sich bergen. Gerade die Abgeordneten, die auf dem liberalistischen Standpunkt ständen, sollten endig in den Anträgen liegenden Gefahren nicht verkennen. Gegenüber den Darlegungen eines sozialdemokratischen Nedners, der die Gestaltung der Geschäftsordnung als eigenste Angelegenheit des Reichstages erklärte, wies der konservative Nedner auf die Grenzen hin, die der Geschäftsordnung bzw. der Selbstständigkeit des Reichstages durch die Verfassung gezogen seien. Der Reichstag sei im Begriffe, sich das Recht der Zensurerteilung zuzulegen gegenüber dem Reichstanzler, ein Recht, das ihm bisher nicht zustehe. — Der Antragsteller aus dem Zentrum führte demgegenüber aus, daß die Regelung des Interpellationsverfahrens mit Absicht dem Reichstage überlassen worden sei.

Ein anderer Nedner des Zentrums erörterte die Frage von staatsrechtlichen Gesichtspunkten aus. Er fasste den Antrag Groeber so auf, daß er nicht ein Minderrecht fordern, sondern nur die Stellung des Reichstages präzisieren wolle. — Von national liberaler Seite wurde ausdrücklich betont, daß es sich bei der ganzen Aktion nur um die Sicherung der Bewegungsfreiheit des Reichstages handle, nicht um Kürzung der Rechte und Autorität der verantwortlichen Stellen. — Der konservative Nedner blieb bei seiner Auffassung, daß es sich nicht um eine so geringfügige Sache handle, wie es dargestellt worden sei. Um eine kleine Sache mache man nicht so viel Aufhebens. Es handle sich tatsächlich um eine bedeutsame Aktion, welche im Plenum mit aller Offenheit in ihrer ganzen weittragenden Bedeutung dargelegt werden müsse. — Ein weiterer Nedner des Zentrums erklärte, er habe keinerlei Bedenke für die Behauptung vernommen, daß das liberalistische Prinzip Schaden nehmen werde; ebenso könne von einer Schädigung der Autorität nicht die Rede sein. — Darauf erwiderte der konservative Nedner, er denke bei seiner Darlegung betreffend die Autorität an das lateinische Wort „auctoritas“, das „Ansehen“, „Würde“, bedeute. Bezüglich des liberalistischen Prinzips hielt er seine Bedenken aufrecht. Man werde gewiß bald die Schlußfrage und andere Fragen aus dem Kompetenzbereich der Einzelstaaten im Reichstage behandeln sehen.

Es wurde dann § 33 in folgender Fassung angenommen: „Bei der Besprechung einer Interpellation können Anträge gestellt werden, die dahin gehen, daß der Reichstag das Verhalten des Reichstanzlers in der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit billigen oder nicht billigen möge. Diese Anträge müssen von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern unterstützt werden. Sonstige Anträge sind nicht zulässig.“

Nächste Sitzung Freitag.

Wahlprüfungen.

* Berlin, 7. März. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Abgeordneten Dietrich (Konf.) (Posdam 3 Nuppin-Templin) auf übereinstimmenden Antrag des Referenten Dr. Neumann-Hofer und des Korreferenten Dr. von Weit einstimmig für gültig. — Über die Wahl des Abg. Colshorn (Hannoveraner) (Hannover 5 Welle-Diepholz) berichtete Abg. Schlee als Referent, Abg. Graf Praschma als Korreferent. Nach eingehender Besprechung der Wahlprüfungen niedergelegten Beschwerdenpunkte kam die Kommission zu dem Beschlusse, daß — selbst wenn die sämtlichen Beschwerden sich als richtig herausstellen würden — dies an dem Endresultat nichts ändern würde, und beschloß einstimmig die Wahl für gültig zu erklären. — Ebenso wurden die Wahlen der Abg. Dr. Erdmann (Soz.) (Münster 6 Dortmund-Hörde) und Schulenburg (Natlib.) (Münster 7 Hamm-Sooß) einstimmig für gültig erklärt. Sodann trat die Kommission in die Prüfung der Wahl des Abg. Andorff (Fronf.) (Köln 2) ein, die Abg. Stadthagen als Referent und Abg. Dr. Pfleger als Korreferent behandelte. Die Erörterung dieser Wahl konnte aber nicht zu Ende geführt werden.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 13. März statt.

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

* Berlin, 7. März. Die 6. Kommission des Reichstages setzte heute die Beratungen über das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz bei § 4 fort. Dieser Paragraph bestimmt: Durch die von einem Deutschen nach den deutschen Gesetzen bewirkte Legitimation erwirbt das Kind die Staatsangehörigkeit des Vaters. An Stelle dieser Fassung wurde folgende einem Antrag Waldstein zugrunde liegende Fassung angenommen: Eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation durch einen Deutschen begründet für das Kind die Staatsangehörigkeit des Vaters. — § 5 bestimmt: Durch die Eheschließung mit einem Deutschen erwirbt die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes. Dieser Paragraph wurde in der Fassung der Vorlage angenommen.

Sehte Nachrichten.

Der Kaiser in Cuxhaven.

Cuxhaven, 7. März. Die Garnison Cuxhaven ist um 9 Uhr 30 Min. alarmiert worden, worauf die Strandbatterien sofort das Feuer in See eröffneten. Gegen 10 Uhr verließ der Kaiser die „Deutschland“ und ging an Bord des „Willkommen“. In seiner Begleitung befanden sich außer den Herren des Gefolges der Fürst zu Fürstenberg, Admiral von Hollmann, der Chef der Hochseeflotte, Admiral von Holtenhoff, der Chef des Generalstabes, General der Infanterie von Moltke. Der Kaiser wurde vom Generaldirektor Hallin auf dem „Willkommen“ empfangen. Das Schiff legte an dem festlich geschmückten westlichen Hafentopf des neuen Hafens an. Hier wurde der Kaiser von den Bürgermeistern von Hamburg, Dr. Burchard und Dr. Schröder begrüßt. Zum Empfang waren ferner anwesend Staatssekretär von Tirpitz, Admiral Graf v. Daudissin, Vizeadmiral von Heeringen. Der Kaiser begab sich, vom Publikum mit Hochrufen begrüßt, bei schönem Wetter im Automobil durch die mit Fahnen, Girlanden und Ehrenporten geschmückte Stadt über das Fort Grimmerhorn nach Fort Kugelbake, wo ein Scharfschießen in See nach schwimmenden Zielen stattfand. Hierbei waren u. a. anwesend Prinz Heinrich und der Generalinspekteur der Festungen, General der Infanterie, Mudra.

Der Kaiser besichtigte später eine Reihe von Werken, woran auch der Kommandierende General von Plettenberg teilnahm, und begab sich um 12 Uhr mit dem Prinzen Heinrich und den anwesenden Generalen und Admiralen nebst Gefolge zur neuen Garnisonkirche. Im Automobil des Kaisers saßen noch Admiral von Tirpitz und General von Moltke. In der Kirche wurde der Kaiser von den Marinegeistlichen und dem Baumeister empfangen. Die Kapelle der 4. Matrosenartillerieabteilung sang den ambrosianischen Lobgesang. Der Kaiser besichtigte hierauf die Kirche und ließ sich über die gemachten Stiftungen und Schenkungen informieren. Schließlich blieb die Kapelle das Niederländische Dankgebet. Der Kaiser hielt hierauf in der Kapelle eine Besprechung mit den hohen Offizieren ab und speiste im Kasino mit dem Offizierskorps.

Beim Frühstück im Kasino saß der Kaiser zwischen dem Admiral Graf v. Daudissin und dem Vizeadmiral Schad. Dem Kaiser gegenüber saß Prinz Heinrich zwischen dem Fürsten von Fürstenberg und dem Großadmiral von Tirpitz. An der Tafel nahm der Chef des Zivilkabinetts Wrlf. Geh. Rat von Valentini teil, der zum Vortrag eingetroffen war. Der Kaiser kehrte um 3 Uhr an Bord der „Deutschland“ zurück. Vizeadmiral Schad erhielt den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse. Heute Abend findet an Bord der „Deutschland“ beim Kaiser Tafel statt, zu dem die hamburgischen Bürgermeister Dr. Burchard und Dr. Schröder geladen sind.

Der Bergarbeiterstreik in England.

London, 7. März. Nach einer amtlichen Mitteilung des Handelsamts sind die Verhandlungen mit den Parteien im Streik der Kohlenindustrie wieder aufgenommen und schreiten fort.

London, 7. März. Bisher ist kein Fortschritt in der Richtung auf eine Verständigung im Kohlenstreik zu verzeichnen, obwohl der Industrierrat der walisischen Bergwerksbesitzer und der ausführende Ausschuß des Bergarbeiterverbandes in London getrennte Beratungen abhielten.

Die ungarische Ministerkrise.

Wien, 7. März. Kaiser Franz Josef empfing mittags 1 Uhr den Grafen Khuen-Hedervary, der die Dimission der ungarischen Regierung unterbreitete. Graf Khuen wird morgen in der Lage sein, die Entscheidung des Monarchen über die Dimission im ungarischen Abgeordnetenhaus mitzuteilen. Bezüglich der Verfassung politischer Persönlichkeiten wird der Monarch durch den Ministerpräsidenten in den allernächsten Tagen Dispositionen treffen.

Das Urteil im Czenstochauer Prozeß.

sh. Czenstochau, 7. März. In dem Klosterprozeß wurde heute abend um 5½ Uhr durch den Vorsitzenden Czeglény Wolko das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Pater Damianus Mazoch erhielt 12 Jahre Zuchthaus, der Pater Jidor 5 Jahre und der Pater Basilus 2½ Jahre Zuchthaus. Daneben erhielten diese drei Angeklagten die bei Zuchthäusern üblichen Nebenstrafen. Die Chefrat des Ermordeten Posthalters Mazoch, Frau Helena Mazoch wurde zu 2 Jahren Gefängnis, der Klosterkloster Blasiewicz zu einem Jahre und der Kutcher Pianko zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Graveur Cyganowski erhielt Freispruch, die durch die Untersuchungschaft als verbißt erachtet wurde und der achte und letzte Angeklagte Bertkiewicz wurde freigesprochen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Rom, 7. März. Admiral Aubry ist heute nachmittag auf Staatskosten unter allen militärischen Ehren beigelegt worden. Hinter dem Sarge schritten der König, die Minister, zahlreiche Deputierte und Senatoren, Admirale und Generale. Trotz des stürmenden Regens wohnte eine gewaltige Menschenmenge der Beisetzungsfeierlichkeit bei.

Derna, 7. März. (Agenzia Stefani.) Patrouillen, die hinter dem Feind während des Kampfes am 3. März bestanden, Stellungen waren, fanden bei Bumasur über 60 Leichen, sowie die Spuren von zahlreichen Verwundeten, die aus dem jetzt noch blutgetränkten Gelände durch Araber weggeschafft wurden, die zur Erlundung des Bumasurtales ausgesandt waren. Es wurde festgestellt, daß dort noch ungefähr 200 unbediente Feinde liegen. Auf dem ganzen Kampffeld zeigen sich die Spuren des heftigen Kampfes. Es wurden zahlreiche Patronenhülsen gefunden. Das feindliche Lager wurde um einige Kilometer hinter die Gefechtslinie vom 3. März zurückgelegt.

Die Revolution in Mexiko.

Rem-York, 7. März. Telegramme aus Chihuahua melden Emilio Masquez Gomez sei zum provisorischen Präsidenten von Mexiko proklamiert worden.

Die Entdeckung des Südpols.

Die Entdeckung des Südpols.

Christiania, 7. März. „Sozialdemokraten“ teilt in der heutigen Abendausgabe mit, daß ein Privatmann in Christiania von der „Gram-Expedition“ ein Telegramm erhalten habe, nach dem Roald Amundsen den Südpol erreicht habe. Der Empfänger des Telegramms behauptet, daß das Telegramm vollständig zuverlässig sei.

Parlamentarisches aus dem Auslande.

Paris, 7. März. Die Senatskommission für Marineangelegenheiten hat dem Flottengesetzentwurf in dem von der Kammer genehmigten Wortlaut zugestimmt.

Allianzmächte unterstützt werden sollte. Staatssekretär Grey erwiderte, er habe keine Kenntnis von irgendeinem derartigen Vortrage oder Abkommen. Asquith kündigte an, daß die Pomerulenhilfe wegen der parlamentarischen Geschäftslage nicht vor Ostern eingebracht wird (ironischer Beifall bei der Opposition), das Budget indessen werde wahrscheinlich am 2. April eingebracht. Er hoffe ferner, daß es möglich sein werde, den Gesetzentwurf betreffend die Entstaatlichung der Kirche in Wales vor Ostern einzubringen.

— Der Bundesrat überwies den Entwurf des Besoldungs- und Pensionsetats der Reichsamtbeamten auf das Jahr 1912 den zuständigen Ausschüssen und stimmte dem Entwurf des Gesetzes betreffend die Feststellung des Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1911 zu.

Paris, 7. März. Der Flieger Salnen ist heute früh 8 Uhr in London aufgestiegen und um 11 Uhr in Issy les Moulinaux in ausgezeichnete Verfassung gelandet.

Tientsin, 7. März. Ein französischer Kreuzer landete Seesoldaten in Taku. Der amerikanische Kreuzer „Cincinnati“ wird dort am Freitag, ein Transportschiff mit 200 amerikanischen Seesoldaten am Sonnabend erwartet.

(D. R. M.) Berlin, 6. März. [Mittliches.] Seine Majestät der König haben zu der vom Fürsten von Hohenhausen be-

ferner den Oberlehrer am Gymn., in Wiesb., Prof. Dr. Böde
zum Gymnasialdirektor ernannt und dem thätigen wissenschaftlichen
Mitarbeiter im Minist. d. öffentl. Arbeiten u. Mitarbeiter d. Landes-
anstalt für Gewerbekunde, Prof. Dr. phil. Fischer in Berlin den
verläng. Rang der Räte 4. Kl. verliehen,
ferner die Wahl des beurlaubten Beigeordneten (2. Bürgermeister)
Joh. Schöle in Langensalza in gleicher Eigenschaft auf fernere zwölf
Jahre befristet.

Dem österr.-ungarischen Generalkonsul Post in Hamburg ist das
Exequatur ertheilt.

www.sagepub.com/journalsPermissions.nav

Aus Kunst und Leben.

Lp. Für Lehrer an höheren Schulen werden in den Osterferien von der Regierung in Berlin zwei bemerkenswerte Ferienkurse veranstaltet, ein archäologischer und ein französischer. Den archäologischen eröffnet Geh. Rat Professor Dr. Erman mit Vorlesungen über das alte Aegypten. Auch Geh. Rat Deligisch wird hier sprechen (Ninive und Uffur). Der französische Kursus wird von Professor Kabiich geleitet. Er bringt u. a. französische Diskussionen über allerlei Gegenwartsfragen, z. B.: „Sur l'utilité des „Raiders-Marchés“ en Allemagne“ — „Le „Grenier-haus“, doit-il être aboli“ — „La politique coloniale de la France, spécialement en ce qui concerne le Congo.“ — „Les Anglais doit-ils craindre une invasion ennemie de leur pays?“

Gerichtsverhandlungen.

Spielerprozeß.

Präminallskommissar von Manteuffel legt sodann ein Kartenspieltisch vor, das einem Kallischpieler abgenommen ist, und auf dem die eine Hälfte der Karte durch die Sonne ausgebleicht ist. Auf den Einwand des Verteidigers Dr. Schmidt, daß es doch in besseren Kreisen üblich sei, die Karten vom Kellner bringen zu lassen, erwidert der Zeuge: Der Kallischspieler hat durchaus nicht in unteren Kreisen gespielt. Wenn ich vorher einem Kellner ein Spiel Karten gebe und vielleicht noch ein Dvantsmarktstück dazu und ihm sage: Wenn ich nachher Karten verlange, dann bringen Sie mir mein Spiel, was meinen Sie wohl, welche Karten er dann bringen wird. (Heiterkeit.) Vor s.: Herr Bujes. Sie können wieder etwas Neues lernen. Angell. Bujes (sich wegdrehend): Von Herrn von Manteuffel habe ich nun gerade genug. (Heiterkeit.) Der Zeuge gibt weiter an, daß er auf den Grafen Metternich durch die Anzeige des Herrn Dippe hingewiesen worden sei. Zunächst habe man angenommen, daß es kein richtiger Graf sei, sondern daß er den Namen sich nach Art der Kallischspieler beigelegt hätte. Durch das deutsche Konsulat in London erfuhren wir aber, daß es sich tatsächlich um einen Grafen Metternich handelte. Von den damaligen Betrugsfällen war der Polizei noch nichts bekannt. Vor s.: Was haben Sie über Bujes erfahren? Zeuge: Daß er zu der Gesellschaft gehört, die ich vorher beschrieben habe. Angell. Bujes: Herr von Manteuffel hat die Zeugen Dippe und Bethaus erst darauf aufmerksam gemacht, welche Manipulationen Kallischspieler vornehmen, so ist denn Zeugen suggeriert worden, es wäre beim Spiel so zugegangen. Zeuge: Ich suggeriere den mich besuchenden Klienten nie etwas. Ich frage sie nur nach ihren Wahrnehmungen. Die Frage des Vorstehenden, ob seines Willens Korf-König mit einer reichen Agaminierin verheiratet sei, beantwortet der Zeuge dahin, daß er nur aus den Akten wisse, daß Korf-König eine Maitresse gehabt hat. Angell. Graf Metternich: Es war keine Maitresse. Die Dame ist sehr klein, torpulent und ganz abschüchlich. (Heiterl.) Schon deshalb kann sie nicht seine Maitresse gewesen sein, denn dazu pflaegt man eine hübsche Person auszuwählen. Bert. A.-A. Bethauer: Ich möchte wissen, ob es berechtigt ist, zu behaupten, die Angeklagten gehören zu einer Kallischspielerbande. Zeuge: Nach meinen Feststellungen gehört Bujes zweifellos zu den internationalen Spielern. Wenn immer dieselben Leute, dunkle Gestalten mit angenommenen Namen, zusammenkommen und irgend jemand rufen, so ist das doch kein bloßer Zufall.

at. [Verletzung des Briefgeheimnisses.] Im Oktober hatte die Ehefrau des Gastwirts Robert Eilaner aus Breslau die eheliche Gemeinschaft aufgegeben und war unter Mitnahme von mehr als 2500 Mark mit einem anderen Manne nach Berlin durchgebrannt. Im Februar 1911, als das Ehepaar aufgesucht wurde, befand die Frau wieder Ehnfucht nach der Heimkehr und nach ihrem Manne; auf ihr fortgesetztes Bitten wurde von dem Gastwirt wieder aufgenommen. Bald zeigte sich aber, daß die Tageseinnahmen immer mehr zurückgingen, obgleich der Geschäftsverkehr keineswegs schlechter geworden war. Schließlich ließ Eilaner aus der Überzeugung, daß seine Frau die Geschäftslasse plündern und wahrscheinlich ihrem Liebhaber in Berlin Geld schickte. Durch einen zufällig abgefangenen Brief war er an den noch bestehenden Briefverkehr zwischen beiden aufmerksam geworden. Nun trachtete er danach, den ganzen Briefwechsel seiner ungetreuen Frau mit ihrem Freunde zu kontrollieren, um in den Besitz aller antommenen Briefe zu gelangen. Ließ er sich von einer jungen Konfektions Schneiderin eine an das hiesige Postamt gerichtete Postkarte schreiben, mit welcher das Postamt ersucht wurde, alle bis zum 1. Dezember 1911 für die Frau Gastwirt Eilaner in Breslau eingehenden Briefe nicht nach der Wohnung zu senden, sondern am Schalter laagern zu lassen. Den Namen seiner Frau fügte der Gastwirt selbst hinzu. Da diese Karte von einer Frau handschriftlich herstammte, hatte die Postbehörde keine Bedenken, den Wunsch der Mittstellerin zu entsprechen. Eilaner ließ nun die für seine Frau bestimmten Briefe durch die Mutter der jugendlichen Konfektions Schneiderin, einer separierten Frau, vom Postamt abholen. Er öffnete sie, um unumstößliche Beweise für die Untreue und Unrebllichkeit seiner Frau zu erlangen, ohne aber zu überlegen, daß er sich dadurch eines Vergehens gegen § 299 des Strafgesetzbuchs (Verletzung des Briefgeheimnisses) schuldig machte. Durch die Anfertigung und Verbenutzung der gefälschten Postkarte hatte er außerdem eine Urkundenfälschung begangen. Die Wissenschaft von dem Inhalte der an Frau Eilaner aus Berlin gekommenen Briefe besaßte vollauf die schlimmen Vermutungen ihres Mannes; er jagte die Ungetreue, nachdem er ihr den sträflichen Briefwechsel vorgehalten hatte, aus dem Hause und die Frau erstattete nun Anzeige gegen ihren Ehemann und seine beiden Selterinnen. Am 6. d. M. hatte sich Eilaner wegen Urkundenfälschung und Beihilfe dazu sowie wegen Verletzung des Briefgeheimnisses, und die Konfektions Schneiderin und deren Mutter wegen Beihilfe zu den Straftaten vor der III. Strafkammer zu verantworten. Der Gastwirt wurde zu drei Jahren Gefängnis und 21 Mark Geldstrafe, die Konfektions Schneiderin zu einem Tage Gefängnis und deren Mutter zu fünf Mark Geldstrafe verurteilt.

Zeitschriften.

Lokales.

Lokales.

* Breslau, 7. März.

Mitterheim.

Generalversammlung des Consumvereins.
* Der Breslauer Consumverein hielt am heutigen Donnerstag abend in den Unionfestsälen seine Generalversammlung ab, die vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats Geh. Regierungsrat Geisler geleitet und mit einer Begrüßung der bei der Abgeordnetenwahl am 26. Februar neu- und wieder-
gewählten Abgeordneten eröffnet wurde. Die Zahl der Neugewählten beträgt nur 15. Sodann machte der geschäftsführende Direktor Welf ergänzende Mittheilungen zu den bereits in Nr. 147 der Schles. Ztg. auszugswise mitgetheilten Geschäftsbericht für 1911.

Generalversammlung des Consumvereins.

Der Redner wies zunächst darauf hin, wie der Verein auch im Berichtsjahre wieder auf seine innere Erstarkung durch Betriebsverbesserungen und außerordentliche Rücklagen, sowie durch reichliche Abschreibungen Bedacht nehmen konnte, obwohl die Milderung der Steuerung nicht unerhebliche Opfer erforderte. Den für manche Artikel eingetretenen großen Preissteigerungen sind die Verkaufspreise des Vereins in entsprechendem Maße nicht gefolgt. Soweit irgend tunlich, hat der Verein Preisserhöhungen vermieden oder lange aufgeschoben, und in den Monaten Oktober und November hat er seinen Mitgliedern 21 722 Zentner Speisekartoffeln zum Engroßeinkaufspreise geliefert. Außerordentliche Anforderungen an die Verwaltung stellen auch die im Geschäftsbericht aufgeführten Betriebsvermehrungen. Bezüglich der Gelfei sei u. a. hervorgehoben die Errichtung einer Krankenkasse und zweier Warenlager. Neben dem Lagerhausbau für die Vereinszentrale erforderten die Brotfabrik und zuletzt die Vorbereitungen für den Bezug und die Unterbringung einer Hoggenausschließanlage zur Herstellung von Vollkornmehl und für die Pachtung der städtischen „Vordermühle“ einen größeren Zeit- und Kostenaufwand. Wenn dennoch die Vereinsverwaltung wiederum die Verteilung der üblichen Rückgewähr von 11 Proz. vorschlagen und weiter empfehlen könne, aus dem Nettoüberschuß einen Betrag von 130 000 Mk. für bevorstehende Bauten zurückzustellen, so sei dies zum guten Teil auf die glückliche Ausnutzung von Konjunkturen beim Wareneinkauf zurückzuführen. Die genannte Rücklage soll verwendet werden zur Ausrüstung des im Bau befindlichen großen Lagerhauses, zur Beschaffung eines neuen Kesselhauses mit Kessel für die Brot- und Mineralwasserfabrik, sowie

Die Anlage zur Herstellung von Vollkornmehl. Die finanzielle Lage des Vereins wird sich bis zum 50-jährigen Jubiläum des Vereins im Jahre 1915 voraussichtlich so gestalten, daß die fällige Höhe des Reservefonds, der zurzeit rund 870 000 Mk. beträgt, erreicht ist, daß ferner die Fabrikanlagen, Maschinen, sowie Geräte und Utensilien der Warenlager usw., die schon jetzt Werte von 100 000 Mk. vollständig amortisiert sind und der bedeutende Grundstückerwerb nur noch mit einem verhältnismäßig geringen Bilanzwert in Ansatz kommt.

Zu den erwähnten Vorbereitungen zur Selbstherstellung von Roggenmehl und Vollkornmehl gelangte der Verein in seinem Bestreben, das Brot in bezug auf Beschaffenheit und Nährwert zu verbessern. Inzwischen sind die Verträge zur Pachtung der städtischen „Vordermühle“ und zum Bezüge der Roggen-Ausschließvorrichtung zum Abschluß gelangt. „Die Vordermühle“ konnte der Verein bereits am 6. Februar d. J. in Betrieb nehmen. Die im Seitenflügel des Mühlengrundstücks günstig untergebrachte Neuanlage zur Herstellung von Vollkornmehl wird gegen Anfang April betriebsfähig sein. Sie ist die erste in Deutschland, die ausschließlich das Roggentorn vollständig, mindestens aber bis 97 Proz. durch ein eigenartiges Verfahren darstellt, daß der Gehalt an Eiweiß und Mineralstoffen dem Mehl erhalten bleibt. Das aus diesem hergestellte Brot ist daher noch nahrhafter, wohlschmeckender und bekömmlicher als das aus weissem, also aus solchem Mehl hergestellte Gebäck, das hauptsächlich aus der Mitte des Kornes gewonnen wird. Hierzu tritt noch die Tatsache, daß der Preis des Vollkornbrotes sich niedriger stellt, als der des hellen Brotes. Die seit dem Herbst vorigen Jahres vorgenommenen Prüfungen anderer sogenannter Vollkornbrote sind fast durchweg ungünstig ausgefallen, aber es mußte mit Rücksicht auf die Umständlichkeit des Herstellungsverfahrens die Einführung abgesehen werden. Die von Dr. Klopfer erfundene Anlage wird vollständig automatisch arbeiten und den Vorteil bieten, das Vollkornmehl in einem einzigen Arbeitsgange zu erzeugen. Die Anlage ist, da sie auch hellere Mehle herstellen kann, bestimmt, die Vordermühle nach Möglichkeit zu unterstützen. Voraussichtlich würden die beiden seit 40 Jahren erzeugten Brotforten, deren Aroma und Geschmack die Vereinsbäcker zu ihrer jetzigen Bedeutung emporklimmen ließen, noch lange Zeit den Hauptverbrauch bilden; wenigstens zeigte sich bei der Herstellung des Brotes aus nicht selbsthergestellten, sondern aus dem vom Erfinder bezogenen Vollkornmehl wohl ein gleichmäßiger aber kein besonders großer Absatz. Dieser langsame Übergang zum Vollkornbrot dürfte so lange dauern, als das beliebte weisse Aussehen des bisherigen Gebäckes und die Macht der Gewohnheit bei sehr vielen, und zwar zufällig am meisten bei den ärmeren Konsumenten eher den Ausschlag geben, als der höhere Nährwert, Wohlgeschmack und niedrigere Preis des Vollkornbrotes. Gerade diese Momente aber geben dem Verein einen gewissen Spezialkommission für die Brotverbesserung, der auch Ärzte und Chemiker angehören. Veranlassung, die Selbstherzeugung von Vollkornmehl und „Brot aus bestem Roggen einstmals zu beschließen. Auch in anderer Hinsicht wird der Verein sich auf hygienischem Gebiete in erhöhtem Maße betätigen. Die Mineralwasserfabrik, die u. a. die Aufgabe hat, den Alkoholen durch Herstellung und Verbilligung erhaltener, alkoholfreier Erfrischungsgetränke einzuschmücken, erzeugte im Berichtsjahre nahezu 3 000 000 Flaschen von diesen Getränken, zu denen nur desilliertes Wasser, chemisch reine Salze und Aromaten Verwendung fanden. Die weitere Erfüllung ihrer Aufgabe soll nun dadurch erstrebt werden, daß die erzeugten Produkte in bisheriger Güte, zum Teil aber zu erheblichen ermäßigten Preisen zur Abgabe gelangen. Diese betragen von jetzt ab für Himbeeren und Zitronen-Limonade, sowie Wilner Sauerbrunnen je 6 Pfennige für die Flasche. Der Verein werde auch fernerhin durch chemische Untersuchung aller Waren für deren Reinheit und gute Beschaffenheit sorgen und auch sonst keine Opfer scheuen, die speziell die Erzeugung und Verbilligung bester Brotforten und Erfrischungsgetränke erfordere.

Die Generalversammlung nahm den Bericht beifällig entgegen und genehmigte sodann aufgrund des Berichtes der Rechnungsprüfer unter Entlastung des Vorstandes die vorläufige Bilanz und Gewinnabrechnung, wonach ein Prozent Rückgewinn von morgen ab zur Auszahlung gelangen. Die vom Verwaltungsrat zur Ergänzung vorgenommene Zu- und Abnahme der Reserve, der Direktor Dr. Schödel und Kaufmann H. Thüne (Klein Seiden) wurde bestätigt, die im Kursum ausstehenden 21 Mitglieder des Verwaltungsrates wurden sämtlich wiedergewählt.

Bergfest des Riesengebirgsvereins.

Die Ortsgruppe Breslau des Riesengebirgsvereins feiert am Sonnabend den 16. März im Konzerthaus ein „Winterfest im Riesengebirge“, das wie die früheren Bergfeste hervorragend zu werden verspricht. Der Saal des Konzerthauses wird in das winterliche Gebirge verwandelt und ebenso der Kammermusiksaal und die Nebenräume. Eine Kodelrutzbahn verbindet den „Kamm“ mit dem Festplane. Um das Fest recht naturgetreu zu gestalten, sind die „Riesewälder“ aus dem Riesengebirge gewonnen worden, die ihre heimischen Gebirgsfluren, Fänge und Gesänge vorführen. Das von Georg Dehmel verfasste Festspiel „Wem Gott will rechte Günst erweisen“ behandelt eine Rauberwacht im Riesengebirge, in der der „Winter“ den Rübegerl überzeugt, daß die Menschen auch im Winter ein Anrecht auf das Gebirge haben. In dem Festspiel kommen u. a. ein Anzahl Fänge von Gnommen, Wichtelmännchen, Schneemännern u. a. m. vor, die Tanzlehrer Baer einstudiert hat. In den „Wäldern“ des Festes wird charakteristische Waldmusik ertönen, auch der echte Stöckdörfer wird ausgetrieben, die „Post- und Telegraphenverbindungen“ des Gebirges sind die ganze Festnacht in Betrieb, um Depeschen und Ansichtskarten zu befördern. Für Schneeballschlachten gibt es Schneebälle und auch sonst ist für Überraschungen gesorgt.

Verschiedene Nachrichten.

Der erste Gottesdienst für Schwerhörige findet Sonntag, 10. März, nachmittags 3 Uhr in der Christophorus-Kirche statt. Die Predigt hält Pastor Wikura. Für die späteren Gottesdienste ist immer der erste Sonntag des Monats in Aussicht genommen. Der nächste Gottesdienst wird daher am 7. April, erster Osterfeiertag, abgehalten werden.

Die freie Tischlerinnung in Breslau hat den Antrag gestellt, gemäß § 100 der Gewerbeordnung für den Stadt- und Landkreis Breslau mit Ausnahme der Orte Stabelwitz, Herrnsdorf, Groß und Klein Maffelwitz, Goldschmieden, Neutisch, Strachwitz, Kripkau, Kammelsdorf, Herrmannsdorf, Schallau, Romberg, Arnoldschmiede und Schillerhöhe, sowie für die Stadt Hundsfeld eine Zwangsinnung mit dem Sitze in Breslau zu errichten. Der Zwangsinnung sollen alle Gewerbetreibenden, die das Tischlerhandwerk in diesem Bezirke selbstständig betreiben, als Mitglieder angehören.

Am Wege der Zwangsversteigerung wurde am 26. Februar d. J. das 671 qm große Grundstück Dichtstraße 21 vor dem Amtsgericht versteigert. Es besteht aus Vorderwohnhaus mit Haus- und Vorgarten und hat einen Nutzungswert von 5300 Mk. im Jahre. Den Zuschlag erhielt Frau Maurermeister Ida Ripke auf das Höchstgebot von 84 100 Mk. — Am 29. Februar d. J. gelangte das Hausgrundstück Lehmgartenstraße 66, mit einem Umfang von 728 qm und 7030 Mk. jährlichem Nutzungswerte, zur Zwangsversteigerung. Als Meistbietender ging der Tischlermeister S. Simon mit dem Gebot von 113 000 Mk. hervor.

Theater- und Musiknachrichten.

(Mitteilungen der Bureaus.)

Stadt-Theater. Freitag: „Der Kuckuck“. Sonnabend: „Der Dämonenbaron“. Sonntag: „Lannhäuser“. Nachmittags: „Undine“. Montag: „Fidelio“. — Lobe-Theater. Freitag und die folgenden Tage: „Die fünf Frankfurter“. Sonntag nachmittags: „Glaube und Heimat“. — Thalia-Theater. Freitag (6. Vorst. d. Gruppe A): „Die Anna-Lise“. Sonntag: „Schuldig“. Drama von Richard Wob. Besetzt sind Frau Ganten und die Herren Marx, Jochim, Roth,

Strobl, Mühlberg, Salbern, Berger. Als Julie gastiert Fräulein Holbe-Milbe vom Stadttheater in Bromberg auf Engagement. Montag: (Schaubühnenverbände) „Heimat“.

Schaubühnen. Freitag: „Alt-Wien“. Sonnabend zum ersten Male: „Die Liebeschule“, Operette von Friedrich Korolanyi, mit den Damen: Bidler, Wundsch, Lang und den Herren: Brödel, Sühnguth, Stöhl, Brandl. Dirigent: Kapellmeister Fuchs. Sonntag: „Die Liebeschule“. Nachmittags: „Der Nodelaigeuner“. Montag: „Alt-Wien“.

Der Freitag, den 8. d. M., im großen Konzerthaus (stattfindende Beethoven-Abend von Gubowitsch-Superman beginnt um 8 Uhr.

Vereinsnachrichten.

Der Breslauer Frauenbildungsverein hat sich, einer Aufforderung der Ausstellungsleitung entsprechend, an der Berliner Ausstellung: „Die Frau in Haus und Beruf“ beteiligt und zwar an der Abteilung über den „Werbegang der Frau“ mit dem Material seines Lehrkursus der Haushaltungsschule (eine der 18 Abteilungen des Vereins). In Betracht kamen die Handarbeiten- und Fortbildungsfächer. Von der Ausbesserungs-, Weibnähs-, Verzierung-, Puks-, Schneiders- und Plattarbeiten wurde ein Lehrgang ausgestellt. In der Abteilung „Die Frau im Beruf“ war die höhere Handelsschule des Frauenbildungsvereins vertreten. Man hatte hier ein geschlossenes Bild dieses Unterrichts, dessen Dauer für ein Jahr festgelegt ist. Alle Lehrgangsfächer wie Buchführung, Handels- und Buchhalterlehre, deutsche, englische und französische Korrespondenz, kaufmännische Schrift, Radsschrift, Stenographie, Schreibmaschine usw. waren vertreten. Wie sehr diese Abteilung die Aufmerksamkeit weiterer Kreise erregte, bewies der zahlreiche Besuch und die genaue Durchsicht der ausliegenden Bücher.

Nach dem Vorbild der in Breslau bereits bestehenden Gebirgsvereine ist geplant, in Breslau auch einen Waldburger Gebirgsverein ins Leben zu rufen. Er soll, ähnlich wie die anderen Gebirgsvereine, es sich zur Aufgabe machen, durch Schaffung verbesserter Bahnverbindungen den Besuch dieser schönen Gegend zu erleichtern, das Gebirge selbst durch den Bau neuer Wege zu erschließen und durch Veranstaltung gemeinsamer Ausflüge im Sommer und im Winter sowie durch Abhaltung von Monatsfesten und größeren Festen die bereits vorhandenen Freuden dieses schönen Berglandes enger zusammenzuschließen und neue Anhänger dafür zu gewinnen. Der neue Verein soll als Ortsgruppe Breslau des bereits bestehenden Gebirgsvereins in Waldburg gegründet werden. Eine Vorbesprechung zur Gründung des Vereins findet Montag den 11. März, abends 8 Uhr, im Bayrischen Hof, Zwingerplatz 3, statt.

Der Handlungsgesellenverein gegr. 1774 hält nächsten Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 5 Uhr, in seinem Vereinslokal Schönbühlstraße 50/51 einen Lichtbildervortrag ab. Stadterordneter Adolf Heideich wird sprechen über: „Die St. Gotthardbahn“ und „Auf der Spur des Deutschen Kaisers im malerischen Norwegen“.

Die Schlesische Gesellschaft von Freunden der Photographie hält Freitag, den 8. März, 8 1/2 Uhr abends, eine Sitzung im Café Fabrig ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Diskussion über die Fragen: „Wie entsteht Schleier und wie vermeidet man ihn?“, „Wie stellt man das scharfe Bild auf der Mattscheibe ein?“, „Wie erhält man haltbare Photographien?“, Gäste sind willkommen.

[Vergnügungen.] In Liebichs Etablissement findet Sonntag, den 10. März, bei kleinen Preisen eine Nachmittagsvorstellung statt. Im Viktoriatheater, wo der Komiker Leonhard Gabel mit seiner Gruppe gastiert, beginnt die Vorstellung täglich um 8 Uhr, das Konzert um 7 1/2 Uhr. Vorverkauf auf eine Woche im voraus täglich von 9-2 Uhr im Theaterbureau.

[Verhaftung einer Betrüger- und Fälscherbande.] Der Kriminalpolizei ist es am Mittwoch abend gelungen, eine gefährliche Bande festzunehmen. Im Januar d. J. logierte sich in einem Hotel am Berlinerplatz ein Mann ein, der sich als Kunstmalerg August Schön bezeichnete. Er unterhielt einen regen Briefwechsel mit einem angeblichen Dr. med. Kuhne in der Provinz Hannover und sandte auch gelegentlich Geld an den Arzt. Eines Tages erschien dieser selbst in dem Hotel und erklärte, das Zimmer seines Freundes mitbewohnen zu wollen. Er erbat hier gelegentlich ärztliche Ratschläge ohne jede Gegenleistung. Schön ging seiner Beschäftigung nach; abends besuchten die beiden Freunde Restaurants und Vergnügungsorte, wobei sie die Bekanntschaft eines hiesigen Zigarettenfabrikanten machten. Diesem erzählte Schön, daß er vor Jahren dem technischen Personal der Reichsbank angehört habe und dabei mit der Herstellung von Kassenscheinen vertraut geworden sei. Er bemerkte zugleich, Papiergeld täuschend nachahmen zu können und erklärte sich bereit, einen Tausendmarkschein anfertigen zu wollen, falls ihm sein neuemwonnener Freund einen Originalschein zur Verfügung stellen könne. Letzterer erklärte sich dazu bereit und bestellte Schön in seine auf der Hofstraße belegene Wohnung; er war allerdings bereits mißtrauisch geworden und verschloß unter dem Vorgeben, eine unliebbare Überraschung bereithalten zu wollen, alle Ausgänge. Schön entwarf nun eine künstlerische, dem Original täuschend ähnliche Zeichnung der Vorderseite des Kassenscheines; am nächsten Tage sollte die Arbeit beendet werden. Schön erklärte sich dann auch bereit, die „Blüte“ nach der Fertigstellung selbst einzutauschen. Der Fabrikant beabsichtigte inzwischen die Kriminalpolizei zu benachrichtigen, er wurde daran aber gehindert, weil Schön vorzeitig in die Wohnung zurückkehrte. Nach Fertigstellung der Zeichnung ermahnte Schön den Fabrikanten, die in Papier gehüllte Kopie mit dem darunter liegenden Originalschein zu vernichten und nicht aufzupacken, weil dadurch die Zeichnung laidiert werden könnte. Die Frau des Fabrikanten untersuchte aber trotzdem den Inhalt des Pakets und stellte fest, daß es nicht das Original, sondern zwei Nachahmungen enthielt. Sie verständigte ihren Mann, der nun, mit einem Revolver bewaffnet, zu Schön zurückging und ihn zur Herausgabe des echten Scheines aufforderte. Der auf diesen Zwischenfall nicht vorbereitete Betrüger reichte jetzt das Original zurück; er vermochte aber zu entkommen, weil die Frau ihren Ehemann nicht allein mit Schön im Zimmer belassen wollte und deshalb einen Schutzmann herbeizurufen nicht vermochte. Die dann benachrichtigte Kriminalpolizei ermittelte den Aufenthalt des Schön und des angeblichen Dr. Kuhne. Sie wurden, wie schon erwähnt, im Hotel verhaftet. Es stellte sich nun heraus, daß der „Kunstmalerg“ wegen ähnlicher Betrügereien bereits eine langjährige Zuchthausstrafe in Bries verbißt, und daß „Dr. Kuhne“ mit dem Drucker Paul Ruckh, einem schweren Verbrecher, identisch ist, der von der Staatsanwaltschaft in Hamburg stechbrieflich verfolgt wird. Verhaftet wurde ferner ein berufsloser Mann namens Hanasch, der mit den festgenommenen Verbrechern Beziehungen unterhielt.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden wurden: ein Damensack, ein silberne Damenuhr, ein Goldstück, eine Perlenkette, ein Paket mit zwei Spizen, eine Knabenpistole, eine goldene Brille, eine Kleiderbürste. — Perrenlos aufgefunden wurden: ein Kinderwagen und ein Damensack. — Verloren wurden: eine goldene Damenuhr, eine Tula-Damenuhr, ein Muff, eine Handtasche und ein Portemonnaie mit Inhalt. — Entlaufen ist ein schwarzer Neufundländer Hund.

Eine mittelgroße, schmächtige weibliche Person spricht in letzter Zeit in hiesigen Haushaltungen vor und sucht Diebstähle in den Wohnungen auszuführen. Mit Vorliebe entwendet sie Portemonnaies und Wertstücke. Sie ist mit einem roten Hut und kariertem Umhangetuch bekleidet. Ihr Haar ist dunkelblond, das Gesicht hager, der Teint auffallend unrein. Die Diebin legte sich bisher die Namen Weinert, Wagner und Reich bei. Vermißt wird seit dem 2. März abends 8 1/2 Uhr der 32-jährige schwer erkrankende Schiffseigner Paul Kluge. Der Vermißte hatte am 27. Februar d. J. in Cöln seinen Kahn verlassen, um nach Breslau zu fahren. Hier besuchte er in Gemeinschaft mit zwei Schiffen verschiedene Gastwirtschaften und wurde dann nicht mehr gesehen. Der Vermißte hatte etwa 50 Mk. bares Geld bei sich.

Aus dem Geschäftsleben.

Die Firma Albert Michaelis, welche seit dem Jahre 1888 Nikolaitstraße 65/66 eine Damen- und Wäbchenmantelfabrik betreibt, eröffnet Sonnabend den 9. März in den Parterreräumen ihres Hauses Ring 48 eine große Detailabteilung für

moderne Damenkonfektion. Neben den guten Erzeugnissen eigener Fabrikation wird die Firma in größtem Umfange elegante Herren- in Jaden-Kostümen, Mänteln und Kinderkonfektion sowie Tailen-Kleider, Blusen, Röcke und Morgenröcke führen. Der eigentliche Verkauf beginnt Montag den 11. vormittags 9 Uhr.

Die Pianofortefabrik Traugott Berndt (Inh. Ed. Böhl) feiert am 9. März 1912 den Tag ihres 75-jährigen Bestehens. Gleichzeitig sind es 70 Jahre, daß sich das Verkaufsmagazin der Firma in der ersten Etage des historischen Hauses zu den 7 Purlfürsten Ring 8 befindet. Aus kleinen Anfängen hat sich die Fabrik im Laufe der Jahrzehnte zu ihrer jetzigen Höhe emporgearbeitet. Ihre Flügel und Pianos sind weit über die Grenzen unseres Vaterlandes bekannt und wegen des edlen Tones, der leichten angenehmen Spielart, der Klangfülle und soliden Konstruktion sehr beliebt. In letzter Zeit baut die Fabrik auch selbstspielende Pianos. Auf der Schweidnitzer Gewerbeausstellung 1911 wurde die Firma für ihre vorzüglichen Fabrikate mit der goldenen Medaille ausgezeichnet.

Inseratenteil.

COGNAC MEUKOW
wurde an Bord des ersten Passagierluftschiffes Deutschland serviert.

*Ein französischer
Gönner
von
Bourbonnais
Wohlthun.*

*Der Gönner
moult 51.*

MORFIUM Alkohole etc. Entziehung ohne Zwang. Prospekt frei. Gegr. 1899. Spezial-Sanatorium Schloss Rheinfels von Dr. F. H. Mueller in Godesberg bei Bonn am Rhein. Für Nerven-, Schlaflose, bes. Entziehungskuren. **ALKOHOL**

Monopol-Hotel
Haus ersten Ranges mit allen Einrichtungen eines modernen Hotels. Zimmer von 3 Mark an. Konferenz-Zimmer. Festsäle.
Französisches Restaurant
Neue Direktion: F. u. H. Otto, Kaffeehaus.
Am Bahnhof Friedrichstr.

Schlesische Gruppe des Deutschen Bundes für Mutterkultur.
Sonnabend, den 9. März, 8 1/2 Uhr
im Saale der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur
An der Matthiasstraße.
Kleine weisse Sklaven
Vortrag von Schwester Henriette Arendt, Polizeiaufsehtin a. D.
Eintrittskarten zu 1 Mk. und 50 Pf. bei Hainauer.

Turnverein „Vorwärts“
Eingetr. Verein.
Außerordentliche Hauptversammlung
Sonnabend den 16. März 1912 abends 10 Uhr
im Vereinslokal.
Tagesordnung: Wahl von 3 Abgeordneten zum Kreisturntag und 3 Stellvertretern.
Der Vorstand: Dr. Hacke, Hugo Schalscha.

**Abteilung Breslau
der Deutschen Kolonial-Gesellschaft
Hauptversammlung**
am Donnerstag, den 21. März 1912, abends 7 Uhr
im kleinen Saale des Konzerthauses (hinter dem Kammermusiksaal).
Tagesordnung:
1) Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr, erstattet vom Vorsitzenden, Herrn Geh. Med.-Rat Prof. Pontek.
2) Kassensbericht für 1911, erstattet vom Kassier, Herrn Komm.-Rat Dr. G. Heilmann.
3) Neuwahl des Vorstandes.
4) 7 1/2 Uhr: Vortrag mit Lichtbildern (im großen Saale des Konzerthauses) Herr Dr. Hugo Grothe-Weigand: „Ueber Tripolis“.

B. PFEIFFER
Schweidnitzerstraße 36
Vornehme Herrenkleidung
nach Maß
Cut-aways
Sacco-Anzüge
Sommer-Paletots · Ulsters
Sport-Anzüge
Breeches
Meine hochaparten Stoffneheiten sind eingetroffen und bitte um gütige Besichtigung!
Chice Engl. Kravatten, Stöcke u. Handschuhe

Die Verlobung ihrer Tochter **Mariella** mit Herrn **Kurt Marcard**, Leutnant im Mindenschen Feldartillerie-Regiment No. 58, geben sich die Ehre anzuzeigen
Minden, im Februar 1912
Oberforstmeister Tillgner
und **Frau Dagmar**, geb. von Hahn.

Meine Verlobung mit Fräulein **Mariella Tillgner**, Tochter des Königlich-Oberforstmeisters Herrn **Tillgner** und seiner Frau Gemahlin, geb. von Hahn, beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.
Minden, im Februar 1912.

Kurt Marcard,
Leutnant im Mindenschen Feldartillerie-Regiment No. 58.

Statt jeder besonderen Meldung.

Die Geburt eines Töchterchens zeigen hocherfreut an
Bad Kudowa

Dr. Witte
und **Frau Gertrud**, geb. Müller.

Heute mittag 1 Uhr verschied nach langen Leiden unsere innigstgeliebte, gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter Schwester, Schwägerin und Tante **Frau verw. Stadtrat**

Minna Pohley,

geb. **Gentner**,

im 61. Lebensjahre.

Liegnitz, den 6. März 1912.

In tiefer Trauer, zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen:

Helene Schade, geb. Pohley.
Frieda Schyma, geb. Pohley.
Johanna Pursche, geb. Pohley.
Bernhard Pohley.
Curt Schade.
Georg Schyma.
Carl Pursche.
und 10 Enkelkinder.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 9. d. M., nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Ring 4, aus statt.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh verschied nach langem Leiden mein lieber **Gatte**, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der frühere

Rittergutsbesitzer und Oberleutnant a. D.

Oscar Kny.

Breslau, Alexanderstraße 42, II.

Im Namen der Hinterbliebenen

Anna Kny, geb. Werner.

Beerdigung Sonntag, den 10. März d. J., mittag 12 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofs zu Rotkreuzscham.

Statt besonderer Meldung.

Gestern abend starb im 94. Lebensjahre unser geliebter **Vater**, Schwiegervater Großvater, Urgroßvater und Bruder der **Privatier**

Hermann Louis Breslauer.

Dies zeigen schmerz erfüllt an
Breslau, Taubentzenstraße 27, Berlin, den 7. März 1912

verw. **Emma Szkolny**, geb. Breslauer.

Albert Silberberg

und **Frau Mathilde**, geb. Breslauer.

Max Wilhelm Breslauer

Justizrat **Dr. Albert Breslauer**

und **Frau Marie**, geb. Cuhn.

Beerdigung Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 12½ Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofs, Lohestraße.

Standesamtliche Nachrichten.

Aufgebote.

Standesamt II. Kaufmann **Karl Münch**, ev., Schleiermacherstraße 11, mit **Ida Rippin**, ev., Georgenstr. 16. — Arbeiter **Karl Schinzel**, ev., Dönerstr. 25, mit **Margarete Schindler**, ev., hier. — Arbeiter **Heinrich Eder**, lath., Briggenthal 27, mit **Elisabeth Veinig**, ev., Weidenhamm 11. — Maler **Paul Niekrawick**, lath., Friedr.-Wilh.-Str. 97, mit **Wally Döppe**, Königsbergerstr. 12. — Musikdirektor **Hermann Becker**, ev., Deuthen 65, mit **Elisabeth Pache**, lath., Gartenstr. 64. — Schlosser **Karl Neumann**, ev., Georgenstr. 12, mit **Martha Reischelt**, ev., hier. — Maschinenarbeiter **Theodor Niebach**, ev., Dönerstr. 5, mit **Gertrud Seidel**, ev., Dönerstr. 8. — Arbeiter **Ottomar Kochmieder**, ev., Bergmannstr. 8, mit **Pauline Benisch**, ev., Gartenstr. 89. — Eisenbahnarbeiter **Hermann Mahner**, ev., Subenitz 14, mit **Berta Geisler**, ev., Krieterstr. 94. — Arbeiter **Edgar Langner**, ev., Trinitasstr. 5, mit **Martha Lüber**, ev., Bohrauerstr. 43. — Kaufmann **Bruno Klosser**, ev., Taubentzenstr. 109, mit **Agnes Rica**, lath., Gleiwitz. — Gausbälter **Karl Gaton**, lath., Dönerstr. 38, mit **Wally Döppe**, ev., hier. — Kaufmann **Karl Babak**, ev., Fiedlerstr. 9, mit **Else Ganschen**, ev., Taubentzenstr. 20. — Eisenbahnarbeiter **August Albrecht**, ev., Breslau, mit **Berta Claus**, ev., Subenitz 84. — Schlosser **Emil Claret**, lath., Dönerstr. 23, mit **Ida Pittner**, lath., Gartenstr. 9. — Kaufmann **Otto Keller**, ev., Schwanenwerderplatz 18, mit **Hildegard Reiser**, ev., Brüderstr. 81. — Arbeiter **Willi Engel**, ev., Subenitz 48, mit **Martha Gattun**, ev., Subenitz 94. — Bergarbeiter **Nikolaus Döner**, lath., Kupferstraße 44, mit **Anna Neumann**, ev., Dönerstr. 23. — Monteur **Wolfgang Döner**, ev., Dönerstr. 44, mit **Emma Sandmann**, ev., Deuthenstraße 18. — Eisenarbeiter **Paul Döner**, ev., Dönerstr. 165, mit **Anna**

Schola, ev., Subenitz 113. — Architekt **Max Gersia**, lath., Sam-bura, mit **Maria Dierig**, lath., Alexanderstr. 14.

Standesamt I. Schuhmacher **Marie Küfel**, 57 J. — Klempnergehilfe **Marie Blohn**, 42 J. — Schneider **August Mühs**, 71 J. — Tischlergehilfe **Gustav Kadura**, 60 J. — Fabrikarbeiter **Kana Munde**, 24 J. — Kaufmann **Gustav Langner**, 68 J. — Dienstmädchen **Selma Roth**, 43 J. — Arbeiterin **Elfriede Hoffmann**, 18 J.

Standesamt II. Arbeiterin **Bertha Küfel**, 78 J. — Arbeiterin **Dorothea Ermer**, 22 J. — Hilfsarbeiterin **Marie Clara Eder**, 44 J. — Arbeiterin **Kana Scheidler**, 29 J. — Sattler **Theodor Daier**, 45 J. — Arbeiterin **Mathilde Deliga**, 46 J. — Eisenarbeiter **Marx Bischof**, 21 J. — Schuhmachermeister **Wilhelm Probst**, 42 J. — Schneider **Georg Giekmann**, 18 J. — Arbeiterin **Elisabeth Schlappe**, 27 J. — Auswärtiger **Karl Urbanek**, 80 J. — Arbeiterin **Wolfgang Wüste**, 60 J. — Schneidermeisterin **Pauline Kulit**, 62 J. — Schlossermeisterin **Emilie Bucher**, 54 J. — Malermeisterin **Emilie Strick**, 71 J. — Kaufmanns-witwe **Therese Gehmann**, 69 J. — Zimmermann **Wolfgang Paul**, 60 J. — Kranwärter **Kana Ermer**, 68 J. — Arbeiterin **Margarete Reidner**, 18 J. — Eisenbahnarbeiterin **Karoline Wüller**, 60 J. — Arbeiterin **Berta Hoffmann**, 29 J. — Damenkleider-meißer **Alexander Koppich**, 68 J. — Buchhalter **Hermann Klauß**, 49 J. — Schuhmachermeisterin **Auguste Dieking**, 78 J. — Kaufmann **Robert Keil**, 51 J. — Vorsteher der abotischen Gemeinde **Gustav Reiner**, 68 J. — Rentier **Paul Dertel**, 68 J. — Rentier **Wilhelm Richter**, 36 J. — Schuhmacherlehrling **Willi Blachke**, 15 J. — Kaufmann **Walter Neumann**, 20 J. — Tischler **Paul Barisch**, 29 J. — Rüstler **August Glöckner**, 54 J. — Dienstmädchen **Selma Schwabe**, 23 J. — Schlosser **Karl Rosenberger**, 60 J. — Versicherungsbeamtenin **Pauline Gruert**, 76 J. — Arbeiterin **Pauline Schlappe**, 44 J. — Gausbälter **Karl Schwarzer**, 50 J. — Maurer **Emil Konia**, 74 J. — Zimmermann **Karl Wernig**, 33 J. — Arbeiter **Andreas Giller**, 59 J. — Tischlerin **Wolfgang Krause**, 65 J. — Ratswitwe **Gertrude Seife**, 78 J. — Rentier **Wolfgang Reischelt**, 58 J. — Rentier **Karl Reischelt**, 40 J. — Arbeiterin **Martha Krause**, 36 J. — Witwe **Struß**, 18 J. — Müllerin **Wolfgang Weidert**, 83 J. — Major **Dr. Albert von Lautner**, 49 J. — Rentierin **Selma Biehl**, 49 J. — Dienstmädchen **Marie Wiesner**, 19 J. — Kammerfrau **Julie Paul**, 90 J. — Kaufmannsrau **Anna Kahl**, 49 J. — Schneidermeisterin **Ida Gantich**, 61 J.

Gottesdienst

für Schwerhörige

Sonntag, d. 10. März, nachm. 3 Uhr in der Christophorikirche.

Von meiner Eintausfreile

zurückgeführt, empfehle ich garnierte u. ungarnierte Güte

vornehmen Genres au außergewöhnlich billigen Preisen.

C. Orgler,

43a Schweidnitzer-Straße 43a, Apotheke, Eingang Hummerlei.

Telephon 11189.

Altes Perlcollier,

möglichst nicht unter Erbsten-größe, auch bei geringer Quali-tät, gegen sofortige Barzahlung in jeder Höhe des Objekts zu kaufen gesucht.

G. A. Scheel, Goldschmied, Raffel.

Dienstag den 19. März cr. nachmittags 6 Uhr findet in dem über der Sakristei der Maria-Magda-lenen-Kirche belegenem Kirchsaal — Eingang Altkücherstraße — die dies-jährige

Generalversammlung

des Breslauer Zweigvereins der Gustav-Adolf-Stiftung mit folgender Tagesordnung (Satz. 1) Bericht der Rechnungsrevisionskommission. 2) Entlastung des Schatzmeisters. 3) Wahl von drei Rechnungsrevisoren und eines Stellvertreters. 4) Kassenbericht. 5) Verteilung des an gebotenehenden Drittels. 6) Wahl von drei Deputierten zur General-versammlung des Schlesischen Hauptvereins. 7) Mitteilungen. Es laßt hierauf die sehr geehrten Vereinsmitglieder anura erbenst ein

Breslau, 8. März 1912

Der Vorstand

des Breslauer Zweigvereins der Gustav-Adolf-Stiftung.

ges. Pastor prim. Schwartz als Vorsitzender.

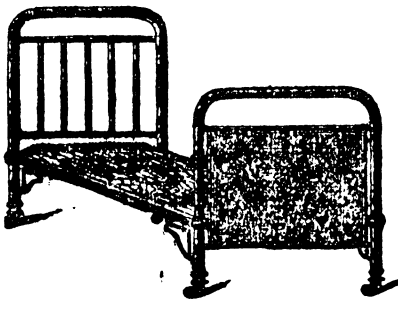
Johann Bensch sen.

Tel. 1045. Schuhbrücke 61/62. Tel. 1045.

Beerdigungen
Leichentransporte
Feuerbestattungen

Offerten nur auf Verlangen.

Bettstellen



Bestes
deutsches
Fabrikat!

Niedrigste
Preise!

Matratzen :::: Keilkissen

Bettfedern

Leinenhaus Bielschowsky

Nikolaistr. 75/76 Breslau Herrenstr. 26.

Trauerhüte

in grösster
Auswahl

nur in eigenen Ateliers hergestellt,
keine Fabrikware.

D. Marcus, Ohlauerstr. 52.
Telephon 3143.

Auswahlsendungen bereitwilligst.

Heute, 8 Uhr pünktlich. Grosser Saal des Beethoven-Abend Godowsky-Huberman

Karten 5,40, 4,30 3,20 Mk. (die anderen Plätze vergriffen) bei Königl. Hof-Musikalienhänd. Hainauer und an der Abendkasse.

Kammermusiksaal, Freitag, 15. März: II tes (letztes) Konzert RUDOLF WEINMAN. (Programm auf den Affichen.) Karten bei Hainauer.

Sonnabend, 9. März, abends 8 Uhr im Friebeberg

Grosses Gala-Saalsportfest

anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Radfahrervereine „Silesia“ u. „Wratislavia“

Farbenreigen, Radballwettbewerbe, Kunst-u. Schulsportkonkurrenzen erster Mannschaften Deutschlands.

Festball.

Alles Nähere die Plakate an den Anschlagstulen.

Medizinische Sektion. Freitag, den 8. März 1912, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshause, Matthiaskunst. Vorträge der Herren: Geheimrat Hürthle und Dr. Rothmann.

Stadt-Theater.

Freitag 7½ Uhr: „Der Rühreigen.“
Sonnabend 7½ Uhr: „Der Zigeunerbaron.“
Sonntag nachmittags 3½ Uhr: „Undine.“
Montag 7½ Uhr: „Lannhäuser.“

Lobe-Theater.

Freitag 7½ Uhr: „Die fünf Frankfurter.“
Sonnabend 7½ Uhr: „Die fünf Frankfurter.“
Sonntag nachmittags 3½ Uhr: „Glaube und Heimat.“
Abends 7½ Uhr: „Die fünf Frankfurter.“

Thalia-Theater.

Freitag, Gruppe H. 6. Vorstellung „Die Anna-Liese.“
Sonntag 7½ Uhr: „Schuldig.“
Billetverkauf Freitag und Sonnabend von 10—2 Uhr im Stadt- und Thalia-Theater.

Schauspielhaus.

Freitag 8 Uhr: „Alt-Wien.“
Sonnabend 8 Uhr: „Sum 1. Male: „Die Liebeschule.““
Sonntag nachmittags 3½ Uhr: „Der Rodelzigeuner.“
Abends 8 Uhr, zum 2. Male: „Die Liebeschule.“

Neue Börse, Graupenstr. 15. Sonntag, den 10. März 1912, abends 7½ Uhr:

Konzert des Kaufmännisch. Gesangsvereins

gegr. 1868.
Leitung: Joh. Koczy.
Solisten:
Fräul. Steffi Koschate (Violine), Herr Sigmund Hecker (Gesang). Karten à 1 Mk. bei Hainauer, Offhaus (Weiss), Barasch, Hoppe, Schletter und Michaelis.

Liebichs

Etablissement. — Telephon 1646. —

Henry Bender

mit seinem neuesten Schlager: Der „Rosenkavalier.“

Ausserdem:
Familie Kreino
Ada Pagini
Carl Sedlmeyer
etc. etc. etc.
Anfang 7½ Uhr.

Sonntag:
Nachm. - Vorstellung.

Christophori-Bar

Künstlerkonzert Weidenstraße 29. x)

Parkettfußboden

metd. faubt acceimiat u. gebobnert. 28. Schmitz, Kirchstraße 6. (x)

Victoria-Theater.

Haskel

in der Posse:

12²⁴ Nachts.

Tilly Verdler-Ohio

Buccaris-Fritz Brand.

„Der zweite erste Mensch.“

ang 8 Uhr. Bons gültig.

Moulin Rouge

Reue Cafe 17, I. * Täglich Ball. *

Klavier- und Violonunterricht, auch in den Abendstunden. Schreier, Taubentzenstraße 48, III.

Gründl. Klavierunterricht wird erteilt Schulstraße 61/62, I. I.

Geschmackvolle Neuheiten

Möbelbezug-Stoffe

Gardinen-Stoffe

Wand-Spann-Stoffe

Cretones u. Leinen

Teppichbelegstoffe

Läuferstoffe.

Solide Preise!

Man verlange die neuen Kollektionen.

Julius Aber,

Schweidnitzer-Strasse 51, Ecke Junkernstraße.

Telephon 1513.

Wir bieten jetzt besonders günstige Kaufgelegenheit für ausrangierte

Teppiche

aller Arten und Größen, darunter eine Anzahl großer

Ess- und Wohnzimmer-Teppiche.

Einzelne Tell- und Spachtel-Stores, einzelne Fenster Gardinen und Portieren,

Tisch- und Diwanddecken

aller Arten,

Künstler - Dekorationen

in Kacheln, Tuch- und Velvet (speziell rot und Kupfer) und Kelm-Imitation.

Läuferstoffe

in Jute, Wolle und Cocos zu überaus billigen Preisen.

Teppich- u. Linoleumhaus

Korte & Co., Breslau, Albrechtsstraße 55, 1. Etage.

Bücher-Revision, Ordnen rückständiger Bücher, Buchführung im Abonnement usw. Wilh. Viereuse, x) Am Ohlauufer 2. Fernspr. 6611.

Organistenstelle.
 an der evangelischen Dreifaltig-
 keitskirche zu bezeugen.
 Der Gehalt beträgt 150 Mark nach je 3 Jahren.
 Nach dem Geset vom 7. Juli 1900.
 Am 18. d. M. an den Gemeindevorstand.
 ev. Gemeinde.

gebisse
 40-50 Pf.
 Lage 25, 1. Et. an der Laufbrücke.

Wijnand F O C K I N K

Weltberühmte Liqueure.

Curaçao
Cherry Brandy
Half & Half.

General-Vertreter: P. Goretzky, Dresden.

2 Freitag u. Sonnabend billige Gemüse-Tage

3000 Riesentöpfe französischen
Blumenkohl, bis 8 Pf. schwer, v. 50 Pf. an,
1 Kist, 12 Kisten, M. 7.50, frei Bahnhof hier.
la Artischocken, Stück 35 n. 40 Pf.,
1 Postkist, 10 Stück, M. 8.80, franko 1. Zone.
Endivien, Rapsalat, Escarol, Chicorée, Spinat.
Neue Canar. Kartoffeln, Pfd. 22 Pf.,
10 Pfd. M. 2.—, Bahnkist, 38 Pfd., M. 7.80, inkl. Emb.,
frei Bahnhof hier.
Neue Malta-Kartoffeln, Pfd. 14 Pf.,
10 Pfd. 1.35, Bahnkist, 38 Pfd., M. 5.15, inkl. Emb.,
frei Bahnhof hier.

Otto Stiebler, Hoflieferant,
Breslau, Zwingerplatz 5 u. Filialen.

Kristallene Klarheit

Schafft auf dem Gebiete des Kaffeestens das Thum'sche Veredelungsverfahren, über das die praktische Arbeit des Geheimrats Harnak, die Abhandlungen Dr. Lenggeler's und des Privatdozenten Dr. Heilpach interessanten Aufschluss geben. Wie bekannt, habe ich die Lizenz für das Thum-Verfahren, durch welches das Problem einer rationellen Kaffee-Veredelung endgültig gelöst ist, für Breslau und Oberschlesien erworben und offeriere:

Kristall-Mokka, per Pfd. 1.50, 1.80, 2.—, 2.20 u. 2.40 M.
Max Schönfelder,
Kaffee-Groß-Händler,
Breslau, Albrechtsstraße 56 und Filialen.

Geschäfts-Verkehr

in Grundstücken, Hypotheken etc.

Hervorragend routin. Sachmann übernimmt
An- u. Verkäufe von Rittergütern u. Gütern
jeder Größe mit jeder Anzahlung. Ausführl. Angebote unt. P 11 2719 an Rudolf Mosse, Breslau.

Ein Gut

mit guten Bodenverhältnissen, nicht unter 300 Morgen, in Ober- oder Niederschlesien, an Kaufmann zu verkaufen. Agenten verbeten. Gef. Anfr. unter P 235 an die Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Vornehm. Rittergut

mit nachweisl. 4-jähriger Vergütung, Familienbesitz, offeriert b. 300 000 M. Anzahl. Der Beauftr. Ernst Feige, Breslau, Gutenbergstraße 5.

Mein schönes Gut

von ca. 224 Morg. mit gut. Gebäud. u. reichl. Inventar, landwirtschaftl. Masch., 5 Pferde, 80 Stück Vieh, 25 Schweine, Ackerland in bester Kultur, schön. Obstpark, verläuft für 94 000 M., Anzahlung 25 000 M., Rest unter P 64 an die Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Schönes, bankbares Gut

225 Morgen, Kreis Liegnitz, hoher Kultur, Weizen, Roggen, Getreide, Vieh, 80 Pferde, 80 Stück Vieh, 25 Schweine, Ackerland in bester Kultur, schön. Obstpark, verläuft für 94 000 M., Anzahlung 25 000 M., Rest unter P 64 an die Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Rittergut nahe Bresl., an Bahn, 300 Morg., Weizen, Roggen, Vieh, 80 Pferde, 80 Stück Vieh, 25 Schweine, Ackerland in bester Kultur, schön. Obstpark, verläuft für 94 000 M., Anzahlung 25 000 M., Rest unter P 64 an die Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Verkauf eines Rittergutes
von ungefahr 1000—2000 Morg. bei ca. 250 000 M. Anz. und erbittet gef. Zuschrift, von Herrn, die mit mir diesbezüglich in direkte Verbindung, frei, will, unt. „Oberamt, von C.“ postl. Rietern-Breslau, Postamt 18.

Herrl. geleg. Rittergut

ca. 840 Morg., auf Stieberg, an best. Weizen, ff. Vieh, u. Wald, an Chaussee und Bahn, schön. Schloss, rentabl. Weiz., b. 130 000 M. Anz. zu verkaufen. Anfr. von Selbst. u. P 27 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Brennerei-Rittergut

in ff. Lage Bresl., 1245 Morg. milt. Ackerland, Wein und Ackerbau, schön. Schloss, rentabl. Weiz., b. 130 000 M. Anz. zu verkaufen. Anfr. von Selbst. u. P 27 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Bl. Rittergut

337 Morg., gr. arrond. Jagd, eig. Gutsbes., reichhaltig, maßl. Schloss, 12 Zimm., 6 Wg., Park, 100 bei 25 000 M. Anz. u. Selbst. u. P 27 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Güter,

2 u. 4 km zur Gymnasialstadt, in best. Zustand, 100 u. 400 Morg. groß, mit ca. 25 u. 60 000 M. Anz. u. Selbst. u. P 3720 an Rudolf Mosse, Breslau.

Gut,

etwa 1000 bis 1500 Morg. weizenfähiger Boden, gute Gebäude, gutes Inventar, bei bedeutender Anzahl. zu kaufen gesucht. Gef. Angebote unter K 5903 befördert Daube & Co., Berlin SW. 19.

Hirschbrunnst.

3 geschnittene
Karpathenreviere,
alle nebeneinander, mit ganz fabelhaften Stichen (sichere Bejagd) und Wägen als Standplätze sind umständlicher für dieses Jahr
zur Brunnst. abzugeben.
Nr. 1: 3 Hirsche, 1 Bar. Nr. 2: 5 Hirsche, 1 Bar. Nr. 3: wie 1. eventl. 2 und 3 zusammen für 2—3 Hirsche. Vermittlung verbietet. Keine „Abkürzungen“! Anfragen nur von tüchtigen Hirschgelehrten. Näheres unter M 29 an die Geschäftsstelle der Schell. Stg. erbeten.

Kalklenderen

oder
Kalkwerk
wird von zahlungskräft. Herrn zu kaufen gesucht. Ausführl. Angeb. unter Kalk N 209 an die Geschäftsstelle der Schell. Stg. (3)

Roggenlaugstroh

und laugegebräutes
Roggenbrotstroh
frei von Kleinfrost. Entsendung von Angeboten mit Preisforderung wird erbeten.

Strebamer Landwirt sucht
Pachtung event. Kauf,
von 100 000 M. ausreichen. Anfr. unt. P 124 Geschäftsstelle der Schell. Stg. erb.

Viel Geld

ist zu verdienen durch Erwerb von 18 Morgen land. Acker zum
Hochwasserfisch
Nur ernste Käufer erhalten Ausl. Anfr. unt. P 134 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Villa

in Rietern-Breslau. Ausl. erteilt W. Knittel, Maurermeister in Rietern.

Wegen Wenigens verkaufe ich bald billigst
Villa Louise
in Weidenhof

Preis Breslau. Im Landhausstil gebaut, liegt sie in dem 1. Morgen an einem schönen Garten, ist ganz unterkellert, hat 7 Zimmer, große Glasveranda, Badelunge, Wasserleitung etc. und die nötigen Wirtschaftsgebäude. Der Bahnhof ist in 5 Min. zu erreichen, bequeme An- und Abreise mit Breslau.
Gef. Angebote nur von Selbstkäufern erbittet
D. Krenn, Weidenhof.

Binshaus,

gute Kapitalanlage, sofort preiswert zu verkaufen. Anfr. unter P 118 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Villen-Verkauf!

6 Zimm., Küche, Bad, groß. Garten, an Walde geleg., 15 Minuten von Stadt u. Bahn, schön. Anfr. unt. P 167 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Moderne Villa

in Oberital., herrl. Lage, 5—6 Z., ca. 1/2 Morg. alt. Garten, für den bill. aber festen Preis von 19 500 M. zu verkaufen evtl. zu verpachten. 15 Näb. J. Koschek daselbst.

Landhaus

m. 9 Zimmern, 2 Küchen 3 Kabinett, gr. Kellerräum, gr. Garten, Wasserleitung, ev. elektr. Licht, als Ruhe- u. als Sommerhaus, sofort zu verkaufen. Näheres b. W. M. Peter, Altmeyerstr., Neb.-Schreiberei im Rieterngebäude.

Villa

in Trebnitz ist fortwährend, unter sehr günst. Beding., b. nur 4—5000 M. Anz. zu verkaufen. Das Best. ist in neuem Stil erbaut, elektr. Beleuchtung, Bad etc., schöner Obst-, Bier- und Gemüse-garten. Gesamtfläche beträgt 2127 qm. Kaufpr. 32 000 M. Anz. unter P 65 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Gutshaus

mit größerer Jagd, dabei Wald von mindestens 300 Morgen, zum 1. Juli d. J. von höherem Beamten a. D. zu pachten gesucht.
Schlesien oder Ost-Preußen. Angeb. u. J 253 Geschäftsstelle der Schell. Stg. 1

Binshaus

in schöner Kreisstadt Schlesien, gel. in guter Lage, auch als Geschäfts- u. Wohnhaus einrichtbar, mit einer dazu gehörigen, bequem ausmünd. Wasser- u. Abwasserleitung, ist billig zu verkaufen. Günstige Hypothek. mögliche Anzahlung. Anfr. u. M 281 an d. Geschäftsstelle der Schell. Stg. 1

Binshaus (Süd.) m. ar. über- ausst. schön. Anfr. u. M 281 an d. Geschäftsstelle der Schell. Stg. 1

Bauterrain in Gräbichen
1123 Quadratmeter, verkauft bill. ohne Zwischenhändler
Prok. W. St. Kleinburg, Gräbichen-Allee 17.

Terrain z. Villenbauten
in Kleinburg
hat abzugeben. Näheres Gräbichen-Allee 17.

Schreiberbau.
Modernes Eigenheim,
nahe der Sagenhalle,
mit herrlicher Fernsicht, 7 Zimm., große Veranda, Bad, Wasserleitg., Gas, elektr. Licht, sofort zu verkaufen; auf Wunsch mit vollständiger Einrichtung, fester Preis 28 000 M., Anzahlung 6000 M. Anfr. u. P 148 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Wein Grundstück
mit 1/2 Hektar, m. 800 qm Garten, Gläser, Barfakt, Pers.-Aufs., freie Anz. bei 80 000 M. Anz. zu ver- k. u. P 135 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Grundstück
am Ringe, neben Hotel, mit allem, gutem Kolonialwaren-, Drogen- u. Jagd-Materialien-Geschäft, ist erbt. teilungshalber sofort
zu verkaufen.
Näheres durch Gustav Junge, Goldberg i. Schl.

Wohn- und Geschäftshaus

Frankfurterstraße 33,
vollständig vermietet, erbt. u. halber bei M. 8000 Anzahlung
zu verkaufen.
Preis M. 78 000. Mietseinnahme bei billiger Miete M. 6200.
Hypotheken jahrelang fest. Vermittler verbeten. Näheres im
Comptoir **Leinenhaus Bielschowsky, Nikolaistr. 75/76.**

Destillations-Ausschank,

flottes Geschäft mit voller Konzess. in Schles., m. von tücht. Sachmann sofort zu pachten gesucht. Späterer Kauf nicht ausgeschlossen.
Zuschriften unter P 161 an die Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Privatgeld

für vorzügl. Bauprojekt gesucht. Höhe Rentabilität gesichert. Haupt- teil des fertigen Objekts sofort für 10 Jahre sehr günstig zu vermieten. Interessenten erfahren Näheres unt. P 162 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Sanierung, Schuldenregulierung, Beratung, Instand- setzung

und event. Verkauf größerer Güter durch leistungsfähigste Kaufmännisch erfahrenen früh. Landwirt in diskreter Weise. Näb. unter F F 271 Geschäftsstelle der Schell. Stg. 1

Stiller Teilhaber gesucht

mit einer Einlage von mindestens 60 000 M. bei Gewinnbeteiligung und guter Verzinsung zur Erweiterung eines gutgehenden Fabrikations- geschäftes der Textilbranche.
Anfr. unter P 151 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Schloßgärten, Partanlagen, Obstgärten

holat aus, Licht und best. Anfr. unter P 120 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Carl Quasthoff, Liegnitz, Landschaftsgärtner.

Es wird für möglichst bald ein
Gasthaus
zu pachten gesucht. Am liebsten in einem größeren Dorf mit etwas Acker, oder größerem Garten, Gef. Angebote unter M 270 an die Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Modern eingerichtetes
Zigarren-Geschäft
zum 1. April zu verkaufen. Erforderlich ca. 5 000 M. Anz. u. P 120 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Aufmann sucht aktive Beteilig- ung an
Leinen- und Baumwollwaren- Engros-Geschäft
mit 15 000 M. Bareinlage. Zuschrift. u. P 205 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Privatgeld für gute ill. Hypo- theken hier und auf Land sucht Agentur Hooze, Breslau 11.

Von einem ersten industriellen Werke im Rieterngebäude wird zur Vergrößerung und Umleitung für sofort gesucht

75 000 Mark

gegen Hypoth. Sicherstellung u. Gewinnbeteiligung oder als Gesellsch. einlage mit mindestens 10% Verzinsung. Agenten oder Vermittler vollständig zwecklos. Offert. unter B B 3892 an Rudolf Mosse, Breslau.

45 000 Mark
auf 1. Hypoth. direkt hinter der Landschaft und fast im Rahmen der Landk. rare auf erstklass. Mitteln. Oberleitungs zum 1. 7. 1912 auf längere Jahre gesucht. Anfr. unt. M 224 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

20 000 M. goldsch.
Hyp. für 18 000 M. zu verf. Selbst. Näher. u. P 127 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

20 000 Mark zur 2. Stelle
hinter 80 000 M. Bankk. auf werth. Gut in Schlesien a. 1. April direkt u. Darlehen gesucht. Angeb. unt. M 288 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Gut mit Weizenboden.
Gef. Anfr. unt. P 131 Geschäftsstelle der Schell. Stg. Vermittl. abgelehnt.

130 000 bis 150 000 M.
erstklassig werden auf ein Binshaus im Zentrum Breslaus gesucht. Der gemeine Wert ist über 200 000 M. Anfr. u. P 140 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

60 bis 120 Wille
Hypoth. direkt hinter Landschaft, auf Prima-Rittergut bei Stadt i. Schl. zu beziehen. Anfr. nur v. Selbstk. unt. P 144 Geschäftsstelle der Schell. Stg.

Geld Berlin, 19. unter N M 593.

Reitpferd,
hellbrauner Wallach, ohne Abzack, ca. 10 Jahre alt, 175 cm groß, gute Reine u. gute, auf gerillten, bei Truppe geübt, f. flotten Reiter sehr zu empfehlen, wegen längerer Abwesenheit des Herrn verkauft.
Dom. Trebnitz, R. Rietern.

Dom. Nieder-Runk
b. Rietern verkauft wegen Zulassung eine 4-jähr. br. selbstgezügt. figurante

Stute
mit guten Gängen.

DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1911.

Politische Beunruhigungen haben dem zweieinundvierzigsten Geschäftsjahr unserer Bank das Gepräge verliehen. Marokko, Tripolis, Persien, Portugal, China —, diese Namen bezeichnen mehr oder weniger schwere Sorgen, die das weltwirtschaftliche Leben im Jahre 1911 gekostet haben. Trotz dieser Hemmnisse konnte die aufsteigende Konjunktur der deutschen Volkswirtschaft weitere Fortschritte machen.

In England, und während der Marokkoprobleme auch in Frankreich, ist die Lage des deutschen Wirtschaftslebens mehr denn je als eine bedenkliche zu schildern. Dabei hatte die Reichsbank mehr Gold als die Bank von England, und die Kurse der heimischen Staatswerte fielen unter dem Druck der politischen Vorkommnisse in England und Frankreich stärker in Deutschland. Die relativ gute Haltung des deutschen Geldmarktes wurde auch nicht erschüttert durch die Abziehung fremder Gelder, die auf kurze Fristen in Deutschland angelegt waren. Im In- und Auslande wird der Umfang und die Bedeutung der fremden Gelder für Deutschland viel überschätzt; es wird meistens übersehen, daß den kurzfristigen Forderungen des Auslandes an Deutschland stets auch erhebliche deutsche Forderungen an das Ausland gegenüberstehen. Wir haben seit Jahren so disponiert, daß unsere kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande im Gegengewicht in jederzeit greifbaren Guthaben und Forderungen an das Ausland standen. Speziell in der kritischen Zeit des letzten Späthommers war unsere Position in dieser Beziehung stark aktiv. Insbesondere haben wir seit längerer Zeit davon abgesehen, in irgend einer Form kurzfristige Gelder aus Frankreich anzunehmen.

Der Reichsbanksaß betrug im Durchschnitt 4,397 % gegen 3,46 % in 1910, der Berliner Privatdiskont betrug 3,531 % gegen 3,54 %, während also der Privatdiskont im Durchschnitt etwas gefallen ist, war der Bankdiskont um einen kleinen Bruchteil höher, ein Beleg für die vorsichtige Diskontpolitik der Reichsbank, welche dann ermöglicht hat, mit einem Satz von 5 % über den Jahreswechsel auszukommen.

Die Getreideernte war befriedigend; aber ungewöhnliche Trockenheit während des dritten Quartals ließ die Ernte in Zuderrücken, Kartoffeln und Futtermitteln teilweise misraten.

Die deutsche Rohstoffe-Produktion betrug 15½ Millionen Tonnen gegen 14,8 im Vorjahre und 10¼ in Großbritannien. Die Produktion von Steinkohlen wuchs von 153 Millionen Tonnen auf 160; die von Koks von 23,6 Mill. Tonnen auf 25,4. Die elektrotechnische Industrie konnte die große Fülle lohnender Aufträge kaum bewältigen. Eine reichliche Baumvollerrnte lieferte der so wichtigen Holzindustrie billigeres Material und erleichterte die deutsche Zahlungsbilanz um große Summen.

Der deutsche Außenhandel zeigte im Berichtsjahre wiederum ähnliche Zahlen: eine Erhöhung der Einfuhr (ohne Edelmetalle) von 330 Millionen (im 1910) auf 354,4, und eine Erhöhung der Ausfuhr von 474 Millionen (im 1910) auf 510,2 im Berichtsjahre. Dabei überwiegt die Einfuhr den Export von Gold um 124 Millionen und lieferte auch im Berichtsjahre den Beweis, daß Deutschlands Zahlungsbilanz eine aktive ist. Der englische Außenhandel ist in geringerem Verhältnis gelegen und die Ausfuhr Frankreichs sogar gefallen.

Die Kapitalbildung war eine reichliche. Abgesehen von den empfindlichen deutschen Staatsanleihen sind Effekten im Wert von über 200 Millionen mit dem Reichstempel versehen worden, eine halbe Milliarde mehr als im Vorjahre. Die Statistik der Emissionen weist dagegen einen Rückgang auf, namentlich weil das Reich und Preußen keine neuen Anleihen aufzunehmen hatten. Trotzdem sind die deutschen Staatsanleihen noch etwas im Kurse gefallen, weniger allerdings als die englischen.

Die Einlagen in deutschen Sparkassen zeigen dauernd erfreuliche Vermehrung. Um die Sparkasseneinlagen in den vier größten Kulturländern zu vergleichen, müssen wir zwei Jahre zurückgreifen, weil die einheitliche Statistik nicht weiter reicht. Es betragen die Sparkasseneinlagen Ende 1909 für die Vereinigten Staaten Juni 1910:

	in Millionen	auf den Kopf der Bevölkerung
in Großbritannien und Irland . . .	4,422 „	99 „
in Frankreich . . .	4,445 „	113 „
in den Vereinigten Staaten . . .	17,096 „	185 „
in Deutschland . . .	15,672 „	242 „

Der in den meisten Teilen des Deutschen Reichs herrschende Gebrauch, die Mieten, Beamtengehälter, Hypotheken und Zinsen an den Kalendertag zu bezahlen, führt ganz regelmäßig zu diesen vier Terminen, namentlich aber in der Erntezeit und zum Jahresabschluß, zu außergewöhnlichem Bedarf an Gold, Scheidemünzen und Banknoten. Es kann zu einer Besserung der bestehenden Zustände führen, wenn durch Krediterschwerungen zu den Terminen an den Symptomen kuriert wird, anstatt daß die Ursachen der regelmäßigen Inflation des Geldmarktes beseitigt werden. Die wirksamen Mittel zur Erreichung dieses Zieles liegen in einer Verbesserung der deutschen Zahlungsorganisation; hierher würde gehören: die Verlegung der Zahlungsstermine für Beamtengehälter und Mieten auf andere, verschiedene, Termine; Einführung des beglaubigten Schecks an Stelle der noch häufig vorkommenden Barzahlungen bei Hypothekenregulierungen; wie überhaupt die Verallgemeinerung des in England und Amerika allgemein ausgebreiteten Scheck- und Wechselverkehrs, durch welchen der starke Goldumlauf im Publikum sich verringern und das Gold nach der Zentralstelle strömen würde. Inzwischen und bis die Ursache des starken Bedarfs von Umlaufmitteln zu den Quartalsenden beseitigt wird, ist damit zu rechnen, daß Vargel am Schluß jedes Kalenderquartals in Deutschland einen Wert von 1/2 bis 1/4 % bedingen dürfte. Es wäre aber verfehlt, aus dieser Erscheinung, die, wie jeder Geschäftsmann weiß, z. B. in New-York häufiger vorzukommen pflegt, phantastische Zinsätze herauszurechnen.

Unsere während des Jahres veröffentlichten Zwischenbilanzen haben starke Schwankungen aufzuweisen, die indessen zum größten Teil mit der Verrechnung und Abwicklung größerer Anleihegeschäfte zusammenhängen und also zufälliger Natur waren. Die bekannten politischen Vorfälle haben uns in der zweiten Jahreshälfte weitgehende Zurückhaltung auferlegt. Die naturgemäß wachsenden Ansprüche unserer ausgedehnten Kundschaft konnten wir aus unseren flüssigen Mitteln befriedigen, die sich dadurch etwas verringert haben. Andererseits konnten wir uns nicht entschließen, durch übertriebene Zinsvergütungen Gelder an uns heranzuziehen. Eine der größten Londoner Depositenbanken weist in ihrem jüngsten Bericht darauf hin, daß sie in bezug auf die Liquidität an der Spitze sämtlicher Londoner Banken stehe, daß nämlich ihre flüssigen Mittel 67,4 % ihrer sämtlichen Kreditoren betragen; dabei sind Akzepten und Jahresgewinn nicht unter die Verpflichtungen, Reports anscheinend nicht unter die Deckung gerechnet. Wenn wir die Zahlen, soweit es nach den viel summierten Ausweisen der Londoner Banken möglich ist, den unsrigen gegenüberstellen, so fällt der Vergleich jedenfalls nicht zu unseren Ungunsten aus. Dabei liegen große Unterschiede vor zwischen den Dispositionen, welche eine englische Depositenbank nehmen kann und den Dispositionen, welche ein deutsches Bankinstitut durch die Verhältnisse zu treffen gezwungen ist: die englischen Banken können eine viel größere Masse halten, weil ihre Depositen unverzinstlich oder gegen ganz geringe Zinsvergütung eingelegt sind. Außerdem überläßt die englische Regierung ihre sehr bedeutenden Massenbestände zinsfrei der Bank von England, während bei uns die Ausleihungen oder Einzahlungen der Staatsinstitute den Geldmarkt nur zu oft um relativ kleiner Zinsvorteile willen bald in jehinbaren Überfluß, bald in übertriebene Knappheit versetzen.

Das Baugeschäft leidet schwer unter dem Druck der erhöhten Übertragungskosten und der Reichwertzuwachssteuer, die sich, wie von sachkundiger Seite vorausgesehen war, als verfehlt erwiesen hat. Unsere im vorjährigen Geschäftsbericht ausgeprobenen Befürchtung, daß durch die gesetzgeberischen Maßnahmen der Mittelstand im Baugeschäft ausgeschaltet werden würde, beginnt sich leider zu verwirklichen. Der Umsatz von Berliner Grundstücken ist gegen das Vorjahr um 143, gegen 1906 sogar um 100 Millionen gesunken; immerhin betrug der Umsatz im Berichtsjahr noch 53 Millionen.

In den Vereinigten Staaten litt namentlich das Börsengeschäft, aber auch das ganze Wirtschaftsleben, unter der Unsicherheit des Ausfalls der

im laufenden Jahre bevorstehenden Präsidentenwahl und der davon abhängigen künftigen Zollgesetzgebung.

Die weitere Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens hängt mehr als seit Jahrzehnten von der internationalen Politik ab. Wenn sich insbesondere die in jüngster Zeit aufgetauchten Hoffnungen auf ein besseres Verhältnis zu unseren englischen Stammesvertern erfüllen, dürfte die trotz mancher Abstreifungen gesunde Verfassung der deutschen Volkswirtschaft auch im Jahre 1912 eine weitere günstige Entwicklung ermöglichen.

Auf die einzelnen Zweige unseres Geschäfts übergehend, berichten wir: Unser Gesamtumsatz betrug 126 Milliarden Mark gegen 112 Milliarden im Vorjahr.

Unser Bruttogewinn ist abermals erheblich gewachsen, namentlich die Zinserträge und Provisionen, während Effekten und Finanzgeschäfte den Verhältnissen entsprechend mit geringeren Gewinnbeiträgen erscheinen. Dagegen sind allerdings auch unsere Unkosten wieder stark gestiegen, beinahe ausschließlich durch Aufwendungen zugunsten unseres Personals, dem wir u. a. eine Feuerungszulage bewilligt haben. Die Beiträge zu unserem Beamten-Fürsorge-Verein sind erstmals für volle zwölf Monate bezahlt worden und bedeuten für die Bank eine Belastung von 1 200 000 M., die mit der Zunahme des Personals noch weiter wachsen wird.

Für Steuern und Abgaben hatten wir 3 453 968,51 M. zu zahlen; für Stempel und außerhalb des Unkosten-Kontos zu Lasten der betreffenden Rechnungen, außerdem erlegt worden annähernd 11 Millionen Mark.

Für Laokosten mußten wir aus dem Reingewinn des Berichtsjahres wieder 400 000 M. reservieren.

Unsere Filialen haben befriedigende Ergebnisse gebracht; die neuen Filialen in Brüssel und Konstantinopel haben erstmals zum Gewinn der Bank mit beigetragen. In Brüssel ist ein benachbartes Grundstück gekauft worden, auf dem im laufenden Jahre ein Neubau für unsere Filiale entstehen soll.

Der durch uns vermittelte Warenaustausch mit den überseeischen Ländern war lebhaft.

Die Deutsche Überseeische Bank errichtete neue Niederlassungen in Rio de Janeiro und Montevideo de Santa Fé; ihr Abschluß zeigt erfreuliche Entwicklung; die Dividende wird mit 9 % wie im Vorjahr beantragt.

Die Zahl unserer Kontokorrentverbindungen bei der Zentrale, einschließlich der bei unseren Depositenfilialen in Berlin und seinen Vororten geführten Rechnungen, betrug am Schluß des Berichtsjahres 183 621 gegen 172 995 im Vorjahr.

Die Zahl der bei unserer Bank überhaupt geführten Konten belief sich beim Jahresabschluß auf 254 471 gegen 238 701 Ende 1910.

Während des Berichtsjahres gingen bei der Zentrale an Wechseln ein und aus 4 181 339 Stück im Gesamtbetrage von 18 601 177 196,20 M. Ein Abschluß betrug im Durchschnitt 4 448,60 M. gegen 3 987,83 M. im Vorjahr.

Die Zahl unserer Beamten hat sich abermals gesteigert und zwar von 5816 auf 6137 am Jahresabschluß, obgleich keine neue Filialen errichtet wurden; dagegen haben wir in Chemnitz eine Depositenfiliale errichtet, welche von der Filiale Dresden aus geleitet wird.

Die Abschreibungen auf Immobilien mußten wir etwas höher ansetzen, weil durch den erforderlichen Abruch wertvoller Baulichkeiten, zum Zweck der Errichtung von Bankgebäuden für unseren Geschäftsbetrieb, eine entsprechende Wertverminderung unseres Grundbesitzes eintritt.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen“ und Kommanditen ist die Dividende für 1910 auf unseren Besitz an Aktien

der Deutschen Überseeischen Bank (9 %),
der Bergisch-Märkischen Bank (8½ %),
des Schlesischen Bankvereins (7½ %),
der Hannoverschen Bank (7½ %),
der Essener Credit-Anstalt (8½ %),
des Essener Bankvereins (7 %),
der Rheinischen Creditbank (7 %),
der Deutsch-Ostafrikanischen Bank (10 %),
der Privatbank zu Göttingen (7 %),
der Württembergischen Vereinsbank (7 %),
der Niederlausitzer Bank A. G. (5 %),
der Oberrheinischen Spar- und Leih-Bank (9 %),
der Süddeutschen Bank (6 %),
der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (15 %) und der Deutschen Treuhand-Gesellschaft (15 %).

Die Aktien der Süddeutschen Bank sind im Berichtsjahre durch Fusion in Aktien der Pfälzischen Bank umgewandelt worden; dieses letztere Institut (Kontokorrentkapital 50 Millionen) hat mit der uns verbündeten Rheinischen Creditbank eine Interessengemeinschaft abgeschlossen und ist dadurch zu unserer Befriedigung in unseren Kreis eingetreten.

Die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft hatte, dank einer guten Ernte, abermals ein sehr günstiges Jahr; zum erstenmal ist auf der Stammlinie die garantierte Bruttoeinnahme überschritten worden, und die türkische Regierung hatte, anstatt Subvention zu bezahlen, einen Gewinnanteil zu empfangen. Im laufenden Jahre sollen die Bewässerungsarbeiten für 50 000 Hektaren fruchtbarer Landes an der ersten Teilstrecke der Bagdadbahn dem Betrieb übergeben werden. Mit Zuversicht erhoffen wir hieraus eine solche Verkehrszunahme auf der Konstantinopel, daß auch diese sogenannte Ergänzungsstrecke, ohne Subvention der türkischen Regierung, aus eigenen Einnahmen rentabel wird, und zwar umso mehr, als durch den Anschluß der Bagdadbahn in Konstantinopel die Linie zur Hauptstrecke auch der Anatolischen Eisenbahn zu werden bestimmt ist.

Auch die makedonische Bahn erzielte, wie seit mehreren Jahren regelmäßig, höhere als die garantierten Einnahmen und dürfte von der türkischen Regierungsubvention definitiv unabhängig geworden sein. Ebenso erzielte die Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen wiederum erfreuliche Resultate.

Für die Bagdad Eisenbahn-Gesellschaft war das Jahr 1911 ein besonders wichtiges. Es gelang nämlich im März des Berichtsjahres, mit der türkischen Regierung den Vertrag über den Weiterbau von Heli bis nach Bagdad zu vereinbaren. Gleichzeitig wurde die Konzession für eine allerdings nicht subventionierte Anschlußbahn von der Hauptlinie nach Alexandrette, sowie seitens der Hafengesellschaft Saidar-Pascha die Konzession zum Bau eines Hafens in Alexandrette erreicht. Diese Stadt ist durch ihre geographische Lage dazu bestimmt, den Warenverkehr der Bagdadbahn von und nach dem Mittelmeer aufzunehmen, während Post und Reisende den raschen aber kostspieligeren Weg durch Kleinasien nehmen dürften. Noch im laufenden Jahre soll der Bahnbau von Bagdad aus nordwärts, für den alles Nötige vorbereitet wird, in Angriff genommen werden; Schienen und Schwellen sind auch für diese Strecke beim Stahlwerksverband bestellt worden. Inzwischen ist die Schienenlegung von Aleppo nach Nordwesten wie auch östlich nach dem Euphrat zu bereits im Gange. Im laufenden Jahre dürften weitere ca. 300 km in der türkischen Ebene und bei Aleppo dem Betriebe übergeben werden.

Zimmer wiederkehrenden irtümlichen Behauptungen gegenüber sei darauf hingewiesen, daß die gesamten Mittel zum Bau der Anatolischen Bahnen und der Bagdadbahn bis auf geringe Bruchteile vom deutschen Kapital geliefert worden sind.

Die türkischen Staatsfinanzen haben eine bemerkenswerte Elastizität und Widerstandsfähigkeit bewiesen; die Verringerung des Budgets und die nachhaltige Steigerung der Staatseinnahmen erfüllen alle Freunde der Türkei mit lebhafter Befriedigung. Das deutsch-österreichische Syndikat für die 4 % ige türkische Pölla-Leihe hat den bei der Aneignung der ersten Serie von 7 000 000 L. ausgetauschten Aktien ausgetauscht. Das Syndikat besteht weiter für die Aneignung der ihm in Option gegebenen zweiten Serie von 7 000 000 L.; einsteilen hat es der türkischen Regierung auf die zweite Serie einen Vorstoß von 55 000 000 Mark gewährt.

Die Union Ottomane, Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in der Türkei in Zürich wurde mit erheblichem Nutzen liquidiert, weil die weitere Finanzierung dieses ausstehenden Geschäfts vorteilhafter in Belgien vorzunehmen ist und auf verbesserter Basis unter unserer Beteiligung vorgenommen werden soll.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin war erfolgreich mit der Lösung weiterer Aufgaben beschäftigt.

Der Bau der Ostafrikanischen Bahn ist nach Tabora vorgeschritten und soll ohne Unterbrechung nach dem Tanganika-See weitergeführt werden.

Die Steana Romana A. G. für Petroleumindustrie verteilte wiederum 8 % Dividende und hat neue hoffnungsvolle Grubenfelder in der Entwicklung. Die Gesellschaft hat auf einer deutschen Werft ein Motor-Tankschiff bestellt, um unabhängig zu werden für den Transport einiger Produkte, die nicht von der Flotte der uns nahe stehenden Europäischen Petroleum-Union G. m. b. H. befördert werden. Auch die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft befindet sich in gelunger Position und verteilte 5 % Dividende. Die Preise für Petroleum-Produkte haben sich in den meisten Ländern während der letzten Monate bedeutend erhöht und werden nur in Deutschland aus bestimmten Gründen zurzeit niedrig gehalten. Die Anatolischen Eisenbahnen haben die Feuerung der Lokomotiven mit Petroleum-Rückständen eingeführt.

Die Bayerischen Stickstoffwerke sind in Betrieb gekommen und finden für jede Menge des erzeugten Stickstoffs zu günstigen Preisen willige Abnehmer.

Von neuen Konjunkturalgeschäften, an welchen wir uns im Berichtsjahre als Hauptbeteiligte oder Emittenten interessiert haben und die zum größten Teil im Berichtsjahre abgewickelt worden sind, erwähnen wir die folgenden:

- Abnahme von**
- 4 % Anleihe der Deutschen Schutzgebiete,
 - 4 % Bayerischer Anleihe,
 - 4 % Württembergischer Anleihe und Schatzanweisungen,
 - 4 % Badischer Anleihe,
 - 4 % Hamburgischer Staatsanleihe,
 - 4 % Anleihen der Provinzen Brandenburg, Pommern und Posen,
 - 4 % Anleihen der Städte Aachen, Charlottenburg, Danzig, Dresden (Filiale Dresden), Düsseldorf, Gladbach, Wülfrath, Wülfrath a. Rh., Wülfrath a. d. Ruhr, München, Pirmasens (Filiale Frankfurt), Schöneberg.
 - 4 % Anleihe der Smider Genossenschaft,
 - 4 % Österreichischer Renten-Anleihe von 1911,
 - 5 % Steuerfreier Chilenischer Staats-Anleihe,
 - 5 % Kaiserlich Chinesischer Staats-Anleihe von 1911,
 - 4 % Anleihe der Ges. für elektrisch-e. Hoch- und Untergrundbahnen,
 - 4 % Anleihe der Gesellschaften Bergwerks-A. G.
 - 4 % Obl. der Sächsischen Industrie-A. G. (Filiale Dresden),
 - 4½ % Anleihen der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Ges. und der „Midgard“ Deutsche Seeverkehrs-A. G.,
 - 4 % Western Maryland Railway Co. L. Mortgage Bonds,
 - 5 % Obligationen der Banque Hypothécaire Transatlantique in Antwerpen,
 - 4½ % Pfandbriefe der Nordischen Aktienbank für Handel und Industrie,
 - 4½ % Obl. der Siemens-Schubert-Werke,
 - 4½ % Obl. der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft,
 - 4½ % Obl. der Bergmann Elektrizitäts-Werke A. G., der Berliner Elektrizitäts-Werke, der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-Werkes,
 - 4½ % Obl. der Braunkohlen und Bricket-Industrie A. G., der Gewerkschaften Amelie, Arenberg-Fortsetzung, Augustus I., Varnasleben, Braßert, Carl Alexander, Emischer Lippe, Erndt, Fürst Leopold, Grillo Junke u. Co., Winterhall,
 - 4½ % Obl. der C. Gedemann A. G., der Hirsch Kupfer- und Messingwerke A. G., des Hochofenwerks Lübeck, der Maschinenfabrik Thyssen u. Co., der Preß- und Walzwerk Aktien-Gesellschaft, Reisholz, der Vereinigten Chamotte-Fabriken vorm. C. Kühnig,
 - 5 % Anleihen der Deutsch-Überseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft, der Gewerkschaften Alexandershall und Gebr.,
 - 5 % Debentures der Victoria Falls u. Transvaal Power Co. Ltd.,
 - Aktien der Dresdner Immobilien-Verkehrsbank (Filiale Dresden), und Vorzugs-Aktien der Georg A. Zasmag A. G. (beschl.),
 - Aktien und Obligationen der Mercier C. Bolle A. G.

- Einführung von**
- 4 % Anleihe der Rheinprovinz,
 - 4 % Schuldverschreibungen d. Fürstl. Landes-Spar- und Leihkass. Detmold,
 - 4 % Duisburger Stadt-Anleihe,
 - 4 % Pfandbriefe der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen, der Hannoverschen Boden-Kredit-Bank, der Westfälischen Boden-Kredit-Anstalt,
 - Aktien der Privatbank zu Göttingen, Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, C. Gedemann A. G., Schlesischen Textilwerke Meiner u. Tröhne, Niederlausitzer Kohlenwerke A. G., Voeddinghaus, Reimann u. Co., A. G., Vereinigten Französischen Schuhfabriken, Rheinisch-Westfälischen Räderfabrikations-Ges.

- Kapitalerhöhungen**
- der Bergisch-Märkischen Bank, Tangier Privat-Aktien-Bank, Deutschen Hypothekenbank in Meiningen, des Essener Bankvereins, der Hildesheimer Bank, Hypothekenbank in Hamburg, Königsberger Vereinsbank, Lübecker Privatbank, Mecklenburgischen Sparbank, Mitteldeutschen Creditbank, Mitteldeutschen Privatbank, Norddeutschen Credit-Anstalt, Rheinischen Creditbank, Süddeutschen Bank, Westdeutschen Bodenkredit-Anstalt, Banca Commerciale Italiana, Russischen Bank für auswärtigen Handel, Aktien der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft, Deutsch-Überseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft, des Harpener Walzwerks A. G., Weisitzfabrik vorm. Johann Faber A. G., Braunkohlen- und Bricket-Industrie A. G., Bremer Wollkammerei (Filiale Bremen), Vuberus Eisenwerke, Daimler Motoren-Gesellschaft, Deutsche Maschinenfabrik A. G., Eisenhüttenwerk Marienhütte vorm. Schlitzgen u. Haase, Eisenwerk Thale A. G., Gasmotoren-Fabrik Deutz, Gesellschaften Bergwerks-A. G., Gebr. Goehart A. G., Hirsch Kupfer- und Messingwerke A. G., Hoffmanns Stahlfabrik A. G., Kalkheimer Cellulose- und Papierfabrik, Komprim A. G. für Metallindustrie, F. Klippersbusch u. Söhne, A. G., Lotharinger Hüttenverein Hünneberg-Friede, Lüdenscheider Metallwerke, Dr. Paul Meyer A. G., „Nordstern“ Unfall und Haftpflicht-Versicherungs-A. G., Drenstein u. Koppel — Arthur Koppel A. G., Peipers u. Cie A. G. für Walzenstuhl, Schubert u. Salzer Maschinenfabrik A. G., Riemer Chemische Fabriken Zeis, Rariner Papierfabrik, Voigt u. Häfner A. G. (Filiale Frankfurt), Westfalia A. G. für die Fabrikation von Portland-Cement und anderer.

Von älteren Konjunkturalgeschäften sind im Berichtsjahre abgewickelt worden:

- 4 % Deutsche Reichs-Anleihe von 1910,
- 4 % Türkische Schatzbons,
- 5 % Chinesische Tientsin-Pukow Ergänzungs-Anleihe,
- 4 % Mexikanische Gold-Anleihe von 1910,
- 5 % Bonds der St. Louis und San Francisco Eisenbahn,
- Konvertierung der 5 % Obl. der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft, Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Aktien Serie II der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen A. G., Einführung der Aktien der Compania Sevillana de Electricidad in der Schweiz und in Brüssel,
- Aktien der Commerzbank in Lübeck,
- Aktien der Sosnowitzer Maschinenwerke und Eisenwerke.

Unser Konjunktionskonto (Zentrale und Filialen) bestand am Jahres-
ende aus:

52 Beteiligungen an Staats- und Kommunal-An- leihen und Eisenbahn-Geschäften mit	5 844 910,30 M.
248 an Aktien und Obligationen ver- schiedener Gesellschaften mit	25 431 914,20 "
26 an Grundstücksgeheimnissen mit	0 117 874,56 "
	zusammen mit 37 394 699,06 M.

Das Konto eigener Effekten (Zentrale und Filialen) setzt sich zusammen
aus:

Staats- und Kommunal-Papieren sowie Deutschen Pfundbriefen in 131 Gattungen	42 493 551,70 M.
Eisenbahn- und industriellen Obligationen in 70 Gattungen	3 788 126,—" "
Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien in 188 Gattungen	6 357 008,09 "
Diversen	124 552,40 "
	zusammen 52 763 238,19 M.

Das Effekten-Konto enthält deutsche Staatspapiere im
Buchwerte von 38 321 695,60 M.

Die nach Abschluss des Berichtsjahres durchgeführte Liquidation unserer
Verbindungen mit der Berliner Terrain- und Bau-V. G. und den dieser
nahestehenden Unternehmungen hat uns und die uns verbundene Vergleich
Märkische Bank veranlaßt, erhebliche Opfer zu bringen, um — soweit es an
uns liegt — eine durchgreifende Reorganisation der Berliner Terrain- und
Bau-V. G. zu ermöglichen. Zur Durchführung einer solchen Reorganisation
unter Übernahme von Opfern aus Mitteln der Gesellschaften und unter
Ausschluß eines Zahlungszwanges für die außenstehenden Aktionäre
hat sich die Gesellschaften uns gegenüber bei den vorgenommenen Auseinander-
setzungen ausdrücklich bereit erklärt. Die Vergleich Märkische Bank wird für
1911 nur 7 % Dividende (statt 8 1/2 % im Vorjahre) verteilen, um vollends
den Verlust auszumachen, der infolge von Mißgriffen ihrer früheren Direk-
tion für sie entstanden ist. Wir selbst haben seit längerer Zeit ausreichende
Rückstellungen vorgenommen; in unserer Bilanz sind die aus der Auseinander-
setzung über die Berliner Terrain- und Bau-V. G. für uns entstandenen
Ausfälle vollständig bereinigt. Wir behalten gegenüber der Berliner Terrain-
und Bau V. G. lediglich eine Forderung, die durch eine Bürgschaft in ein-
wandfreier Weise gesichert ist.

Die sogenannten Zwischenbilanzen sollen auf Grund einer Ver-
ständigung mit der Reichsbank künftig nach einem neuen Schema erfolgen.
Um unseren Aktionären und der Öffentlichkeit den Vergleich zu erleichtern,
geben wir am Schlusse dieses Berichts unsere Jahresbilanz in der alten
sowie in der neuen Form.

In den Aufsichtsrat wurden in unserer letzten ordentlichen General-
versammlung neu gewählt die Herren Geheimrat Kommerzien-
rat Fritz von Friedländer-Fuld, Berlin, Kommer-
zienrat Paul Klapproth, Direktor der Hannoverschen Bank,
Hannover, Erzellenz von Roebell, Oberpräsident a. D., Berlin,
Senator Emil Roschl, Lübeck, und Oscar Schlitter,
Direktor der Vergleich Märkischen Bank, Elberfeld.

Su unserem großen Schmerze verloren wir unseren jüngsten Kollegen,
Herrn Dr. Theodor Rappaport, am 28. Mai durch einen frühen Tod.
Seine hervorragenden persönlichen und geschäftlichen Eigenschaften sichern
ihm in unserem Kreise das beste Andenken.

Herr Paul H. Herrmann wurde im März aus der Direktion
unserer Dresdener Filiale in den Zentralvorstand berufen. Die Herren
Professor Carl Bergmann, Adolf Brackebusch und Hugo
Gibson wurden zu stellvertretenden Direktoren in Berlin ernannt.

In Bremen schied mit Ende des Jahres Herr Eugen Krug
aus dem Vorstande dieser unserer ältesten Filiale aus, dem er seit 1887
angehört hat. Wir danken ihm auch an dieser Stelle für seine während
viereingjähriger Tätigkeit unserer Bank geleisteten Dienste. Mit Wirkung ab
1. Januar 1912 wurde der bisherige stellvertretende Direktor der Bremer
Filiale, Herr Max Koeple, zum stellvertretenden Direktor in Bremen ernannt.

In Düsseldorf wurde ernannt Herr Ferdinand Kaub, bisher
stellvertretender Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahn, zum Direktor,
und unser langjähriger Mitarbeiter und Profurist bei der Zentrale, Herr
Conrad August Bischoff, zum stellvertretenden Direktor mit Wir-
kung vom 1. Januar 1912.

In Dresden wurde Herr Clemens Jauch, bisher Profurist,
zum stellvertretenden Direktor befördert.

Bei der Filiale Frankfurt wurden die bisherigen stellvertretenden
Direktoren, Herr Dr. Josef von Heyden und Herr Carl
Spaeth, letzterer bisher in Wiesbaden, zu Direktoren ernannt, Herr
Emil Simon, bisher Profurist, zum stellvertretenden Direktor befördert.

Unsere Filiale Hamburg und unser ganzer Kreis trauert um den
Verlust des Herrn Victor Koch, der uns im April des Berichtsjahres
durch den Tod entziffen wurde. Er hatte unsere Geschäfte in Hamburg
seit 38 Jahren mit Hingebung und Erfolg geleitet und sich durch seine
persönlichen Eigenschaften nur Freunde erworben. Herr Eugen Barz,
bisher Profurist in Hamburg, wurde zum stellvertretenden Direktor der
Filiale ernannt.

In Nürnberg wurde der seitherige stellvertretende Direktor, Herr
Leonhard Kupprecht, zum Direktor befördert.

In Wiesbaden wurden Herr Hermann von Hauff,
bisher Direktor der Brüsseler Filiale, und Herr Friedrich Berger
zu Direktoren ernannt.

Das langjährige Mitglied unseres Bremer Lokalausschusses,
Herr Geo. Plate, ist wegen Verlegung seines Wohnsitzes aus dem Lokal-
ausschusse ausgefallen, verbleibt indessen in dem größeren Kreise unseres
Aufsichtsrats. Herr Konrad B. Biedermann, Mitglied der Bremer
Handelskammer, und das seitherige Mitglied der Direktion unserer Bremer
Filiale, Herr E. Krug, wurden mit Wirkung ab 1. Januar 1912 in den
Lokalausschuss für die Filiale Bremen gewählt.

In den Lokalausschuss Konstantinopel trat an die Stelle des
Herrn Kaub dessen Nachfolger bei der Generaldirektion der Anatolischen
Eisenbahn-Gesellschaft, Herr Franz J. Günther. Herr Minister
Karl Bünz, deutscher Delegierter in dem Conseil d'Administration de
la Dette Publique Ottomane, trat an die Stelle des unserm Kreise durch den
Tod entziffenen Herrn Ministers Tetta, dessen wir in unserm vorjährigen
Bericht gedacht haben.

Einschließlich des Vortrages aus 1910 von
2 067 389,94 M., nach Vornahme der Ab-
schreibungen auf Vantgebäude und Mo-
bilien im Betrage von 8 650 711,34 M. und Rück-
stellung von 400 000 M. für Talonsteuer beläuft sich das
Ergebnis des Jahres 1911 auf 33 466 665
Hiervon erhalten zunächst die Ak-
tionäre 6 % Dividende auf
200 000 000 M. (nach § 36b der
Satzungen) 12 000 000
Von den verbleibenden 21 466 665
beamteten wir,
der ordentlichen Reserve B 10 %
mit 2 146 666,53 M.
sowie zur Abrundung der Reserven
auf 110 000 000 M. weitere 72 070,52
für Abschluß-Gratifikationen an
die Angestellten 2 700 000,— „ 4 918 737
zu überweisen.
Von dem übrig bleibenden Betrage von 16 547 928
abzüglich 2 569 433,63 M. Vortrag auf neue Rech-
nung, erhalten (nach § 36d der Satzungen) der Auf-
sichtsrat und die Lokalausschüsse 7 % Gewinnanteil
mit 978 494
Wir schlagen vor, von den restlichen 15 569 433
6 1/2 % Superdividende auf 200 000 000 M.
mit 13 000 000
zu verteilen und den Überschuss von 2 569 433
auf neue Rechnung vorzutragen.
Es würde demnach erhalten:
jede Aktie von Nom. 600 M.: 75 M.
" " " " 1200 " : 150 " } = 12 1/2 % Dividende.
" " " " 1800 " : 200 " }
Wenn die Generalversammlung unsere Anträge genehmigt, so in-
sich unsere bilanzmäßigen Reserven erhöhen auf:
1. Ordentliche Reserve A 66 388 031
2. " " " " B 36 595 316
3. Kontokorrent-Reserve 7 016 652
zusammen 110 000 000
= 55 % des Aktienkapitals von 200 000 000 M.

Berlin, im Februar 1912.

Der Vorstand der Deutschen Bank

A. von Gwinner E. Heinemann Dr. K. Helffer
Paul M. Herrmann C. Klönne P. Mankiew
C. Michalowsky G. Schröter.

Alle Sorten
Kartoffeln
kauft
Firma Wwe. Louise Ritter
Kempfen i. Posen, [x]
Kartoffel-Export, Saatkartoffel-
Geschäft, Stroh-Export.
Bernstr. Nr. 8. Bege 1870.
Tel.-Adr.: Kartoffelritter.

WIE DIE SAAT
Reiche und sichere Ernte
erzielt man nur durch
zuverlässige, erprobte Saaten!
Samen- und Pflanzen-Vorselektion
versendet kostenlos
Julius Monhaupt
Nachfolger
Samenhandlung
BRESLAU I.
An der Magdalenenkirche
— Telefon 1981 —
SO DIE FRUCHT

Zur Saat offeriert Domin.
Gr. Willkau, Kr. Nimptsch:
Strubeschlanstedter Sommer-
weizen und Strube Schlan-
stedter Hafer pro 100 kg
2 M. über Bresl. Notiz am
Lieferungstage frei Station
Gr. Willkau in Käufers Gärten.
Weißes erstklassige Ware. [6]

Saat-Sommerweizen.
Seines Zapher, 2. Abfaat, trotz des
letzten trockenen Sommers hier-
selbst hohe Erträge geliefert, ganz
vorzüglich im Korn, gibt ab
Rittergut Soltan
b. Kröben (Pos.).
Auf Wunsch versendet Proben
Die Güterverwaltung. [2]

B. Schadow'sche
Güterverwaltung Niederhof
Post Schmöla, Kr. Breslau, offeriert
Strubeschlanstedter
1. Abfaat, im Frühjahr 1911 vom
Bücher bezeugt. Für 100 kg 22 M.
Dobers, Zinsfaktor.

Saat-Hafer,
Svalöfs Eigenhafter, Original-
Bezug 1911.
Strubeschlanstedter Hafer.
Original-Bezug 1911.
Lochow's Gelbhafer, Original-
Bezug 1909. [9]
offeriert mit 2 M. per 100 kg über
höchster Breslauer Notiz am
Lieferungstage.
Fürstlich Lichnowsky'sche
Güterdirektion Silvetihof,
Post Volatik OS.

Perthuser
Sommerroggen
zur Saat hat zu 2 M. per 100 kg
über höchste Breslauer Notiz in
Käufers Gärten ab Station Krappitz
abzugeben. [3]
Gräfl. Güterdirektion,
Schloss Krappitz OS.

Erbschollerei Rosenau
b. Goldberg [3]
offeriert zur Saat:
Strubeschlanstedter Hafer,
1. Abf., p. 100 kg 1,50 M.
über höchste Bresl. Notiz,
Strubeschlanstedter Sommer-
weizen pro 100 kg 1 M.
über höchste Bresl. Notiz
frei Station Rosenau
in neuen Säden à 1,20 M.

Sommerroggen
(Wetfuser)
verkauft Dominum Brodelwitz
bei Randen. Bez. Breslau. [x]

Hannchen-Werste
von Swalöfs Original-Bezug, 1. Abfaat,
herausragend. Brennerer-
Werste, auch für leichten Boden,
gibt mit 24 M. per 100 kg ab [2]
Dom. Ottendorf b. Stradam.

Hanna-Saatgerste.
1. Abfaat v. Proskow. Dria.-Saatk-
gerste, außerordentlich, so lange der
Vorrat reicht. 100 kg 23 M. ab
hier. Station in Käufers Gärten of-
feriert Dom. Nieder-Stradam, Kr.
Gr. Wartenberg. [6]

Dom. Brodelwitz bei Trebnitz
hat einen Posten von [2]
4—5000 Zentner
Roggen, Weiz. u. Haferstroh
abzugeben.

Anfragen erbittet
Direktor Llopelt,
Klein-Tosch bei Trebnitz.
Schlesischen
Rothlee, Weisklee,
Tannenklee

haben abzugeben
Reiß & Reichel, Oltau.
Telephon Nr. 34.

Prima schles. Rothlee
Tannenklee,
Rigaer Leinsaat,
1. Abfaat v. Dria. Altst. seidfrei
verkauft
Fideif.-Gesellschaft Mietzsch,
Kr. Glogau.

Einige Zentner
schlesischen Rothlee,
im Vorbeiride gewachsen, altstet
seidfrei, 98,8 Proz. Reinheit, hat
noch ab hier oder Station Wunsau
abzugeben [3]
Gerlach, Güterbesitzer,
Dürrenburg, Kr. Löwenberg.

Ein. Gesellschafter-
anteil
von 1000 Mark mit 70 Morgen
Rübenbaupflanzung [3]
der Zuckerrübenfabrik Maltisch A. D.
G. m. b. H., welche auch in letzter
Kampagne ihre Rüben wiederum
vorzüglich vermarktet, verlaufe ich
wegen sehr großer Entfernung zur
Fabrik und dadurch von mir zu
tragenden Frachtpreisen sehr preis-
wert. Gef. Aufschreiben unt. K 204
Geheiß. Schleß. Ztg. erbeten.

Futterrübenpflanzen
gelbe Gedenbörfer legt. Ernte, Nach-
bau von Originalsaat, hat abzugeb-
en à Str. 105 M. inkl. Sad [2]
Güterverwaltung
der Herrschaft Storchest,
Kr. Lissa i. Posen.

5000 Stück dreijährige, verschulte
Roterlenpflanzen,
1—1,50 m hoch, hat abzugeben [3]
Gräfl. Güterdirektion,
Schloß Krappitz (Doberschütz).

Futterrübensamen
Silesia,
Lobbericher Wüstenfamen. Mein
eigener S.-Weizen ausverkauft, je-
doch kann ich Abfaat empfehlen direkt
von vorräth. Abnahme. Peuckert,
Bernsdorf b. Münsterberg i. Schl. [9]

Dominum kauft
Lupinen, Erbsen, Linsen,
Erbsen u. weiße Feldbohnen
Angeb. u. P 141 Geheiß. Schl. Ztg.

Vom Majoratgut Ranten, Kreis
Guhrau, sind 100—110 Zentner
engl. Ranzas
eigener Ernte 1911, ab Station
Nahrien; [2]
von Majoratgut Tadepplau, Kreis
Glogau 200—220 Zentner

Chimothie
eigener Ernte 1911, ab Station
Driebitz bald verfügblich. [2]
Respektanten wollen sich an mich
nach hier wenden.
Seppau bei Daltau, Bez.
Liegnitz.
Graf von Schlabrendorf
u. Seppau.

Gefäurte
Rübenschnitzel
offeriert billigt [3]
S. Schaul,
Charlottenburg, Gervinusstraße 13.

300 Zentner
Trockenschnitzel
sowie 1000 Zentner
Weizenstroh,
mit Draht gepreßt, verk. preiswert
Freigut Buchwitz, Kr. Breslau.

Preßstroh
in jeder Sorte kauft ab allen
Stationen bald u. spät. Heckerbar
H. Jonas, Heise,
Rouage-Größhandlung,
Gegr. 1858. [9] Tel. Nr. 57.

Verkaufe 3000 Schod
prima Strohseile
(Flegelbruch). [2]
Schollerei Reimitz, Post Giersdorf,
Kr. Goldberg-Gamau.

Wir offerieren in Ia. Qualitäten
Fischfüttermehl,
Fleischfüttermehl,
Phosphoräuren Kalt
und erbitten gef. Anfragen [9]
Buchholz & Co., Breslau V,
Futtermittel-Großhandlung
Suche möglichst sofort
gut erhaltenen, gebrauchten
Selbstfütterer [1]
zum Ein- und Weispannigfabren.
Bachton mit verstellbarem Verbed
bevorzugt. Angebote möglichst mit
Photographie an
Leutnant Sitomon, Plesh.
15 Pong- und Parkwagen und
40 Reutswagen
viel. Art, neu, geb. u.
neu, eleg. billigt. [9]
Lewin, Kriegerstr. 68.
Breslau. Alle Rep. u. Neuad. bill.

Verkäuflich:
1 Halbwagen
1 Selbstfahrer
beide sehr leicht, tadellos erhalten,
1 Pong, Falbe,
1,44, flott, kräftig, gelund.
Kutser Waldeck,
Boberstein b. Schildau a. Vober
(Schlesien).

Holzverkauf.
Königliche Oberförsterei
Kottwitz.
Montag, den 18. März d. Js. von
vormittags etwa 10 Uhr ab, nach
bestimmtem Submissions-Termin,
kommen in der Scupin'schen
Brauerei in Strehlen (Mittelh.)
nachstehende Holz- und Brennholz
zum öffentlich meistbietenden Aus-
gebot:
Schubbehl Wehlthener Jagd 4
Schlag. Nutholz: 48 Eichen IV u.
V, 11 Schwellen, 6 rm Nutholz I
u. V, 6 rm II gelb., 3 rm Nutholz
knüppel, 5 Nutholz III und IV,
2 Nutholz IV u. V, 20 Birken
IV u. V, 8 Aspen IV u. V, 5 Nutholz
IV, 1 Tanne II u. IV, 8 Nutholz
IV, 69 Schwellen, 18 Eichenstangen
I—III, Brennholz: Eiche: 165 rm
Schweit, 40 Knüppel, 78 Nuppen,
246 Stod. Hartlaub: 3 rm Schweit,
Weichlaub: 9 rm Schweit, 3 Knüppel,
2 Stod. Nadelholz: 24 rm Schweit,
14 Knüppel, 133 Stod.
Jagen 11 a u. b. Schläge: 8 Eichen
A I—IV, 35 b I—V, 23 Schwellen,
54 Stangen I u. II, 1 rm Nutholz
II gelb., 12 rm Nutholz, 7 Nutholz
buchen II—V, 40 Weichbuchen V,
23 Stangen I—III, 3 rm Nutholz
knüppel, 47 Birken V, 10 Stangen
I—III, 1 rm Nutholzknüppel, 2 Erlen
II und V, 10 Aspen IV und V,
34 Linden III—V, 5 Stangen I,
7 rm Nutholzknüppel, 5 Nutholz-
schneideholz III, 60 Eichen I—IV,
71 Schwellen, 2 Eichen IV, 12
Eichen I—IV, Brennholz: Eiche:
33 Schweit, 31 Knüppel, 8 Nuppen,
70 Stod. Hartlaub: 4 rm Schweit,
13 Knüppel. Weichlaub: 64 rm
Schweit, 20 Knüppel, 13 Stod.
Nadelholz: 50 rm Schweit, 7 Knüppel,
139 Stod.

Jag. 29. Schlag: 37 Eichen IV
u. V, 26 Schwellen, 267 Stangen
I—III, 35 rm Nutholzknüppel, 8 Nutholz-
buchen IV und V, 66 Birken V,
16 Stangen I u. II, 3 Erlen V,
11 Aspen V, 2 Linden V, 24 Eichen
I—IV, 15 Stangen I u. II, 2 Eichen
IV, 15 Eichen III u. IV, Brenn-
holz: Eiche: 6 rm Schweit, 48 Knüppel,
Hartlaub: 1 Knüppel. Weichlaub:
2 rm Schweit, 12 Knüppel. Nadel-
holz: 26 rm Schweit, 6 Knüppel,
116 Stod.

Jagen 1. Durchforstung: 5 Eichen
V, 483 Eichenstangen I—III, drei
Eichenstangen II, 14,40 Stod. Eichen-
reiserstangen IV—VII, 27 rm
Eichen-Nutholzknüppel, Brennholz:
17 rm Eichen-Nutholzknüppel.

Der Forstmeister.
Achtung! Für Liebhaber
Rechte und Veden (Vett., Tisch- u.
Divandee), Goldfiscerei, bill. a. verk.
Januarische, Heidegärten 11, 4. Et.
Gegen sofortige Ablösung
laufe alle Schranke, Kommoden,
Fischbänke, aa. Wohn-Einrichtg.
Bestellg. brieflich, auch mündlich.
Friedrichstraße 53. Wähler.

Die höchsten Preise
für getragene Herrenkleider kauft
S. u. P. b. Altkücherstraße 15, 16. [3]
Alle künstliche Zähne
kauft p. St. 40 Pf. f. Platin, Gold u.
Silber höchste Preise. P. o. e. l.
Kunsterstr. 25. Gde. Schneidmischer.

Babillon ob Laube z. kauf. gel.
Aufschreiben unt. Z 101 Postamt 8.

Gebr. eleg. Klaviere
1 Kreuzsaitiger
Stuhlklavier (v. Armer),
1 Kreuzsaitiger
Stuhlklavier (v. Mühl),
1 Pianino (v. Steinbächer),
10 gebr. Pianinos
von 130 Mark an verkauft
Schulz, Friedr.-Wilh.-Str. 89 I.

Schölegr., gr., 2teil., fast neuer
Waldfisch m. Mst., luxur. Spiegelw.
n. Parfümstr., erb. unt. Preis,
Näh. u. P 128 Geheiß. d. Schl. Ztg.

1 Paar Brillant-Ohringe
1 Brillant-Kru.-Nadel
1 Brillant-Ring
welche als Sicherheit dien. sollten,
aber nicht eingelöst wurden, billig
zu verkaufen. Abz. v. Refl. unter
P 117 Geheiß. der Schl. Ztg.

Gebräuchter
Diplomaten-Schreibstisch
nie neu, echt Nutholz, zu ver-
kaufen. Gandler verboten.
Hohenzollernstraße 44, II.

Pianino, gebr., billig zu kaufen
gekauft. Angebote mit
Preis u. P 147 Geheiß. d. Schl. Ztg. [5]

Oelgemälde
I. n. Raphael, Größe 47 x 62, ist
für 60 Mark zu verkaufen. Aufsch.
unt. P 143 Geheiß. d. Schl. Ztg.

„Welt-Detektiv.“
Auskunft Preis Berlin W. 16
Seipzigerstr. 107 M. Beobacht. (auf
Reisen, in Badeort, etc.), Ermittlung,
speziell in Zivil- u. Straßendiebstahl,
Heirats- (Vorleben, Lebens-)
Handel, Vermög. zc. Auskünfte
an all. Klagen der Erde! Dietz et
Größe Praxis! Überläufigkeit. [9]

Suche für einen Bekannten
aus altadliger Familie, 30 Jahre,
katholisch, auf diesem Wege eine
Lebensgefährtin
mit größerem Vermögen. Briefe
unter M 214 an die Geheiß. der
Schl. Ztg. Anonym. a. w. d. S.

Suche für Freund, Landwirt,
in außerordentlich guter Stellung,
der sich Nitteraut kaufen will.
Offiz. a. D., lange in den Tropen
admiral, 28 Jahre alt, ev., 70 000 M.
verfügbares Kapital, später noch
120 000 M. Briefwechsel mit Dame
passenden Alters aus außerordent-
licher Familie, mit mindestens
150 000 M. Vermögen, über welches
Disposition Eigentümerin verbleibt,
wird baldiger Heirat.

Strengste Discretion angeheißt.
Gef. Aufsch. u. P 295 Geheiß. Schl. Ztg.
Mir weht es, wie Frühling, vom
Himmel
ins Herz.
Mir blüht die Gedankenwie Weichen
im März,
Wie tollend im Spiel,
Was mir nimmer gelang,
Mein Auge wird Glang,
Und Ihr Wort wird Gesang,
Nur Schmeielerlein sah ich,
Nur war sie ein Kind,
Stillschweigend hab' ich sie
bis heute gemint,
Mach' Tag ging hin,
Mach' Jahr mir verrann,
Vom tollühnen Jüngling
bis zum geprüften Mann,
Doch jung in der Seele
verbleib mir der Mut,
Um Ihr Schmeielerlein
bitte ich
und warde sie gut!

C. 1630.
B. Oberschlesien.
Brief lagert unter obiger Ch.
bitte abholen.

Vermietungen
Suche für 1. April
Wohnung
von 5—6 Zimmern u. nützlichem
Geh. auf dem Lande, moal.
Bahnhof unweit Breslau, Kr.
unt. P 225 Geheiß. Schl. Ztg.

In besserem Hause sucht al-
sehr ruhig lebende Dame
marine Wohnung,
nicht über zweite Etage; vier
Zimmer, Balk. Nahe d. Luther-
Gedächtniskirche bevorzugt. P.
angebe erwidert. Aufsch. u. P.
an die Geheiß. d. Schl. Ztg.

Langeasse 4
chemal. Spiritfabrik, ca. 2 Mor-
gen, mit viel Wasser, drei Ge-
brünnen, Stallung für 12 Vieh
zu jedem Geschäft geeignet,
billig zu verkaufen.

Vornehme
Wohnungen
a. 1500 u. 1600 Mark eventuell
Gana. a. 3100 Mark, sind in Arie-
Breslau zu vermieten.
Näheres beim Hausmeister
Lauerstraße 27.

Großes Zimmer
mit Balkon unmobiliert zu ver-
mieten, Auguststraße 91, I. r., an
Raiser-Wilhelm-Straße.

Outback-Freitag-Straße
5 gr. Zimmer, reichl. Beigelaß,
1. April. Freie Ausf. 1300 M.

Friedr.-Karlstr. 2
halbe 1. Etage, 3 schöne Zim-
mer, Kabinett, Küche, Em-
au vermieten. Preis 650 M.

Berlinerstraße 56a
in der halbe zweite Stad, drei
Zimmer, Kabinett, Küche, bal-
oder später zu vermieten. [3]

Lützowstr. 24, II. Stock,
4 Zimmer, 2 Kabin., Küche, G.
650 M. per 1. April.

Für 1050 Mk.
herrschaf. 5-Zimmer-Wohnung,
renov. (vor Dieren fertig) zu ver-
mieten. Körnerstr. 33, III.

Dt. Lissa
vis à vis Bahnhof
für bald oder später ganz oder
trenten zu vermieten 2 vier-
zünft-Zimmerwohnungen, 1. Et.
nebst Badezimmer, Küche, Was-
leitung, elektr. Licht, cbl. Gar-
benutzung. Näheres bei Tell-
Dr. Lissa oder Breslau, Bal-
straße 35 I. Tel. 5793.

Selbstwahnung
in bestem Landorte Schließ-
mit großem Gemüthsarten für ba-
oder später zu vermieten. Aufsch.
u. M 232 Geheiß. Schl. Ztg.

Laden,
gute Geschäftslage,
Kupfer- und Schmiedebau.
neb. Stad. Schmiedebau
zu vermieten.

Bräulein, 32 J. alt, mit der Führung eines Haushalts vertraut, auch Schneidern, sucht 1. April Stellung in frauenlosem Haushalt oder als Stütze.
Gute Zeugnisse.
Angeb. unter N 214 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Perfekte Köchin,
firm in f. Küche, gute Jgn. vorh., sucht Stellung 1. April. Angeb. u. A B 100 postlagernd Chlau.

Empf.: Weidlich, Schlosswirtsch., 2. wo Köchin vorh., gr., fr., nett. Köchinmädch. f. Landst. Nähe Bresl., einf. Kinderf. u. f. Kind, kann schneid. auf Landst., bef. Kinderf. (Schülerin) zu gr. Kind, in Gebirge, Deuerburg, schon i. Stell. gem. v. Dien. u. led. Aufsch. **Richard Janus,** gewerbemäthiger Stellenvermittler, Breslau, Geldstr. 18.

Junge perfekte Köchin
sucht zum 1. oder 15. April Stellung. Angeb. unter M 300 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Suche zum 1. April Stellung als bess. Stubenmädchen od. einfache Jungfer
Bin 24 J. alt, latb., firm in f. Küche, behaglich, Zimmeraufräumen, Plätten u. Nähen. Gef. Angebote bitte zu senden unter P 480 postlagernd Oppeln.

Ältere, durchaus erfahrene Düngrer
sucht Stellung zum 1. April 1912 oder später. Angeb. erb. unt. 2 296 Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Kath. alt. Mädchen,
arbt., faub., anständig, sucht Stell. b. gut. Behandl. Angeb. an Pauline Stein, Kollmersdorf b. Reichenstein.

Anständiges Mädchen,
welches locht, sucht Stellung zu einzelner Herrschaft zum 1. 4. in kleinem Haushalt.
Angebote erbitten Breslau lagernd Postamt 18 unter H B 100.

Geb. jg. Mädchen,
25 J., ev., in all. häusl. Arb., sowie in Weich. u. f. Handarb. erf., sucht 1. 4. 1. Stell. m. Kam.-Anschl. Gef. Ang. u. M 202 Geschäftsst. d. Schlei. Stg. erb.

Einfache Jungfer
sucht 1. April anderw. Stell., sowie ein im Servieren u. Nähen bew. besseres Mädchen.
Um gut. Zutr. bittet M. Fischer, Goritau, Kr. Glatz.

Jung. Weibmädchen
f. Breslau, f. Kinderlieb, in f. Küche, Glanzplätten, Nähen usw. tüchtig, empfiehlt **Fr. Emma Hamann,** Neue Taschenstr. 25b, gewerbemäthiger Stellenvermittler.
Mädchen, a. a. Arb. empf. **Caroline Weidner,** gewerbemäthiger Stellenvermittlerin, Tautenbierstraße 27.

Stellen-Nachweis
(Anfragepreis 20 Pfg. für die Stelle)

Stellensuchende können den Stellen-Nachweis
des „Schlesischen Zeitungs“ durch jede Zeitungsbuchhandlung erhalten.
Bezugspreis 1 M. für den Kalendermonat, 3 M. für das Vierteljahr. Für längere Zeit wird der Stellen-Nachweis direkt von der Expedition portofrei bezogen 6 mal nach Entsendung von 40 Pfg., 12 mal für 75 Pfg. Bei Abholung in der Expedition, Schreibm. 47, 15 Pfg. die Woche.

Als Mufficht
über eine industrielle Feldbahn, sowie das Ver- u. Entladen der Eisenbahnwagen wird von Fabrik auf dem Lande für sofort
energische Persönlichkeit
in dauernde Stellung gesucht. Verbindung mit Kenntnis der polnischen Sprache. Anzeigeb. nebst Zeugnisabschriften u. Gehaltsanprüchen erb. unt. M 218 Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Ein tüchtiger Buchhalter
für sofort gesucht.
Café Palais.

Mittlere Schlei. Brauerei
sucht zum baldigen Antritt einen unversehrten, tüchtigen

Reisenden
mögl. kath. Konfession. Da Inkasso verbunden, so ist kleine Kautions erforderlich. Bewerber, repräsent. und gewandt im Umgang mit Kunden, mögen sich unter Angabe bisheriger Tätigkeit, Zeugnisabschriften, Gehaltsanprüchen u. Photographie melden unter M 286 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Schlesische Zigarrenfabrik
sucht zum 1. April cr. tüchtigen, jüngeren, möglichst polnisch sprechenden

Reisenden.
Bei zufriedensstellend. Resultaten gutes Gehalt in dauernde Stellung. Angebote unter M 245 Geschäftsst. d. Schlei. Stg. erbeten.

Farben-Reisender
für die östlichen Provinzen zum 1. April gesucht. Bewerber, unter 3 116 Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Jüngeren Kommis.
für mein Kolonialwarengeschäft suchte a. 1. April cr. einen

Für mein Delikatessen-Geschäft
suche zum sofortigen Antritt, event. 1. April einen brandefund., intellig.

Verkäufer.
Derselbe muß geübter Schaufensterdekorateur u. Ladenschreiber sein. Bewerbungen mit Zeugnisabschr. u. Gehaltsanprüch. bei fr. Station an **Eberhard Wild,** Breslau, Neue Taschenstr. 8.

Kontoristen
zum 1. April cr. suche jüngeren aus der Kolonialwarenbranche.

Georg Titz,
Kandarin (Oberkassier). (3)
Für ein Kolonial- und Manufakturwarengeschäft in Oberkassier, wird zum 1. April ein tüchtiger, möglichst älterer

Verkäufer
gesucht, der in beiden Branchen firm ist und die polnische Sprache beherrscht. Angebote sind mit Zeugnisabschriften u. Gehaltsanprüchen unter M 295 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg. zu richten. (2)

Jüngerer Kommis.
flotter Verkäufer, mit besten Empfehlungen, findet zum 1. April, evtl. auch später Stellung. Desgl. Suche für einen Lehrling, der Ötern auslert, Stellung als Kommis. **Melior (Bez. Polen).** (10)
H. J. Streiter, Kolonialwaren- u. Biergroßhdlg.

Für mein Kolonialwaren- und Eisenwarengeschäft
suche ich für sofort zur Ausb. einen tüchtigen

jungen Mann.
J. Edelmann, Krensburg D.S.

Für m. Gut Joachimsthal
suche einen einf., tüchtigen, unverb.

Beamteten.
Bewerb. mit Gehaltsanspruch zu richten an

Nittergut Birkenfelde bei Kempen in Posen.
Abschr. d. Bezeug. u. nicht zurückgef.

Stellung unter G 230
besetzt, den Herren Bewerbern besten Dank.

Gesucht wird zum 1. April cr. oder später ein einfacher, verheir.

Vorwerksbeamter
unt. Leitung des Inspektors. Frau muß gegen Entschädigung Aussicht beim Wesseln übernehmen. (2)
Wohnungen an die **Graf von Tiele-Windler'sche** Mitterdirektion in Kula D.S.

Landwirt
Suche jungen
zur Vertretung für Märs gegen 25 M. u. freie Station.
Seidel, Bernhof b. Rogoslawe.

Beamtenstellung in Ödern
besetzt, d. Herren Bewerbern besten Dank. **Stein.**

Dampf-Plug-Meister
auf einem Rennbahnfeld Seibamplung zum 1. April od. später gesucht. Meld. m. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanprüch. an die

Kgl. Domäne Ushyk D.S.
erbeten. (3)
Einfache mögl. bald verh. durchaus zuverlässigen, soliden u. erfahrenen **Wagt od. Hofmeister**

a. den Geplannen b. hoh. Lohn für
Ritst. d. Oberlausitz. Ang. m. Zeugnisabschr. u. M 221 Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Schweinemeister,
welcher sein Fach versteht und sich durch Zeugn. ausw. kann, dessen Frau mit im Stall arbeitet, bei autem Einkommen für gr. Stamm, sucht zum 1. April gesucht. Evangelische Schule am Ort. (10)
Bärkner, Ostbischer, Wilschau bei Rothf. b.

Oberschweizer,
Kuhmeister, Schweizer, Schafmeister, Schäfer sucht auf bald und später **Eduard Koltermann, Berlin, Breslaustr. 18,** gewerbemäthiger Stellenvermittler. (3)

Ein Oberkassier
für größere Betriebe sofort gesucht. Meldungen unter Mitteilung von Zeugn. u. Gehaltsanprüchen erb. **Dominiun Dittersbach** bei Gagan. (2)

Zum 1. Mai event. früher
gesucht. 2400 Mgr. groß, intensiver Betrieb. Starkefabrik, Rübendau. Ref. p. a. 900 Mgr. Familienanschluß. **von Bogen,** Birkenau b. Mieschen, Pof.

Dom. Mittel Leifersdorf
bei Goldberg
sucht für 1. April einen

Eleve (Christ)
sucht für 1. April einen

Eleve (Christ)
wohn. b. Ötern, a. 1. April gesucht. Breslau, Königs Salomo- u. Nothelke.

Suche für mein Gut Talschberg
im Kreis Brien einen

Wirtschafts-Eleven
gegen mögliche Pensionen u. Antritt 1. April. Sohn anständiger Eltern, der Lust u. Liebe zur Landwirtschaft hat, wolle sich melden. **Roßhaus, Kreis Brien, Rensel.**

Zum sofortigen Antritt wird von hiesigem Architektur-Bureau ein Bautechniker,
firm in Konstruktion, statischer Berechnung und Kostenanschlag, gesucht. Gef. Zutr. mit Angabe der Gehaltsansprüche unter P 155 an die Geschäftsst. der Schlei. Stg.

Herrenwäsche
Suche für 1. April d. J. einen tüchtigen branchefundigen **Verkäufer,** welcher firm in Mahnehmen ist. Angebote mit Gehaltsanprüchen und Bild erbeten.

Leinenhaus J. Mamlok
Kupferschmiedestr. 42.

Zum baldigen Eintritt, spätestens 1. April cr. wird vom kaufmännischen Bureau einer Welfirma ein tüchtiger

Fakturist
gesucht. Alter 18—19 Jahre. Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes, Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche erbeten unter M 291 Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Für 1. April d. J. suche ich einen christlich, branchefundigen, tüchtigen und umsichtigen

Verkäufer,
nicht unter 22 Jahren, der auch gewandter Dekorateur ist. Zuschriften mit Zeugnisabschriften, Photographie und Angabe der Gehaltsansprüche erbeten.

C. A. Langer, Zobten a. Berge, Bez. Breslau,
Modewaren, Herren- u. Damen-Konfektion, Weiß- u. Kurzwaren.

Für ein großes Kontor der Baumaterialienbranche in Oberkassier
wird ein erfahrener

Mitarbeiter gesucht,
welcher auch zeitweilig Schleifen und Posen zu bereisen hat. Bewerb. von branchefundigen Herren unter Angabe der Gehaltsansprüche und Beifügung der Zeugnisabschriften werden unt. L 279 an die Geschäftsst. d. Schlei. Zeitung erbeten. Antritt 1. April 1912.

Ein Wirtschaftslebe
findet bei sachgemäher Ausbildung und möglicher Pensionenabnahme auf einer hoch intensiven Wirtschaft zum 1. April cr. Aufnahme. Meld. unt. M 260 Geschäftsst. d. Schlei. Stg. (2)

Wirtschaftslebe
zum 1. April gegen Pensionenabnahme gesucht. (3)
Dom. Hödrich, Kr. Ohlau, Rof. Wansen.

Für mein Kolonialwaren-, Eisen-, Porzellan- und Manufakturwarengeschäft
suche ich zum sofortigen Antritt einen

Lehrling
welcher bereits wo anders gelernt hat und ohne Verschieden außer Stellung gekommen ist. (3)
Emil Beschoner, Rosenthal, Kr. Gabelschwerdt.

Für meine Drogerie, Parfümerie etc. suche a. 1. April 1912 einen

Lehrling
mit besserer Schulbilda. Gewissenhafte Ausbildung zugesichert. **Max Brotzen, Breslau XIII, Bittoriastraße 54.**

Lehrling
mit Berechtigung zum Einjähr.-Freiwill.-Dienst findet in meinem Breslauer Kontor Aufnahme. Bewerbungen unter P 129 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg. (2)

Gärtner,
unverb., gesucht zum 1. April für Schlossgärtner. Zeugnisse, Bild, Gehaltsanprüch. bitte sofort einf. **F. von Langenn, Rittlitz b. Lubbenau N.-L.** (3)

Ich suche zum 2. April einen einfachen Gärtner und einen Diener.
Beide evangelisch u. unverb. (2)
von **Wittich, Kreis Ohlau.**

Verh. u. led. Gärtner sucht Hermann Exner, gewerbemäthiger Stellenvermittl., Bresl., Wäldchen 23.
Nittergut im Kreise Goldberg sucht zum 1. April älteren, erfahr. selbsttätigen

Gärtner und Jäger,
ev., verheir., Frau wird im Garten u. Haus beschäftigt. Weib mit nur besten Zeugn. u. Gehaltsanprüch. u. Lebenslauf unter P 156 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg. (2)

Gesucht zum 1. April d. J. von größerer Herrschaft ein tüchtiger

Sattler
der sämtliche im landwirtschaftl. Betriebe vorkommenden Sattlerarbeiten — Reparatur und Ausbesserungen — in eigener Werkstatt ausführen kann. Derselbe muß auch befähigt sein, Treibriemen in Stand zu bringen und Reiterarbeiten vorzunehmen. Gewährt wird neben Wohnraum freie Wohnung mit freier Benutzung sowie Deputat, welches zur Ausübung in Geld bewilligt wird. Bewerbungen nebst Zeugnisabschr. unter M 244 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg. erbeten. (3)

Gesucht zum 1. April ein unversehrter, tüchtiger

Diener
der völlig firm in seinem Fach sein muß. Nur solche mit prima Zeugnis u. ausreißenden Gehaltsanprüchen finden Berücksichtigung. Gehaltsanprüch. zu senden an

Wittich, Kreis Ohlau, Rensel.

Gewandte, zuverlässige Verkäuferin
für Mehl- und Getreidegeschäft sucht für 1. April cr. (5)

Stadtühle
in Forst N.

Stenotypistin
oder Stenotypist für Smith-Premier, Adler- oder Comma-Maschine für sofort zur Ausb. evtl. dauernde Stellung. Ausführliche Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit der Gehaltsansprüche erbeten.

Max Brock, Kohlen-Großhandlung,
Waldburg i. Schlei.

Brandefundiges, durchaus zuverlässiges Fräulein
für Bestellsannahme und Kassa dauernd bei hohem Gehalt. Freie Station im Hause. Bewerberinnen mit guten Zeugnissen, Bild, Altersangabe und Gehaltsanprüchen einbringen.

Carl Kromer, Konditorei u. Café Elberfeld
Suche zum 1. Juli, auch früher, zu 6 Jähr. Mädch. u. 4 Jähr. Zwillingen-paar tücht., deutsch-lath.

Kindergärtnerin 1. Kl.,
welche befähigt ist, Anfangsunterricht zu ert. u. womögl. musikalisch ist. Meld. mit Zeugn., Gehaltsanprüch. und Photogr. an **Frau Rittergutsbes. B. d. h. e. z., Labischke b. Gnesen.**

Ev. Kindergärtnerin 1. Kl.
mit guter Schulbildung gesucht. Zutr. R. P. 6, Amt 2 postlagernd.

Kinderpflegerin
zuverlässig, mit guten Zeugnissen zu 5 Mon. alten Kinde sofort gesucht. Zutr. m. Gehaltsanprüch. u. P 159 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Nach Ungarn wird zu 2 größeren Kindern ein

Fräulein gesucht,
das der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist, in den feineren Hausarbeiten tüchtig und nähen kann. Gehalt 25 Kronen p. Monat. Neigelegt wird vergütet. Bewerb. mit Photographie an **Fra. Carl Bisehitz, Oberverwalter, Röttornhulaf (Ungarn).**

Suche zum 1. April

Kinderfräulein,
nicht unter 22 Jahren, zu 4 Kindern von 8—2 Jähr., welches im Schneid. u. Plätten geübt ist. Zeugnisse, Bild u. Gehaltsanprüch. an **Frau Dr. Ulrich, Tschaukelwitz b. Not h. f. b. r. b., Landfr. Breslau.**

Zum 1. April wird ein tüchtiges Mädchen
fürs Büttel und Hilfe im Haushalt nach auswärtig gesucht. Zuverlässigkeit und Gehaltsanprüch. nebst Bedingungsangabe erb. unter M 288 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg. (2)

Suche f. m. Taffel-Geschäft

tüchtige Verkäuferin
a. d. Weib., Woll- u. Rosamentierwarenbranche a. Antritt f. 1. 4. a. **P. Guttentag, Schreibm. 48.**

Suche zum 1. April eine nicht zu junge

Wirtschaftlerin,
welche selbst locht und in all. häuslichen Arbeiten firm ist. Der Haushalt besteht aus drei Personen. Zwei Mädchen und Waischfrau zur Seite. Familienanschluß. Photographie und Gehaltsanprüch. unt. M 249 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Herrsch. Kutscher,
ledia, sicherer Fahrer, gut. Pferdepfleger, für Landst. zum 1. April gesucht. Zeugnisabschr., Größenangabe, Gehaltsanprüch. b. freier Station und Wäsche an **Ludwig Wulff, Glosa b. Kr. Köslitz N.-L.**

Für bald oder 1. April wird ein einfacher, zuverlässiger

Kutscher
gesucht, der auch in der Wirtschaft beschäftigt wird und dessen Frau beim Wesseln helfen muß. Zeugnisse und Lohnanprüch. an **Nittergut Schloß Lublinis D.S.**

Kutscher
zum 1. April gesucht, der auch Ochsenarbeit übernimmt. Zeugnisse und Gehaltsanprüch. unter P 260 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg. (2)

1 älterer, des Fahrens kundiger Staller
wird per 1. April gesucht. Zutr. u. P 153 an die Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Suche zum 1. April

Staller,
kräftig, der selbst fahren kann. Nicht unter 1.74 groß. Womöglich schon abent. Zeugnisse, Gehaltsanprüch. und Photographie an **Graf Saurma-Jeltsch, Loraendorf, Post Mettau.**

Gesucht a. 1. April erfahrene, ev. Kindergärtnerin 1. Kl.
am Unterricht berechtigt, zu drei Mädchen von 7—4 J. aufs Land. Zeugnisse, Gehaltsanprüch. unter M 222 Geschäftsst. d. Schlei. Stg.

Suche zum 1. April durchaus zuverlässige

Kinderpflegerin
oder **Kindermädchen**
zu einem 1/2 J. alten Kinde. Geh. Anpr. u. Zeugnisabschr. an **Frau M. Frank, Seidm. bei Rittichen, Kr. Rosenburg D.-S.**

Gewandte, zuverlässige Verkäuferin
für Mehl- und Getreidegeschäft sucht für 1. April cr. (5)

Stadtühle
in Forst N.

Verantwortlich für den politischen Teil: Konrad Klein, für den provinzialen und den weiteren Inhalt der Zeitung: Dr. Franz Reinecke, beide in Breslau. Druck von W. G. G. Korn in Breslau.